



Afrika

anders sehen



Für ein differenziertes
Afrika-Bild

Deutsche Afrika Stiftung



Die Deutsche Afrika Stiftung e.V. (DAS) ist eine überparteiliche Stiftung, die sich für die erfolgreiche Umsetzung der afrikapolitischen Leitlinien der deutschen Bundesregierung einsetzt. Als Vermittlerin bieten wir eine Plattform für den partnerschaftlichen Austausch zwischen deutschen und afrikanischen Akteuren und stärken so die Zusammenarbeit mit den Staaten und Institutionen unseres Nachbarkontinents. Eine unserer Kernaufgaben ist zudem die Vermittlung eines differenzierten Afrikabildes in der deutschen Öffentlichkeit. Seit 1993 verleihen wir jährlich den Deutschen Afrika-Preis, mit dem wir herausragende Persönlichkeiten unseres Nachbarkontinents auszeichnen.

Editorial



© Christian Kruppa

Jahrbücher sind naturgemäß immer Momentaufnahmen. Ihre Datierung weist darauf hin. Jahrbücher erheben aber gleichzeitig den Anspruch, den aktuellen Stand eines Gegenstands schlaglichtartig abzubilden. Im Hinblick auf Aktivitäten und Geschehnisse auf dem afrikanischen Kontinent ist dies nicht ganz einfach, da sich sehr vieles sehr schnell entwickelt und verändert.

COVID-19 hat im vergangenen Jahr nicht nur die nördliche Erdhalbkugel erfasst, sondern wurde auch zum prägenden Faktor für eine Reihe afrikanischer Länder, der die Existenzgrundlagen vieler Menschen gefährdete. Noch wissen wir nicht genau, welchen Verlauf die Pandemie in Afrika nehmen wird, aber sicher ist, dass sie vieles vor Ort und auch die geopolitische Lage in Afrika verändern wird, und so versucht sich dieser Band an einer Bestandsaufnahme und einem Blick in die Zukunft.

Bei aller Bedeutung der Pandemie wäre es falsch, die Jahre 2020/21 auf COVID-19 zu reduzieren. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung ging auch in Afrika weiter: Im Sudan setzte sich der Reformprozess fort, das benachbarte Äthiopien geriet in eine Krise, in Westafrika fanden zahlreiche Wahlen statt, in der Westsahara fielen zum ersten Mal nach 30 Jahren wieder Schüsse. Am 1. Januar 2021 begann mit dem Startschuss für die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone AfCFTA ein neues Kapitel wirtschaftlicher Integration.

Der Pandemie zum Opfer fiel der AU-EU-Gipfel, was uns als Deutsche Afrika Stiftung nicht davon abgehalten hat, dem wichtigen Thema der zukünftigen Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Afrika und Europa besondere Aufmerksamkeit zu widmen, weshalb wir die wichtigsten Beiträge aus einer Veranstaltung zu diesem Thema in diesen Band aufgenommen haben.

Trotz Pandemie ist es auch im Jahr 2020 gelungen, den Deutschen Afrika-Preis zu verleihen; er ging an die Somalierin Ilwad Elman. Darüber freue ich mich sehr. Naturgemäß ist der Arbeit und der Person unserer Preisträgerin ein eigenes Kapitel gewidmet.

Wer diesen Band zur Hand nimmt, wird sehen, dass es für uns alle viel Neues und Überraschendes zu lernen und zu erleben gibt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen viel Freude bei der Lektüre.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Uschi Eid'.

Dr. Uschi Eid
Präsidentin

- 3 *Editorial*
- 6 *Der Austausch zwischen Afrika und Europa war noch nie so wichtig wie heute*
Grußwort von Bundesaußenminister Heiko Maas

Afrika 2020/2021

- 8 *Zwischen Sorge und Hoffnung*
Ein Jahr Corona in Afrika
- 10 *COVID-19 in Afrika*
Infografik
- 12 *Geopolitische Auswirkungen der Pandemie*
- 14 *Afrika nach der Pandemie*



Deutscher Afrika-Preis 2020

- 16 *„Das Narrativ vom Krisenstaat verändern“*
Laudatio von Claus Stäcker, Deutsche Welle
- 18 *Fotogalerie Preisverleihung*
- 20 *„Die Stimme unserer Jugend ist stark“*
Interview mit Ilwad Elman, Preisträgerin des Deutschen Afrika-Preises
- 26 *In Somalia nehmen die Spannungen zu*
Länderporträt
- 27 *Eigenverantwortung fördern*
Die Berghof Foundation in Somalia



Afrika und Europa

- 28 *„Europa muss Afrika gegenüber eine neue Haltung einnehmen“*
Rede von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler
- 31 *„Wir brauchen Afrika“*
Rede von DAS-Präsidentin Dr. Uschi Eid
- 32 *„Gemeinsam eine Welt aufbauen, die der nächsten Generation würdig ist“*
Rede von Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für Internationale Partnerschaften
- 34 *Wirtschaftliche Erholung durch Handel und Investitionen*
Rede von Prof. Dieter Kempf
- 35 *Fotogalerie Afrika und Europa*
- 36 *Afrika und Europa müssen ihre Partnerschaft neu definieren*
Essay
- 38 *Europa – Afrikas wichtigster Partner*
Infografik

Politik

- 40 *„Deutschland wird auf dem afrikanischen Kontinent sehr präsent bleiben“*
Dr. Christoph Heusgen über Deutschlands Rolle im UN-Sicherheitsrat
- 42 *Sudans ungerader Reformprozess*

44 *Neue Bewegung im Westsahara-Konflikt*

46 *Verspielte Chancen*

Politische Reformen in Äthiopien

49 *„Europa darf keinen Anteil an der Balkanisierung Afrikas haben“*

Dr. phil. Prinz Asfa-Wossen Asserate über die aktuelle Situation in Äthiopien

52 *„Wie eine nicht verheilte Wunde“*

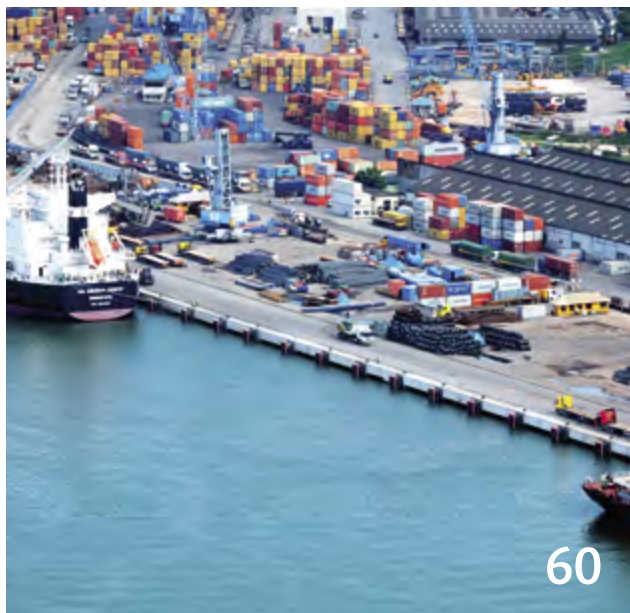
Ruprecht Polenz über den Verhandlungsprozess mit Namibia

56 *Gwen Lister – entschlossen für die Pressefreiheit*

Namibias Ausnahmejournalistin im Porträt

58 *Die USA in Afrika*

Zwischen Demokratieförderung und Terrorismusbekämpfung



28



Wirtschaft und Entwicklung

60 *Die AfCFTA*

Wirtschaftliche Transformation in Afrika

64 *Grüner Wasserstoff*

Energiewende aus Afrika?

66 *Eine besondere Perspektive*

Die Bedeutung der afrikanischen Diaspora

Blick zurück

68 *Brückenbauer, Fotograf, Legende*

Jürgen Schadeberg

72 *Der Afrika-Versteher*

Prof. Dr. Franz Ansprenger

74 *Ein großartiger Mann*

Siegfried Lingel

Die Deutsche Afrika Stiftung

76 *Über uns*

77 *Vorstand, Team & Kuratorium*

78 *Impressum*



© Thomas Imo / photothek.net

Der Austausch zwischen Europa und Afrika war noch nie so wichtig wie heute

Grußwort des Bundesministers des Auswärtigen, Heiko Maas

Seit nunmehr über 40 Jahren vermittelt die Deutsche Afrika Stiftung ein modernes und vielschichtiges Afrikabild in den parlamentarischen Raum und in die deutsche Öffentlichkeit. Durch ihre Veranstaltungen leistet sie nicht nur einen unverzichtbaren inhaltlichen Beitrag zur afrikapolitischen Debatte, sondern schafft zahlreiche Gelegenheiten zur direkten Begegnung mit unserem Nachbarkontinent.

Selbst davon überzeugen konnte ich mich bei der Verleihung des Deutschen Afrika-Preises 2020 an die somalische Friedens- und Menschenrechtsaktivistin Ilwad Elman, deren Persönlichkeit und Wirken mich nachhaltig beeindruckt hat.

Gemeinsame globale Herausforderungen – wie der Klimawandel, Sicherheit, Migration, Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung – verdeutlichen, dass wir unsere politischen Beziehungen mit Afrika über aktuelle Krisen hinaus neu und weiter denken müssen.

Die COVID-19-Pandemie wirkt in Afrika als Brennglas für die geopolitischen Umbrüche unserer Zeit. Mir ist es dabei wichtig, dass wir Europäer uns in Afrika nicht von anderen zu einem ‚Great Game‘ des 21. Jahrhunderts verleiten lassen. Vielmehr sollten wir unsere afrikanischen Partnerländer in ihrem Bestreben stärken, ihre Beziehungen mit der Welt in einer regelbasierten globalen Ordnung ausgewogen zu gestalten.

Der Austausch zwischen der Europäischen und der Afrikanischen Union und mit afrikanischen Regionalorganisationen war noch nie so wichtig wie heute. Als größter Binnenmarkt der Welt ist die EU geradezu dafür prädestiniert, der Afrikanischen Union bei einem ihrer mutigsten Integrationsprojekte zur Seite zu stehen: der Errichtung einer Kontinentalen Freihandelszone. Und bei der Umsetzung des europäischen Green Deal kommt Afrika mit seinem enormen Potenzial für erneuerbare Energien und seiner biologischen Vielfalt eine Schlüsselrolle zu, auch für uns in Europa.

Zum Ende dieser Legislaturperiode kann die Bundesregierung auf ein umfassendes Engagement in Afrika verweisen, wie die Fortschreibung unserer Afrikapolitischen Leitlinien, den Einstieg in eine Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit oder die Stärkung unserer multilateralen Partnerschaften mit Afrika im Rahmen unserer Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2019/2020. Nicht zuletzt im Sahel, in Sudan und Libyen haben wir politische Verantwortung übernommen und uns gezielt für friedliche Lösungen von Konflikten sowie stabile Entwicklungen eingesetzt.

Um den dadurch gestiegenen Anforderungen weiter gerecht zu werden, baut und vertraut das Auswärtige Amt auf die Deutsche Afrika Stiftung als wertvolle Mittlerin für die Gestaltung einer zukunftsgewandten und differenzierten Afrikapolitik.

Als größter Binnenmarkt der Welt ist die EU geradezu dafür prädestiniert, der Afrikanischen Union bei der Errichtung einer Kontinentalen Freihandelszone zur Seite zu stehen.



Zwischen Sorge und Hoffnung – ein Jahr Corona in Afrika

Martina Schwikowski

Corona hat Afrika weniger schwer getroffen als anfangs befürchtet: Eine langsamere Ausbreitung des Virus und eine geringere COVID-19-bedingte Sterblichkeit, ein starkes landwirtschaftliches Wachstum und eine schnellere Erholung der Rohstoffpreise als erwartet haben vielen afrikanischen Ländern geholfen, den durch die Pandemie ausgelösten wirtschaftlichen Sturm zu überstehen. So lautet die aktuellste Bilanz der Weltbank in dem Bericht *Africa's Pulse* im März 2021. Trotzdem sind die Folgen der Krise immens: Der Wirtschaftseinbruch verstärkt soziale Ungleichheit, der begrenzte Zugang zu Impfstoffen dämpft Hoffnungen.

Als die Weltgesundheitsorganisation am 11. März 2020 die weltweite Verbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 zur Pandemie erklärte, zählte der afrikanische Kontinent gerade einmal 47 Infektions- und keine Todesfälle. „Leider hat Afrika mittlerweile aufgeholt“, sagt Anja Osterhaus, Programmleiterin für Oxfam Deutschland. Anfang Mai dieses Jahres hatte die Afrikanische Behörde für Krankheitsbekämpfung (Africa CDC) über 4,5 Millionen bestätigte Infektionen sowie mehr als 123.000 Todesfälle in Verbindung mit dem Corona-Virus verzeichnet. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein.

Eine schwerwiegende Folge der Pandemie wird Afrika noch lange zu schaffen machen: Die Wirtschaft hat sehr unter Handelshemmnissen und dem globalen Einbruch der Nachfrage gelitten. Der Bericht *World Economic Situation and Prospects 2021* des Department of Economic and Social Affairs der Vereinten Nationen (UN DESA) nannte 2020 den Anstieg der Staatsschulden als eine der größten wirtschaftlichen Herausforderungen. Im Schnitt sei die Schuldenquote im letzten Jahr um acht Prozent gewachsen. Die Demokratische Republik Kongo, die Seychellen, der Sudan und Sambia verzeichneten sogar einen Zuwachs jenseits der 20-Prozent-Marke. Sechs Länder sind demnach akut in Schuldennot und haben Schwierigkeiten, die Kredite zu tilgen: Mosambik, Republik Kongo, São Tomé und Príncipe, Simbabwe, Somalia und Sudan.

Die Corona-Pandemie müsse ein Weckruf sein, extreme Ungleichheit und Armut endlich bei der Wurzel zu packen, fordert die internationale Organisation Oxfam. Ein Bericht vom Beginn der Pandemie habe laut Programmleiterin Osterhaus prognostiziert, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie den Kampf gegen die Armut in einigen Gegenden Afrikas um 30 Jahre zurückwerfen könnten. „Demnach würde ein Einkommensrückgang der Haushalte um 20 Prozent dazu führen, dass weltweit über 400 Millionen Menschen unter

die Armutsgrenze von 1,90 US-Dollar pro Tag rutschen.“ Zusätzlich. Dem Bericht zufolge leben etwas mehr als ein Viertel dieser Menschen in Afrika südlich der Sahara.

Frauen und Mädchen litten laut Osterhaus am meisten unter den Auswirkungen der Pandemie: Vor allem ärmere Menschen hätten mit erheblichen Einkommensverlusten zu kämpfen. Besonders Mädchen müssten dabei helfen, das auszugleichen, sagt Osterhaus. Hinzu kämen die langen Schulschließungen. „Viele Mädchen werden früher verheiratet oder fallen sexuellen Übergriffen zum Opfer“, sagt Osterhaus.

Schulschließungen verschärfen die Bildungskrise

Die Bildung ist für eine Generation von Schülern durch COVID-19 jäh unterbrochen worden – Organisationen wie Save the Children oder das UN-Kinderhilfswerk UNICEF befürchten eine globale Lernkrise. Andile Dube ist Bildungsexpertin bei UNICEF in Südafrika und bestätigt die Ernsthaftigkeit der Lage. „30 Millionen Kinder waren 2020 in Südafrika von den Schulschließungen betroffen – in privaten genauso wie in öffentlichen Schulen.“ Die Mehrheit sei im September des ersten Corona-Jahres zwar wieder zurückgekehrt, aber der Lernverlust sei groß. Doch das ist nicht alles: „COVID hat die bestehenden Ungleichheiten ausgeweitet. Nur die Kinder

Ein seltenes Bild:
Ein Krankenhausmitarbeiter
im kenianischen Nairobi wird
gegen COVID-19 geimpft.
Viele afrikanische Länder warten
weiterhin auf Impfstoffe.



der reicheren Familien haben Zugang zu virtuellem Lernen“, fügt Dube an. Das gilt für viele afrikanische Länder.

Ende letzten Jahres waren weltweit noch 320 Millionen Kinder von den Schulen ausgeschlossen. UNICEF fürchtete durch die Auswirkungen des fehlenden Lernens „eine verlorene Generation“ von Schülern und rief die Regierungen auf, der Wiedereröffnung von Schulen Priorität einzuräumen und die Klassenzimmer so sicher wie möglich zu machen. Laut aktueller Statistik (Ende April 2021) der UN-Bildungsorganisation UNESCO sind weltweit noch zehn Prozent aller eingeschriebenen Schüler von Schulschließungen oder eingeschränktem Unterricht betroffen. Demnach sind in Subsahara-Afrika aktuell noch in drei Ländern die Schulen ganz oder teilweise geschlossen.

Auch ist der Kampf gegen andere Krankheiten wie Malaria und HIV ins Stocken geraten. „Die COVID-Epidemie drückt uns nun noch weiter von unseren Zielen weg“, sagte Winnie Byanyima, Direktorin der UN-Organisation UNAIDS Ende November vor dem Welt-AIDS-Tag. Durch die Auswirkungen von COVID-19 könnten sich weltweit mehr als 290.000 Menschen zusätzlich anstecken – und 148.000 Menschen mehr an den Folgen der HIV-Infektion versterben, so Berechnungen von UNAIDS. Nicht nur, weil HIV-Infizierte Angst vor

Krankenhäusern haben. Auch ließen sich seit Beginn der Pandemie weniger Menschen auf HIV testen.

Mangelnde Solidarität in Sachen Impfstoff

Mit der Entwicklung der Impfstoffe steigt die Hoffnung der Menschen. Doch der ungleiche Zugang bietet Anlass zur Sorge. „Es ist beschämend, aber die meisten afrikanischen Länder konnten noch keine einzige Dosis eines COVID-19-Impfstoffes verabreichen“, sagt Oxfam-Sprecherin Osterhaus. Wirtschaftlich privilegierte Länder blockierten den Vorschlag, die Produktion von Impfstoffen dadurch auszuweiten, dass die Monopole der Pharmakonzerne außer Kraft gesetzt werden. Aber nur so könne ein gleichberechtigter Zugang zu Impfstoffen garantiert werden, sagt Osterhaus. Allerdings sind in einigen wenigen zahlungskräftigen Ländern, wie zum Beispiel in Südafrika, Impfkampagnen angelaufen.

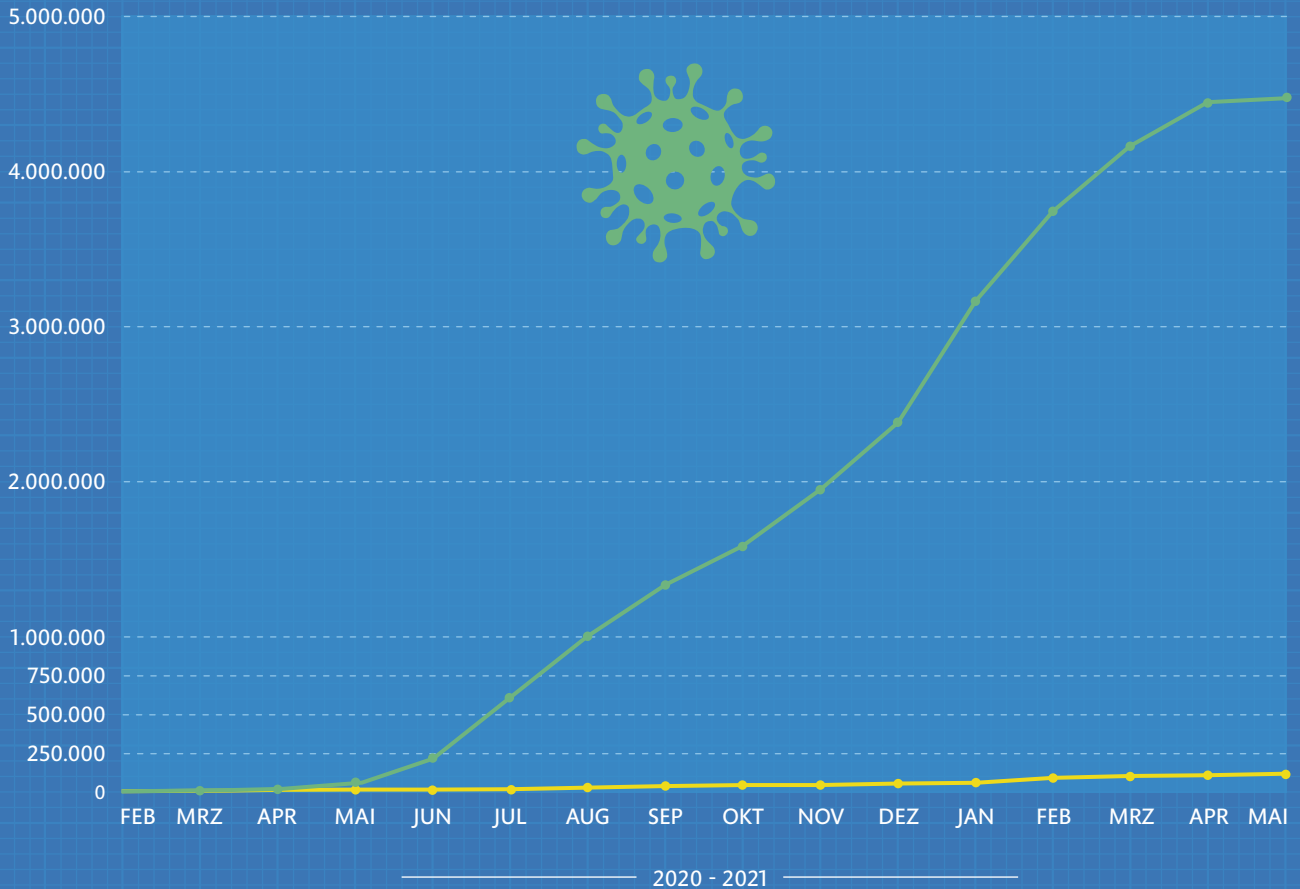
Doch es gibt auch Lichtblicke in der Krise: Der Online-Handel und die Startup-Szene boomt. „2020 hat alle überrascht“,

sagt Nicholas Kendall von GreenTec Capital, einem Investmentunternehmen, das sich auf afrikanische Start-ups spezialisiert. „Es war ein schwerfälliges Jahr und die Gewinner wurden dadurch bestimmt, dass sie in der Lage waren, sich anzupassen. Trotz allem ist die Zahl der Deals in Afrika weiter gestiegen“, so Kendall. Der Unternehmergeist in Afrika blüht – trotz Krise. Das erklärt Luther Lawoyin aus dem nigerianischen Lagos, der bereits vier Start-ups gegründet hat, so: „Wir haben grundlegende Probleme zu lösen: Energie, Wohnen, Nahrung. Diese zwingen uns, innovativ zu sein. Wir müssen Lösungen finden, egal wie riskant es ist. Du innovierst – oder stirbst.“

Martina Schwikowski ist freie Autorin bei der Deutschen Welle. Sie lebte von 1995 bis 2015 in Johannesburg und war als Korrespondentin für deutschsprachige Medien, darunter die Tageszeitung taz, tätig.

Foto: © picture alliance

COVID-19 in Afrika

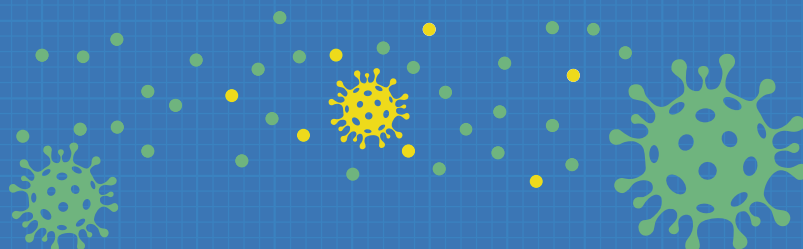


14. FEB 2020 → 1 → 0 /// 14. MAR 2020 → 257 → 7 /// 14. APR 2020 → 16.244 → 873 /// 14. MAI 2020 → 75.352 → 2.562
 14. JUN 2020 → 241.785 → 6.460 /// 14. JUL 2020 → 625.562 → 13.763 /// 14. AUG → 1.097.444 → 25.099
 14. SEP 2020 → 1.353.405 → 32.624 /// 14. OKT 2020 → 1.604.047 → 38.837 /// 14. NOV 2020 → 1.963.255
 → 47.068 14. DEZ 2020 → 2.390.347 → 56.647 /// 14. JAN 2021 → 3.176.269 → 76.745
 14. FEB 2021 → 3.753.213 → 98.481 /// 14. MAR 2021 → 4.185.215 → 111.922
 18. April 2021 → 4.432.145 → 117.927 /// 16. MAI 2021 → 4.488.891 → 126.353

Quelle: Johns Hopkins University

LEGENDE

- Infektionszahlen
- Todesrate



MAROKKO
18.798

TUNESIEN
18.735

ÄGYPTEN
11.882

LIBYEN
2.618

NIGERIA
2.048

ÄTHOPIEN
2.801

CÔTE D'IVOIRE
237

GHANA
740

KENIA
2.117

SÜDAFRIKA
1.545.000
52.663

LEGENDE

Infektionszahlen

Verbreichte Impfdosen

Todesrate

Verbreichte Impfdosen in ausgewählten Ländern

1. Marokko: 4.300.000 / 2. Ghana: 420.000
3. Nigeria: 277.000 / 4. Südafrika: 232.000
5. Côte d'Ivoire: 33.000

Infektionszahlen in ausgewählten Ländern

1. Südafrika : 1.545.000 / 2. Marokko: 494.659
3. Tunesien: 250.565 / 4. Äthiopien: 200.563
5. Ägypten: 200.050 / 6. Nigeria: 162.593
7. Libyen: 156.849 / 8. Kenia: 130.214
9. Ghana : 90.287 / 10. Côte d'Ivoire: 43.180

(Stand: April 2021)

Quelle: Johns Hopkins University & Africa CDC

Zögerlicher Impfstart

Nach Angaben der WHO haben bis Ende März 44 Länder der WHO-Region Afrika Impfstoffe erhalten, 32 haben mit dem Impfen besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen begonnen. Insgesamt haben die Länder 25 Millionen Impfdosen erhalten, davon über 16 Millionen aus der COVAX-Initiative der WHO. Bis Ende März wurden 7,7 Millionen der rund 1,3 Milliarden Afrikaner gegen Corona geimpft. Ziel von COVAX ist es, bis zum Sommer mindestens drei Prozent der Bevölkerung Afrikas zu immunisieren. Bis zum Ende des Jahres sollen den Plänen nach 600 Millionen Impfdosen bereitgestellt werden, um 20 Prozent der Bevölkerung Afrikas gegen Corona zu impfen.



Geopolitische Auswirkungen der Pandemie

Steven Gruz

Auf dem afrikanischen Kontinent gibt es viele internationale Mächte, die kommerziell und diplomatisch auf dem Vormarsch sind: China, die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten, Die Golfstaaten, Indien, Iran, Israel, Japan, Russland, Südkorea, die Türkei, Großbritannien und die USA. 2020 waren die meisten Länder gezwungen, sich nach innen zu wenden, um die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie im eigenen Land zu bewältigen und mit Lockdowns, Reiseverboten und den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie fertig zu werden. Corona hat auch die Art der geopolitischen Manöver in Afrika durch „Maskendiplomatie“ und „Impfstoffdiplomatie“ tiefgreifend beeinflusst.

Nachdem China Anfang 2020 zunächst der Empfänger von medizinbezogener internationaler Hilfe war, wurde es bis März letzten Jahres zum wichtigsten internationalen Lieferanten von Gesichtsmasken, COVID-19-Testkits, persönlichen Schutzausrüstungen (PSA) und Beatmungsgeräten. Chinas Exporte von Masken und Desinfektionsmitteln stiegen im März und April 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um über 1000 Prozent. Die Exporte von Beatmungsgeräten verdreifachten sich, die Spenden von medizinischen Produkten sind in diesem Zeitraum um mehr als 400 Prozent gestiegen.

Peking hat einen massiven logistischen Vorgang organisiert, um diese Produkte an fast jedes Land der Welt zu verteilen (mit Ausnahme einiger weniger, die Taiwan als unabhängig anerkennen, wie etwa Paraguay). Es hat im Rahmen der nicht-militärischen Einflussnahme das Beste aus seiner „sanften Macht“ gemacht. Alle 54 afrikanischen Staaten waren Adressaten dieser „Maskendiplomatie“. Der chinesische Milliardär und Philanthrop Jack Ma spendete den afrikanischen Ländern PSA im Wert von mehreren Millionen Dollar, viele chinesische Unternehmen, Provinzen und Städte ebenso. Es ist zu erwarten, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten für China in Afrika aufgrund dieser Spenden und Geschäfte weiter wachsen werden.

China nutzte diese Spenden, um sein Image in Afrika aufzupolieren, welches durch Chinas Unvermögen, die weltweite Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen, einen Schlag erlitten hatte. Peking hat seine Großzügigkeit als zentralen Ausdruck seiner ehrgeizigen Belt and Road-Initiative zur Stärkung seiner globalen Lieferketten und Infrastruktur dargestellt. Präsident Xi Jinping hat dies als Chinas Unterstützung für eine „globale Gemeinschaft mit gemeinsamem Schicksal“ bezeichnet. Im Juni 2020 wurde ein digitaler China-Afrika-Gipfel zur Solidarität im Kampf gegen COVID-19 abgehalten. Dabei ging es um Impfstoffe, Schuldenumstrukturierung

und verstärkte wirtschaftliche Beziehungen auch unter Pandemiebedingungen.

Während die damals noch regierende Trump-Administration an Afrika desinteressiert war und sich aus der WHO zurückzog (was inzwischen von Präsident Joe Biden rückgängig gemacht wurde) – und sowohl die USA als auch Europa mit der grassierenden Pandemie beschäftigt waren – nutzte China diese Lücke in der Weltpolitik voll aus. Die staatlichen chinesischen Medien verkündeten Pekings verstärkte Rolle als verantwortungsbewusster Akteur auf der internationalen Bühne, der die Pandemie weltweit bekämpft – im Vergleich zum vermeintlich untergehenden Westen in einer turbulenten und zersplitternden Weltordnung. Chinesische Diplomaten griffen dieses Narrativ über konventionelle und soziale Medien auf und beschimpften die Unzulänglichkeiten der Demokratien. Der Plan ist aufgegangen: In den afrikanischen Hauptstädten ist das Wohlwollen gegenüber Peking als verlässlicher und verantwortungsvoller globaler Führer und Handelspartner gestiegen, was Chinas Go Out-Politik zu Gute kommt.

Der „Impfstoff-Nationalismus“ der vergangenen Monate hat dazu geführt, dass sich die westlichen Länder darauf konzentrieren, zuerst ihre eigene Bevölkerung zu impfen und Millionen von Impfstoffen, die eigentlich gar nicht benötigt werden, zu



Hilfe mit Hintergedanken? Ein chinesisches Flugzeug mit medizinischen Hilfsgütern landet im April 2020 in Accra, Ghana.

horten. Die Vereinigten Staaten schlossen China von der von der US-Regierung initiierten „Operation Warp Speed“ zur Entwicklung von Impfstoffen aus. Jedes Land scheint auf sich gestellt. Kritiker bezeichnen dies auch als „Impfstoff-Apartheid“.

Das Gegenteil davon ist die „Impfstoffdiplomatie“ – also die Versorgung anderer Länder mit Impfstoffen, um eigene politische und wirtschaftliche Interessen zu stärken. Auch hier dominiert China. Das Land ist einer der Hauptunterstützer der COVAX-Initiative, die von der Impfallianz Gavi geleitet wird, um Impfstoffe gerechter auf der Welt zu verteilen. Sie bringt Regierungen, internationale Organisationen und Akteure des Privatsektors zusammen. Ziel von COVAX ist es, bis Ende des Jahres 20 Prozent der Bevölkerung in den 94 ärmsten Ländern der Welt gegen Corona zu impfen.

Trotz Bedenken hinsichtlich der Sicherheit haben Länder wie Simbabwe bereits begonnen, Chinas Sinovac-Impfstoff zu verabreichen. Algerien, Ägypten, Äquatorialguinea, Äthiopien, Marokko, Mauretanien, Senegal und Sierra Leone haben den ebenfalls in China produzierten Impfstoff Sinopharm erhalten. Sinovac hat einen Vertrag mit der ägyptischen Regierung über die Produktion von etwa 60 Millionen Impfdosen pro Jahr für den afrikanischen Markt unterzeichnet. Sinopharm unterzeichnete ein ähnliches Abkommen für eine Massenproduktion mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, die Impfdosen sind für den Nahen Osten und den afrikanischen Markt bestimmt.

China ist nicht das einzige Land, das in der Gesundheitsdiplomatie mitmischt. Weitere Länder, die Afrika zu Hilfe geeilt sind, sind Kuba und Indien – Kuba schickt Ärzte ins Ausland (wie bereits seit den 1960er Jahren) und Indien verstärkt den

Pharmaexport. Russland vertreibt seinen Impfstoff Sputnik V auf dem afrikanischen Kontinent, Algerien hat bereits einen Vertrag zur Massenproduktion unterzeichnet. Auch Portugal hat seinen ehemaligen Kolonien Angola und Mosambik Impfstoffe versprochen.

Die Pandemie zeigt, dass in unserer vernetzten Welt kein Land COVID-19 besiegt hat, bis jedes Land COVID-19 besiegt hat. Und, dass China ein wichtiger Akteur bleiben wird, der die postunipolare Weltordnung gestaltet, nicht zuletzt in Afrika. ↻

Steven Gruzd leitet das African Governance and Diplomacy Programme am South African Institute of International Affairs in Johannesburg.

 @rhymeswbruised

Foto: © picture alliance

Afrika nach der Pandemie – ein Ausblick

Jakkie Cilliers, Yeboua Kouassi, Stellah Kwasi

Obwohl zu Beginn der Pandemie quasi die Apokalypse in Afrika vorausgesagt wurde, ist es bisher gelungen, in Bezug auf die mit COVID-19 verbundene Sterblichkeit das Schlimmste zu verhindern. Es wird allgemein angenommen, dass dies der jugendlichen Bevölkerungsstruktur des Kontinents und der bei früheren Pandemien gesammelten Erfahrungen zu verdanken ist.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind leider jetzt schon schwerwiegend. Die Wirtschaftsaktivität auf dem afrikanischen Kontinent schrumpfte im Jahr 2020 um etwa 3,2 Prozent, so dass die afrikanische Wirtschaft im Vergleich zu einer Prognose aus der Zeit vor der Pandemie um 184 Milliarden US-Dollar kleiner ist.

Aufgrund geringerer Staatseinnahmen haben afrikanische Regierungen weniger Geld für die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen zur Verfügung. Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit steigen sprunghaft an. Etwa 30 Millionen Afrikaner rutschten im Jahr 2020 durch die Pandemie in die extreme Armut ab.

Die Auswirkungen werden lange nachwirken

2019 lebten rund 455 Millionen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent unterhalb der extremen Armutsgrenze von 1,90 US-Dollar pro Person und Tag. Im laufenden Jahr wird diese Zahl Schätzungen zufolge auf 496 Millionen ansteigen und im kommenden Jahr voraussichtlich

516 Millionen erreichen. Schon seit einiger Zeit ist klar, dass Afrika den wichtigsten Vorsatz unter den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, nämlich die extreme Armut bis 2030 zu beseitigen, deutlich verfehlen wird. Durch die Pandemie ist dieses Ziel nun in noch weitere Ferne gerückt. Vor COVID-19 lauteten unsere Prognosen, dass die extreme Armut bis 2030 etwa 500 Millionen erreichen würde – bei einer prognostizierten Gesamtbevölkerung von 1,7 Milliarden auf dem Kontinent. Das hätte einer Quote von 29 Prozent entsprochen. Jetzt ist es wahrscheinlicher, dass diese Zahl im Jahr 2030 bei 522 Millionen liegen wird, was einer Armutsquote von 31 Prozent entspräche.

Die Ankunft der Impfstoffe bringt etwas Hoffnung und erlaubt es den Behörden, eine wirtschaftliche Erholung in Betracht zu ziehen, um die düsteren Prognosen umzukehren. Der Weg dorthin ist jedoch lang und erfordert kontinuierliche und rigorose Anstrengungen. Afrika muss seine wirtschaftliche Erholung beschleunigen und ein robusteres und wettbewerbsfähigeres Postpandemie-Umfeld schaffen, das dem Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderlicher ist.

Was muss konkret getan werden?

Über die unmittelbare Forderung nach einem Schuldenerlass hinaus muss die Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung und der Aufbau von Widerstandsfähigkeit nach der Pandemie in Afrika auf einigen

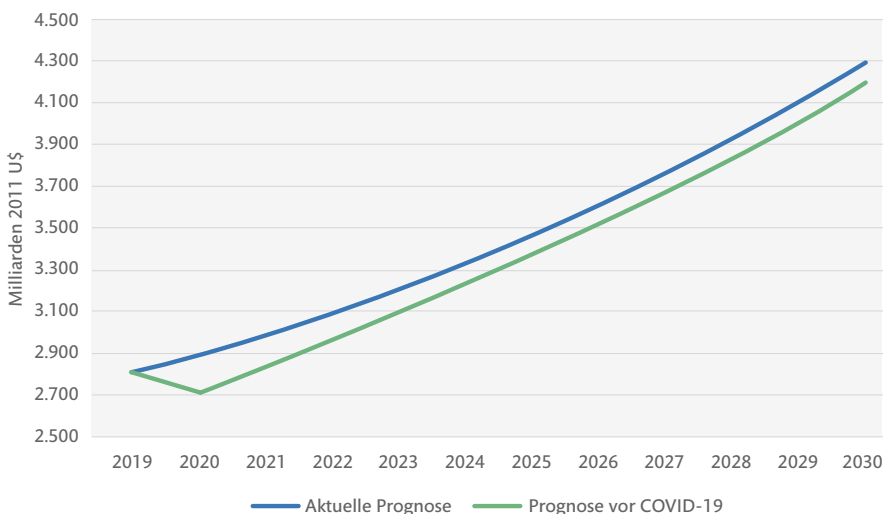


Abbildung 1: Afrikas Bruttoinlandsprodukt / Quelle: Institute for Fiscal Studies

zentralen Säulen beruhen. Diese sind gute Regierungsführung, Digitalisierung, soziale Sicherungssysteme, regionale Integration, Humankapital und Landwirtschaft.

Internationalen Finanz-Corporation könnte die digitale Wirtschaft bis 2025 5,2 Prozent des afrikaweiten BIP ausmachen, was fast 180 Milliarden Dollar entspräche. Afrikaner

abwenden. Diese Maßnahmen könnten Afrika helfen, ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen. Das wiederum könnte die aktuell hohe Verschuldung im Verhältnis zum BIP auf dem Kontinent senken.

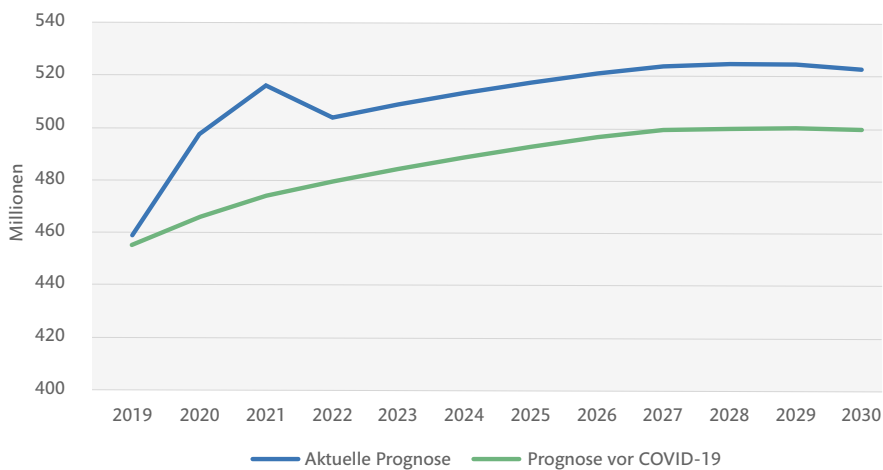


Abbildung 2: Extreme Armut in Afrika / Quelle: Institute for Fiscal Studies

In Bezug auf die Regierungsführung hat der Internationale Währungsfonds ärmere Länder aufgefordert, so viel Mittel wie möglich in die Unterstützung der Gesundheitssysteme und den Schutz der Schwächsten zu stecken und langfristigen Schaden der Volkswirtschaften zu begrenzen. Doch angesichts des begrenzten fiskalischen Spielraums sollten sich die Länder Afrikas für eine stärkere Priorisierung der Ausgaben entscheiden, was bei guter Regierungsführung effektiv möglich ist. Afrikanische Regierungen sollten die Korruption bekämpfen und die begrenzten Ressourcen produktiver einsetzen, um ihre Bevölkerungen zu schützen und die wirtschaftliche Erholung voranzutreiben.

Afrika sollte sein weitgehend ungenutztes digitales Potenzial nutzen, um durch die Übernahme neuer Technologien einen Entwicklungssprung zu machen. COVID-19 hat die Digitalisierung auf dem Kontinent beschleunigt. Sie hat Unternehmen geholfen, die Verbindung zu ihren Kunden und Lieferanten aufrechtzuerhalten und Regierungen, ihre Dienstleistungen weiterhin anbieten zu können. Dennoch ist Afrika immer noch der am wenigsten vernetzte Kontinent der Welt. Die digitale Wirtschaft kann Afrikas Entwicklung beschleunigen. Laut einem Bericht von Google und der

sche Regierungen sollten daher in Kooperation mit dem Privatsektor die digitale Infrastruktur verbessern, den Zugang zu Elektrizität durch erneuerbare Energien und netzunabhängige Systeme ausbauen und in den Aufbau digitaler Kompetenzen investieren. Darüber hinaus sollten afrikanische Politiker die Reichweite und den Umfang von Programmen zum sozialen Schutz steigern, um die neu verarmten Menschen aufzufangen und der steigenden Ungleichheit entgegenzuwirken.

COVID-19 und die damit verbundenen Schwankungen der Rohstoffpreise haben die Verwundbarkeit der afrikanischen Volkswirtschaften und damit die Notwendigkeit der Diversifizierung der Produktionsbasis und der Industrialisierung erneut deutlich gemacht. Die Förderung regionaler Integration wie etwa durch die Afrikanische Freihandelszone (AfCFTA), Investitionen in das Humankapital und die Verbesserung des Geschäftsklimas haben das Potenzial, die wirtschaftliche Transformation auf dem gesamten Kontinent voranzutreiben. Die Umsetzung der AfCFTA wird mehr ausländische Direktinvestitionen im Bereich verarbeitendes Gewerbe nach Afrika locken, da internationale Unternehmen bereits heute auf eine Diversifizierung der Wertschöpfungsketten drängen und sich von China

Es gibt jedoch keine kurzfristige Lösung, um die produktiven Strukturen der afrikanischen Volkswirtschaften zu verändern und ein schnelleres Wirtschaftswachstum zu erreichen. Eine detaillierte Analyse der verschiedenen Sektoren verdeutlicht, dass Investitionen in die Landwirtschaft in den nächsten fünf bis zehn Jahren der Bereich mit dem größten Potenzial zur Steigerung des Wachstums, zur Verringerung der Armut und zur Erhöhung der Einkommen bleiben wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Afrika von der Pandemie wirtschaftlich sehr hart getroffen wurde. Mit einer soliden Wirtschaftspolitik und besonnenen politischen Entscheidungen kann diese Krise eine Chance für Afrika sein, sein Wirtschaftsmodell grundlegend neu aufzustellen und sich auf den Weg zu langfristigem integrativem Wachstum und Entwicklung zu begeben. ↻

Jakkie Cilliers, Stellah Kwasi und Kouassi Yeboua arbeiten für das African Futures and Innovation-Programm am Institute for Security Studies in Pretoria, Südafrika.

„Das Narrativ vom Krisenstaat verändern“



Laudatio von Claus Stäcker anlässlich der Verleihung des Deutschen Afrika-Preises, 27. Oktober 2020, Berlin

Sehr geehrter Herr Außenminister Heiko Maas, sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages, Exzellenzen, liebe Frau Präsidentin Uschi Eid, liebe Anwesenden und liebe Online-Gäste, – Vor allem aber: Habeen Wanaagsan – Guten Abend, liebe Ilwad Elman,

Ich freue mich, dass Sie tatsächlich hier sind. In COVID-19-Zeiten lauern da ja einige Hürden zwischen Mogadischu, Toronto und Berlin. Und Sie sind sehr gefragt: Wir ehren heute eine junge Frau mit schon sehr vielen Meriten. Eine führende Stimme im somalischen Friedensprozess. Die „Young African Woman of the Year 2016“. Eine der hundert einflussreichsten afrikanischen Stimmen weltweit. Die inspirierendste junge Frau der Afrikanischen Union 2018. Sie sind noch nicht einmal ganz 30 Jahre alt. Aber „nicht zu jung, um zu führen“, wie Ihr Mentor Kofi Annan einmal sagte. Wie haben Sie das geschafft? Was treibt Sie an?

Sie nennen Ihren Vater Elman Ali Ahmed und natürlich Ihre Mutter Fartuun Adan als Vorbilder. Ihr Vater sei für sie wie ein Romanheld gewesen, so positiv und voller Bewunderung habe Ihre Mutter über ihn gesprochen. Ein altes Foto zeigt den frischgebackenen Ingenieur mit Dreadlocks und fröhlichem Gesicht. Auch er wollte nach dem Studium etwas zurückgeben, ein neues Somalia aufbauen, mit Handwerksschulen für Kindersoldaten: Drop the gun, pick up the pen – Schule statt Waffen. 1996 wurde er ermordet, im Somalia der Clan-Milizen und Fundamentalisten regelrecht exekutiert.

Sie lebten da schon in Sicherheit in Kanada. Ihre Mutter zog Sie und Ihre Schwestern dort allein groß. Bestärkte Sie, als Mädchen alles erreichen zu können. Eine Schwester, Iman, wurde Soldatin. In Kanada Kompanie-Chefin mit nur 24 Jahren; nach ihrer Rückkehr jüngste Offizierin Somalias. Die andere Schwester, Almaas, wurde wie Sie Sozialaktivistin und Jung-Diplomatin. Alle drei folgten Sie Ihrer Mutter 2010 zurück nach Mogadischu. Sie, Ilwad, waren da gerade 19 Jahre alt und bauten das Elman Peace Center auf, als Teile der Stadt noch unter Al-Shabaab-Kontrolle standen. Heute

hat das Center acht Filialen im Land und 172 Mitarbeiter. Neben den Kindersoldaten widmeten Sie sich nun auch Opfern sexueller Gewalt. In Ihrem Trauma-Zentrum meldeten sich an manchen Tagen bis zu 40 vergewaltigte Mädchen und Frauen.

Es sei nicht immer leicht, einen Silberstreif in Somalia zu erkennen, haben Sie einmal gesagt, liebe Ilwad. Doch der Frauenanteil in der Politik stieg um 15 Prozent. Am Strand sieht man heute junge Leute baden und surfen. Sie selbst fahren in Mogadischu Motorrad. Vor zehn Jahren war das noch undenkbar. 2018 verabschiedete die Regierung ein Gesetz, das erstmals sexuelle Gewalt unter Strafe stellt. Ihr Kindersoldaten-Programm findet mittlerweile Anwendung in Nigeria, Kamerun, Tschad und Mali.

Aber dem Silberstreif folgte der Rückschlag. Vor elf Monaten wurde ihre Schwester Almaas in Mogadischu erschossen. Getroffen von einer verirrten Kugel, wie es offiziell heißt. Die Ermittlungen verliefen bisher im Sand. Und Sie glauben auch nicht mehr, dass die Tat jemals aufgeklärt wird, haben Sie mir gesagt. Hätte nicht jeder spätestens nach diesem Schicksalsschlag hingeworfen? Das Projekt Somalia aufgegeben? Ja, Zweifel habe es gegeben, sagen Sie. Ein kurzes Innehalten. Aber sehr schnell sei klar gewesen, dass Sie Ihre Schwester Almaas am meisten ehren, in dem sie weitermachen – mit der Feldarbeit, wie Sie es nennen. Die jungen Menschen im Stich zu lassen, die nicht einfach aus Somalia weglaufen können, wäre Ihnen wie Verrat vorgekommen. Aufgeben hieße, eine weitere Generation verloren zu geben.



Nicht zermartern, sondern durchstarten. („not agonize, organize“) so in etwa lautet eine ihrer Devisen. Und wie Sie durchstarten. Man ist fast erleichtert, beim Instagram-Stöbern hinter der Heldin auch noch eine andere, ganz normale junge Frau zu entdecken. Eine, die lacht, tanzt, auf Bühnen springt, die sich bei einem Stromausfall über Hausgeister lustig macht oder ihre Mutter zu Wassertrinketten herausfordert. Der es sichtlich Freude macht, Freude zu machen. Andere anzustecken und mitzureißen. Immer stylish, gern mit schrillum Hut – kamerasischer und mit Selfiestick.

Allein auf Instagram folgen Ihnen fast 150.000 – die meisten, sagen Sie nicht ohne Stolz – Mädchen und junge Frauen. 78 Prozent der somalischen Bevölkerung sind unter 30. Diese junge Mehrheit hat es in der Hand, das Narrativ vom Krisenstaat zu verändern. Mit dieser Mehrheit im Rücken kann es gelingen, ein neues Somalia aufzubauen. Ein Land, in dem Mädchen mit gleichen Chancen aufwachsen und Jungen nicht mehr in sinnlose Kriege ziehen. Und endlich auch das progressive Sexual Offences Bill durchzuboxen, das zwar vom Kabinett verabschiedet wurde, aber nun seit 2018 im Parlament festhängt.

Ihr Credo ist, Türen zu öffnen, durch die man hindurchgehen kann – und das ist Ihnen wahrlich gelungen. So sind Sie zur Inspiration geworden für junge Frauen und Männer in Somalia, auf dem afrikanischen Kontinent und weit darüber hinaus. In Tagen blutiger Gewalt gegen Zivilisten in Nigeria, Guinea oder gar gegen Schüler und Schülerinnen in Kamerun sind Sie eine besondere Mutmacherin für die junge Generation Afrikas.

Die Jury verneigt sich vor Ihrer Arbeit und Ihrem Engagement für Frieden, soziale Entwicklung, Gleichberechtigung. Ich wünsche Ihnen immer stabiles WLAN in Mogadischu. Meine allerherzlichsten Glückwünsche zum Deutschen Afrika-Preis 2020. 📧

Claus Stäcker ist Leiter der Afrika-Programme bei der Deutschen Welle.

Foto: © Michael Fahrig / SE Allianz



Ehrung mit Abstand:
Luca Bücken vom Elman
Peace Center, Außen-
minister Heiko Maas,
DAS-Vorstandsmitglied
Dieter Härthe, Preisträ-
gerin Ilwad Elman und
DAS-Präsidentin
Dr. Uschi Eid.





Ilwad Elman im Gespräch mit DAS-Präsidentin Dr. Uschi Eid.

Claus Stäcker, Leiter der Afrika-Programme bei der Deutschen Welle, hält die Laudatio.



Lobte Elmans soziales Engagement: Außenminister Heiko Maas.



Preisverleihung im Zeichen der Pandemie: Ilwad Elman mit Vertreterinnen und Vertretern des afrikanischen diplomatischen Corps.



Alle Fotos: © Michael Fahrig / SE Allianz

„Die Stimme unserer Jugend ist stark“



Friedensaktivistin Ilwad Elman im Gespräch mit der Deutschen Afrika Stiftung e.V.

In diesem Jahr hat die Terrormiliz Al-Shabaab erneut mehrere Anschläge in Ihrer Heimat, der somalischen Hauptstadt Mogadischu, verübt. Wie ist die Stimmung in der Stadt und wie geht es Ihnen?

IE: In Somalia tragen wir diesen Kampf jeden Tag in unseren Herzen. Wir sind hin- und hergerissen zwischen Gedeihen und Ausharren, der Trauer über vergangene und akute Traumata, dem schmalen Grat zwischen Resilienz und Erstarrung. Nach jedem Angriff bricht mein Herz für meine Stadt und für mein Volk. Aber wir müssen weitermachen, wir haben keine andere Wahl. Wenn überhaupt, dann sollten wir es mit mehr Entschlossenheit tun, um den Frieden zu verfolgen und Hoffnung zu haben, zu geben und zu sein.

Die politische Zukunft Somalias ist ungewiss. Die für Februar angesetzten Wahlen wurden verschoben. Wann und wie sie auch nachgeholt werden: Die erhoffte erste Direktwahl mit allgemeinem Wahlrecht seit 1969

wird es wohl nicht sein, sondern voraussichtlich wieder eine indirekte Abstimmung auf Grundlage des traditionellen Clan-Systems. Was sind Ihre Hoffnungen für die Wahlen?

IE: Ich hoffe einfach auf einen friedlichen Machtwechsel, einen Dialog und ein gewisses Maß an Kompromissen zwischen den Hauptakteuren. Der Weg zu einer inklusiven politischen Teilhabe ist lang und hört nie wirklich auf. Wir blicken also nach vorne, über diesen politischen Übergang hinaus, auf die kommenden Möglichkeiten für eine faire und gleichberechtigte Beteiligung aller Somalier an der Entscheidungsfindung über die Zukunft unseres Landes und die Vorbereitung zukünftiger Wähler mit staatsbürgerlicher Bildung und Mitteln zur Beteiligung, damit in zukünftigen politischen Patt-Situationen die Zukunft und die Entscheidungsfindung für eine ganze Nation nicht auf den Schultern einiger weniger lastet.

30 Prozent der Parlamentssitze sind für Frauen reserviert. Das klingt nach einem beeindruckenden Schritt nach vorne.

IE: Das ist es auch. Noch vor einem Jahrzehnt war das unvorstellbar. Veränderungen in diesem Ausmaß geben mir Hoffnung, dass wir in kurzer Zeit wieder mehr erreichen können. Am wichtigsten ist, dass wir uns jetzt auch darauf konzentrieren, die erreichten Fortschritte zu verteidigen. Die Rechte der Frauen werden derzeit in vielen Ländern der Welt angegriffen. Somalia ist da leider keine Ausnahme.

Sie sind 1990 in Mogadischu geboren, nur ein Jahr später begann der Bürgerkrieg in Ihrer Heimat. An eine Zeit vor dem Krieg können Sie sich also gar nicht erinnern. Trotzdem sagen Sie, der Frieden sei heute zum Greifen nah. Wie kommen Sie darauf?

IE: Es stimmt, dass ich und viele meiner jungen Landsleute nur Erinnerungen an Somalia im Zustand des Konflikts haben. Aber in den letzten Jahren hat sich vie-

les verbessert, und ich spüre eine starke Entschlossenheit der jungen Somalier, zu einem Zustand des Friedens zu gelangen. Quer durch alle Generationen sind wir müde von Kugeln und Bomben. Die gesellschaftliche Weigerung, Rückschritte zu machen, sich von Politikern manipulieren zu lassen und den neu gefundenen – wenn auch fragilen – Frieden zu schützen, gibt mir Hoffnung, dass der Frieden heute in Reichweite ist.

Nachdem Ihr Vater 1996 ermordet worden war, floh Ihre Mutter mit Ihnen und Ihren Schwestern nach Kanada. 2010 sind Sie aus dem sicheren Kanada ins weiterhin vom Krieg gebeutelte Somalia zurückgekehrt. Warum?

IE: Meine Mutter ist zurück nach Somalia gegangen, als wir noch recht jung waren, in unseren frühen Teenagerjahren. Dort baute sie das Elman Peace Centre wieder auf. Zu dieser Zeit, als der Konflikt in Mogadischu und dem Rest Somalias noch sehr aktiv war, war es keine Seltenheit, dass wir den Kontakt zu ihr wochenlang verloren und Telefonanrufe oft plötzlich auf



*„Es gibt keine Alternative
zu dem, was wir tun“*

© Julien Tell



Ilwad Elman bei ihrer Arbeit im von ihrer Mutter gegründeten Elman Peace Center.

unheimliche Weise abbrechen. Es gab also definitiv ein Gefühl der Neugier und das Bedürfnis, zu verstehen, warum meine Mutter absichtlich so viel Zeit fern von uns verbrachte. Als ich sie in Mogadischu in Aktion sah, wusste ich warum. Vor Ort konnte ich sofort sehen, dass meine Mutter nicht nur eine Stütze war, auf die ich und meine Schwestern sich verlassen konnten. Stattdessen gab es Hunderte, wenn nicht Tausende, die auf sie blickten, um Führung, Leitung und Liebe zu bekommen. Ich wurde Zeuge davon und mit jedem Tag, den ich an ihrer Seite verbrachte, wuchs meine Gewissheit, dass ich dazu

bestimmt war, bei ihr zu bleiben, von ihr zu lernen und mich ihren Bemühungen anzuschließen.

Wie hat sich Somalia in den vergangenen zehn Jahren verändert?

IE: Seit meiner Ankunft hat sich viel verändert – manches zum Besseren und manches zum Schlechteren. Im Jahr 2010 war der Konflikt viel präsenter, aber in vielerlei Hinsicht auch vorhersehbarer und das Risiko war überschaubarer. Jetzt, mit einer hohen Anzahl von Selbstmordattentaten und anderen terroristischen Aufstandsmetho-

den, umgibt uns das Risiko und die Unsicherheit überall, wo wir hingehen. Das ist beängstigend, weil man nicht weiß, gegen welche Gefahr man sich wie schützen soll.

Insgesamt möchte ich aber betonen, dass es Fortschritte gibt und das Leben in Somalia weit aus besser ist, als es die internationalen Medien suggerieren. Verstehen Sie mich nicht falsch: Es gibt viele Nöte und Verletzungen, denen die Menschen in Somalia auch heute noch ausgesetzt sind und nichts davon

„Quer durch alle Generationen sind wir müde von Kugeln und Bomben.“

sollte relativiert oder romantisiert werden. Aber genau wie jedes andere Land verdient Somalia mehr als ein singuläres Narrativ. Ich beobachte heute mit Stolz, wie mutige junge Menschen und insbesondere junge Mädchen Rückschlägen widerstehen, um eine neue Dynamik für Gleichheit, Gerechtigkeit, Frieden und Wachstum zu erzeugen. Ob sie auf politische Teilhabe drängen oder neue, ehrgeizige unternehmerische Projekte ins Leben rufen: Die Stimme unserer Jugend ist stark.

Auch, wenn wir auf unser Projekt Sister Somalia und das Thema sexuelle Gewalt schauen: Somalia hat sich immens weiterentwickelt. Noch vor zehn Jahren sagte der damalige Präsident, dass es keine Vergewaltigungen gäbe, unsere Zentren wurden geschlossen, unsere Mitarbeiter wurden belästigt und bedroht, Frauen, die Vergewaltigungen anzeigten, wurden verhaftet. Heute ist das Thema immer noch oft ein Tabu und das jüngste Hin und Her um einen schrecklichen Versuch, ein zutiefst fehlerhaftes "Sexual Offences Bill" zu verabschieden, zeigt, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben. Aber wir haben einen Anstieg von mehr als 15 Prozent an Frauen gefeiert, die in die Politik gehen und Frauen werden nicht mehr auf die gleiche Weise zum Schweigen gebracht wie noch vor wenigen Jahren. Heute arbeiten wir an der Prävention und der Infragestellung sozialer Normen, die Konflikte und die Unterwerfung von Frauen weiterhin aufrechterhalten.



Gemeinsam mit Ihrer Mutter, die mit Ihrem Vater das Elman Peace Center mitbegründet hat, setzen Sie sich weiterhin für den Frieden ein. Worauf zielt Ihre Arbeit ab?

IE: Das Elman Peace Center ist Teil einer jungen, aber starken Bewegung in Somalia und weltweit, die zeigt, dass die Zivilgesellschaft an der Basis der wichtigste Akteur für eine nachhaltige Friedensförderung ist. Um langwierige Konflikte zu beenden, sind Investitionen in Bildung, Geschlechterrechte, Kultur, Sport – kurzum in die Gesellschaft – genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger als militärische oder auf die Regierung fokussierte Lösungen. Diese Erkenntnis, für die sich das Elman Peace Center seit mehr als zwei Jahrzehnten einsetzt, setzt sich langsam durch. In diesem Zusammenhang hat uns COVID-19 einmal mehr gezeigt, dass es lokale Organisationen und in den meisten Fällen weibliche Mitarbeiter an vorderster Front waren, die während der Pandemie vor Ort blieben und das nötige Vertrauen und den Zugang in den Gemeinden hatten, um die Arbeit zu tun, die getan werden musste.

Im Elman Peace Center verfolgen wir die Vision eines inklusiven Friedens, der sich durch Gerechtigkeit und Gleichheit definiert – ein Frieden, der für alle da ist. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiten wir eng mit den Gemeinschaften zusammen, die derzeit am verletzlichsten und marginalisiertesten sind, die Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind und die sich wahrscheinlich am weitesten von eben diesem Ziel entfernt fühlen. Zu den Programmen, die

wir durchführen, gehören der Schutz und die Unterstützung von Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt, das Bereitstellen kostenloser Bildungsangebote, Führungstraining für Mädchen und junge Frauen, die Bereitstellung von Möglichkeiten zur Existenzsicherung für Binnenvertriebene und Minderheiten Gruppen sowie der Betrieb von Zentren zur Rehabilitation und Wiedereingliederung von Kindern, die sich von bewaffneten Gruppen distanziert haben. Ich bin dankbar und unglaublich stolz auf Mutters Führung dort und fühle mich geehrt, unserer Arbeit als Chief Operating Officer zu dienen.

zu einem besseren Ort machen möchte als den, in den ich hineingeboren wurde.

2019 wurde Ihre Schwester bei einem Schusswechsel in Mogadischu getötet. Gibt es manchmal Momente in denen Sie denken, ich kann nicht mehr, unsere Familie hat genug geopfert?

IE: Manchmal denke ich, dass unsere Ideen vielleicht einfach zu groß für das immer noch unbeständige Somalia sind, dass das Land noch nicht bereit ist und die Risiken zu hoch sind. Manchmal denke ich, dass meine Familie schon genug geopfert hat und

„Die gesellschaftliche Weigerung, Rückschritte zu machen gibt mir die Hoffnung, dass der Frieden heute in Reichweite ist.“

In Ihrer Arbeit setzen Sie sich für die Schwächsten der Gesellschaft ein, Kindersoldaten, Überlebende sexueller Gewalt und Opfer des in Somalia weiterhin verbreiteten islamistischen Terrorismus. Was treibt Sie an?

IE: Ich wurde schon sehr früh in meinem Leben mit Aktivismus konfrontiert und lernte, dass wir manchmal den ultimativen Preis für unsere Überzeugungen zahlen müssen. Eine Botschaft, die ich vielleicht zu jung gelernt habe, die aber auch meine Entschlossenheit befeuerte. Sie hat meine Ansichten darüber geprägt, wie ich mein Leben leben will und dass ich die Welt

dass Selbsterhaltung keine Feigheit oder Aufgabe der Sache ist. Aber genauso schnell wie der Gedanke ans Weggehen kommt, fliegt der Gedanke noch schneller, wenn ich an unsere aktuelle Realität denke. Meine Schwester ist Kommandeurin in den somalischen Streitkräften und hat eine ganze Generation junger Frauen dazu inspiriert, sich für die Sicherheit zu engagieren und einen Platz in traditionell von Männern geführten Bereichen zu beanspruchen. Meine Mutter ist die Mutter von Tausenden von Kindern in Somalia, nimmt persönlich an ihrem Leben teil bringt ihnen bei, was sie mir beigebracht hat: Dass sie ein Ziel haben, das größer ist als die Situ-



ation, in der sie sich gerade befinden. Ich selbst bin mit Jugendlichen im ganzen Land und in der globalen Diaspora verbunden, die ich unmöglich im Stich lassen kann.

Es ist ein unglaublicher Schmerz in meinem Herzen, wenn ich an die Opfer denke, die meine Familie im Streben nach Frieden gebracht hat. Die Erinnerungen an meinen Vater und meine Schwester begleiten uns jeden Tag in unserem Handeln. Der einzige Weg, den ich kenne, um sie zu ehren und sicherzustellen, dass ihr Tod nicht vergeblich war, ist weiterhin im Dienst an anderen zu stehen, so wie sie es tun würden, wenn sie noch am Leben wären.

Die einzige Option, die wir haben, ist darauf zu vertrauen, dass das, was wir hier in Somalia tun, selbst wenn wir zu Lebzeiten keinen Frieden sehen, dass die Saat, die wir jetzt säen, die Gemeinschaften, die mit uns verbunden sind, die unserer Führung vertrauen und uns um Unterstützung bitten, die Fackel für den Frieden übernehmen und den Marathon fortsetzen werden. Es gibt keine Alternative zu dem, wozu wir uns verpflichtet haben, und das gibt mir Trost, wenn ich an all das denke, was wir verloren haben.



„Ich möchte die Welt zu einem besseren Ort machen als den, in den ich hineingeboren wurde.“

Gehören Angst um Ihre Sicherheit und Ihr eigenes Leben für Sie zum Alltag?

IE: Ja und nein. Ich bin mir nicht sicher, wie ich das Menschen erklären soll, die mit dieser Art von Gefühlen möglicherweise nicht vertraut sind. Ich bin natürlich nicht naiv oder unwissend. Gleichzeitig können Sie diese Gedanken an reale Gefahren auch nicht ständig mit sich herumtragen – das würde meine Fähigkeit lähmen, tatsächlich etwas zu erreichen.

Im Zuge der Corona-Pandemie ist die Gewalt gegen Frauen weltweit

gestiegen. Wie ist die Situation in Somalia?

IE: Leider sind wir da nicht aufgenommen. Aufgrund der hohen Dunkelziffer ist es schwierig, die genauen Zahlen zu bestimmen. Wir schätzen jedoch, dass wir einen Anstieg der Fälle um etwa 20 Prozent erlebt haben.

Sorgt der durch Corona ausgelöste wirtschaftliche und soziale Einschnitt möglicherweise nicht nur für Herausforderungen, sondern auch für neue Chancen in Somalia und auf dem afrikanischen Kontinent?

IE: Das ist eine schwierige Frage. Ich denke, dass es in dieser Krise durchaus Möglichkeiten gab, den Wiederaufbau besser zu gestalten, wie es der UN-Generalsekretär formuliert hat. Mit den aktuellen Entwicklungen, insbesondere mit Blick auf die ungleiche Verteilung des Zugangs zu Impfstoffen, bin ich pessimistischer geworden.

Was auffällt, ist, dass einige, wenn nicht sogar viele afrikanische Länder, entgegen der Prophezeiung vieler Leute, viel besser auf diese Pandemie vorbereitet waren als zum Beispiel einige europäische Länder. Ein kleiner positiver Aspekt ist vielleicht, dass



Ilwad Elman mit Lehrlingen der vom Elman Peace Center organisierten Ausbildungsprogramme.

die humanitären Helfer, die oft die Führungsqualitäten und Kapazitäten der lokalen Akteure vor Ort untergraben, nun erkennen, dass, wenn alle anderen während einer Krise abziehen, die lokalen Akteure, die lokalen Frauen, bleiben und weiterarbeiten. In dies zu investieren ist wichtig – nicht nur während einer Notsituation, in der internationale Akteure nicht vor Ort sein können – sondern auch nach COVID.

Welchen Einfluss hat deutsche und europäische Außenpolitik auf die Lage in Somalia?

IE: Deutschland und Europa sind sehr wichtige Partner für Somalia. Der Ruf, den Deutschland als verlässlicher, aber auch respektvoller Partner hat, gibt ihm wirklich eine Hebelwirkung, um einen positiven Einfluss in

Somalia zu haben. Meine wichtigste Botschaft in den schwierigen Zeiten, die Somalia durchlebt, ist, dass Deutschland und Europa nicht aufgeben und Somalia in einem Moment des Umbruchs im Stich lassen. Zu erkennen, dass es hinter den Schlagzeilen politischer Meinungsverschiedenheiten Menschen gibt, die sich nach Frieden und Einheit sehnen, und den Mut zu haben, in diese Menschen und Bewegungen zu investieren und sie zu unterstützen.

Neben Ihrer Arbeit in Somalia sind Sie Mitglied der

„Hinter den Schlagzeilen politischer Meinungsverschiedenheiten stehen Menschen, die sich nach Frieden sehnen.“

Extremely Together Initiative der Kofi Annan Foundation, die gewalttätigen Extremismus bekämpft, waren zwei Jahre lang jüngste Beraterin des Peacebuilding-Fonds der Vereinten Nationen, standen schon zweimal auf der Shortlist für den Friedensnobelpreis und wurden im vergangenen Herbst mit dem Deutschen Afrika-Preis ausgezeichnet. Sind Sie manchmal auch einfach Ilwad, eine junge Frau von 30 Jahren?

IE: Hahaha. Ich mag diese Frage! Ja. Oder naja, zumindest hof-

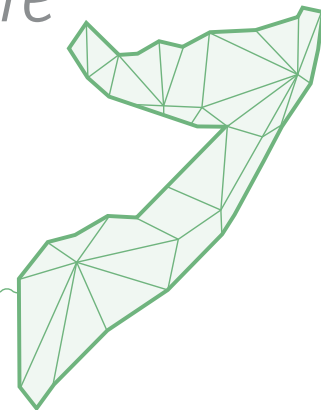
fe ich, dass ich es bin. Aber ich denke, Menschen, die mich kennen oder mir auf meinen sozialen Netzwerken folgen, lernen auch meine weniger ernste Seite kennen: Die Ilwad, der gerne Witze macht, zu Musik tanzt und sich gerne draußen oder auf der Yogamatte bewegt. 📍

Das Gespräch führte Nana Gerritzen.

Fotos: © Sebastian Lindstrom

In Somalia nehmen die Spannungen zu

Dr. Annette Weber, Stiftung Wissenschaft und Politik



Somalia ist der regionale Problem-Champion. Die Regierung in Mogadischu hat kaum Kontrolle über die Hauptstadt hinaus, und auch hier kann sie sich nur bewegen, weil die Mission der Afrikanischen Union für Sicherheit sorgt. Al-Shabaab ist nahezu überall im Land als zweite Kraft fest verankert: Sie treibt Steuern ein, infiltriert die Politik, bietet bisweilen verlässlicher Dienstleistungen an als die Regierung und ist tief in der Gesellschaft verwurzelt. Die Miliz verübt Anschläge gegen Regierung und AMISOM-Truppen und ist zunehmend in der Lage, hochentwickelte Bomben und unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen zu bauen. Die Organisation wird als derzeit schlagkräftigste Al-Qaida-Filiale weltweit eingeschätzt. Die somalische Regierung ist dieser Gegenmacht offensichtlich nicht gewachsen.

Nach dem Staatszerfall 1991 war das Land in Bürgerkriegen, Warlord-Herrschaft und Clanstreitigkeiten versunken. Erst seit 2004 gibt es wieder eine Regierung, die wegen der Sicherheitslage im Land noch bis 2012 von den Nachbarländern aus agieren musste. Jahrelang war der Staat in Somalia nicht vorhanden. Die Bevölkerung ist auf soziale Netze wie Familie und Clans angewiesen, Privatleute finanzieren Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen und Recht wird von Clangerichten oder den Gerichten der Al-Shabaab gesprochen. Mehr als 2,5 der 15,5 Millionen Somalierinnen und Somalier sind im Land selbst vertrieben. Weitere zwei Millionen leben als Flüchtlinge im Exil.

Nur sehr zögerlich zeigt sich der Staat als Vertreter der somalischen Bevölkerung, vielmehr verstrickt sich die politische Klasse oftmals in Querelen. Besonders hinderlich für den Aufbau eines funktionierenden Staates ist dabei die Auseinandersetzung zwischen der Zentralregierung und den Bundesländern, die in den letzten Jahren dazu führte, dass die notwendige Implementierung des somalischen Transformationsplans keinerlei Fortschritte gemacht hat. Das Jahr 2021 hätte grundlegende Veränderungen bringen sollen: Die ersten freien und allgemeinen Wahlen waren geplant und die Mission der Afrikanischen Union sollte umgestaltet und reduziert werden. Nun hat der VN-Sicherheitsrat die Diskussion über das Mandat verschoben und der Wahltag verstrich ohne Wahl, weil der Präsident und die Ministerpräsidenten von zwei der fünf Bundesländer sich nicht auf die Modalitäten der Wahl einigen konnten. Es kommt nun darauf an, dass die politische Elite sich einigt und das Wohl des Landes über Partikularinteressen stellt.

Um die Führung im Land übernehmen zu können, braucht die Regierung das Vertrauen der Bevölkerung. Sie müsste beweisen, dass sie willens und in der Lage ist, mit den Bundesländern zu kooperieren, um die dringend benötigte Infrastruktur, also Schulen, Krankenhäuser und Straßen, gemeinsam zu planen und umzusetzen. Sie muss auch glaubhaft für das Wohl der gesamten Bevölkerung sorgen und darf nicht zulassen, dass Sicherheit und Dienstleistungen abhängig vom Einfluss der Clans oder einflussreicher Eliten sind. Sie muss ferner Steuern eintreiben und damit Dienst-

leistungen und Sicherheiten anbieten, die besser sind als die von Al-Shabaab. Nur auf dieser Grundlage hätte sie die Chance, den militärischen Herausforderungen durch die Jihadistenmiliz erfolgreich zu begegnen, die politische Unterwanderung zu stoppen und die Finanzierung der kriminellen Organisation auszutrocknen. ↻

Dr. Annette Weber ist Senior Fellow der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Konfliktanalysen und Fragen zur regionalen Außen- und Sicherheitspolitik am Horn von Afrika.

Somalia auf einen Blick

Bevölkerung 2019:

15,6 Millionen



Bevölkerungswachstum 2019: 2,9 %

Fläche: 637.657 km²

Hauptstadt: MOGADISCHU,

2,6 Millionen Einwohner



Durchschnittliche Lebenserwartung

2018: 57,1 Jahre

Bruttoinlandsprodukt 2020:

\$ 4,9 Milliarden

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2019:

\$ 314,5

Staatsform: Parlamentarische Republik

Quellen: Weltbank, Statista

„Shirarka“ – die Arbeit der Berghof Foundation in Somalia

Janel B. Galvanek, Berghof Foundation

In Somalia nutzt die Berghof Foundation die Methodik des Gemeindialogs und der Insider-Mediation um gewaltsame Konflikte zu verhindern und zu lösen und die Voraussetzungen für friedliche gesellschaftspolitische Beziehungen zu verbessern. Seit 2015 arbeiten wir vor allem in den Regionen Hirshabelle und Galmudug in Zentralsomalia. Wir bieten Möglichkeiten zum Kapazitätsaufbau und arbeiten mit lokalen und regionalen Friedensinfrastrukturen zusammen, während wir auf lokaler Ebene den Dialog zwischen und innerhalb von Gemeinschaften fördern.

In Hirshabelle und Galmudug arbeiten wir eng mit sogenannten Insider Peacebuilders Networks (IPN) zusammen, um das Wissen lokaler Akteure, die sich vor Ort für den Frieden einsetzen, in den Bereichen Konfliktlösung, Mediation und Dialog zu vertiefen. Wir unterstützen auch direkt die Mediations- und Versöhnungsaktivitäten der IPN in ihren Gemeinden, die unter anderem Workshops, Schulbesuche und Mediationsinterventionen in aktiven Konflikten umfassen. Alle Mitglieder des Netzwerks sind Führungspersonlichkeiten in ihren Gemeinden. Auch die Kommunikation und Kooperation zwischen zivilen Friedensaktivisten und Regierungsvertretern wird durch gezielte Treffen und die Förderung von Kooperationsmöglichkeiten gestärkt.

Um den gesellschaftlichen Dialog in Somalia zu fördern, nutzt die Berghof Foundation die Methodik der inklusiven, kommunalen Dialogversammlungen, auch Shirarka genannt. Die groß angelegten Shirarka geben einfachen Bürgern den Raum, ihre Anliegen zu verschiedenen Themen zu diskutieren. Jede Veranstaltung findet über einen Zeitraum von sechs Tagen statt und umfasst 50 Teilnehmer, die alle relevanten



Teile der Gesellschaft abdecken, darunter Älteste, religiöse Führer, Fachleute, Wirtschaftsführer, Journalisten, Frauen- und Jugendvertreter und Dichter.

Das Ziel der Shirarka ist es, eine offene und integrative Plattform zu schaffen, auf der die Menschen sich ermutigt fühlen, relevante Themen in ihren Gemeinden und der Gesellschaft zu diskutieren. Die Plattformen geben ihnen die Möglichkeit, über die Ursachen von Konflikten, die Konfliktakteure und mögliche Lösungsprozesse zu reflektieren, zielen aber auch darauf ab,

ihre Handlungsfähigkeit zu mobilisieren, indem sie lokale Empfehlungen zur Konflikttransformation entwickeln. Im Laufe der Jahre hat sich dieses Format als ein gut angenommenes Instrument erwiesen, um lokale Eigenverantwortung zu fördern. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, die Perspektiven anderer kennenzulernen, was Empathie aufbaut und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Nach den Versammlungen werden die Beteiligten ermutigt, das Erfahrene in ihre jeweiligen Gemeinden zu tragen, sie wirken also als Multiplikatoren.

Alle Programmaktivitäten der Berghof Foundation werden in enger Zusammenarbeit mit den Behörden der Regionen Hirshabelle und Galmudug sowie den jeweiligen Distriktverwaltungen durchgeführt. In Form von verschiedenen Veranstaltungen mit politischen Entscheidungsträgern sowie durch Projekt- und Aktivitätsberichte vermitteln wir die Perspektiven der Gemeinde an ihre politischen Vertreter und geben ihnen Ratschläge und Empfehlungen, wie sie die Anliegen der Öffentlichkeit möglicherweise angehen könnten. ↻

Janel B. Galvanek leitet den Bereich Subsahara-Afrika der Berghof Foundation und hat die Projekte in Somalia in den vergangenen Jahren federführend betreut.

Foto: © Berghof Foundation

„EUROPA MUSS AFRIKA GEGENÜBER EINE NEUE HALTUNG EINNEHMEN“



Rede von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler anlässlich der Veranstaltung „Afrika und Europa – Chance auf einen Neubeginn?“, 30. September 2020, Berlin

 **Liebe Frau Dr. Eid, sehr geehrter Herr Professor Kempf, Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren,**

Afrika und Europa sind in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Als die Deutsche Afrika-Stiftung 1978 gegründet wurde, hatte der afrikanische Kontinent rund 450 Millionen Einwohner – ein Drittel weniger als Europa. Heute leben dort rund 1,3 Milliarden Menschen; Mitte des Jahrhunderts werden es zweieinhalb Milliarden sein. Und während wir in Europa mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren ergrauen, ist in Afrika jeder zweite unter 18. Dieser afrikanischen Jugend Lebenssinn und Lebensperspektiven zu eröffnen – nicht zuletzt durch „decent work“ – muss im Interesse Afrikas wie Europas liegen! Sie kann eine große transformative Kraft sein für das von

der Afrikanischen Union in ihrer Agenda 2063 formulierte Ziel: „an integrated, prosperous and peaceful Africa“. Eine solche Demographie-Dividende würde auch Europa zugutekommen. Ein Szenario der afrikanischen Demographie als Zeitbombe ist aber auch denkbar

Unzweifelhaft ist Afrika im Umbruch. Nirgends gibt es zum Beispiel mehr Menschen mit mobilen Bankkonten – im bargeldlosen Verkehr ist man dort viel weiter als bei uns. Afrikanische Technologie-Startups sammelten 2018 mit 1,2 Milliarden US-Dollar mehr als doppelt so viel Eigenkapital ein wie noch im Jahr zuvor. Und Anfang 2020

ging mit "Queen Sono" die erste in Afrika produzierte Netflix-Serie an den Start. Aber die Schaffung von Arbeitsplätzen hält bei Weitem nicht Schritt mit dem Bevölkerungswachstum. Der Anteil der verarbeitenden Industrie liegt aktuell bei gerade mal 11 Prozent. Pandemiebedingt fällt Afrika in diesem Jahr erstmals seit 25 Jahren in eine Rezession. Fortschritte in der Armutsbekämpfung werden brutal zurückgeworfen. Und auch das muss man wissen: Zwei von drei der am meisten von Klimarisiken bedrohten Länder liegen in Afrika.

Die Deutsche Afrika Stiftung bringt Afrikapolitik beharrlich und parteiübergreifend in den Deutschen Bundestag. Es ist nicht zuletzt ihr Verdienst, dass sich immer mehr Abgeordnete mit Afrika als Zukunftsthema befassen. Als eine Plattform für Begegnungen sorgt die Stiftung dafür, dass dabei *mit* Afrika und nicht nur *über* Afrika geredet wird. Die Bundeskanzlerin bereiste den Kontinent in den letzten fünf Jahren achtmal. Ein halbes Dutzend Bundesministerien hat eigene Afrika-Strategien. So viele, dass ich in Afrika darüber bisweilen Verwirrung feststelle. Bei uns wiederum wird Afrikapolitik häufig in einem Atemzug mit „Fluchtursachenbekämpfung“ genannt. Das ist ein viel zu enger Blick auf das Verhältnis der beiden Nachbarkontinente. Und immer noch zu oft erscheint Afrika in Europa als Objekt wohlwollender Sorge.

Eine „substanziell neue Partnerschaft“ zu begründen, heißt deshalb für mich vor allem eines: Europa muss Afrika gegenüber eine grundsätzlich neue Haltung einnehmen; eine Haltung, die diesen Kontinent endlich als eigenständiges politisches Subjekt versteht; mit eigenen Visionen und eigener Verantwortung, mit eigenem Handlungswillen und eigenen Handlungsoptionen. Europa muss diese „substanziell neue“ Partnerschaft dann aber auch als eine begreifen, in der es beiderseitigen und einander bedingenden politischen Veränderungs- und Handlungsbedarf gibt.

Lassen Sie mich mit der Frage der Haltung beginnen. Gleich zu Beginn der Pandemie wurde vor apokalyptischen Zuständen in Afrika gewarnt. Aber der Kontinent reagierte entschlossen und koordiniert. Schon Mitte Februar hatten die Gesundheitsminister der AU eine gemeinsame Strategie verabredet; dazu gehört zum Beispiel aktuell die Entwicklung einer panafrikanischen Virus-Tracking-App. Umgekehrt registrierte man dort mit Erstaunen, wie unkoordiniert Europa agierte, und wie Präsidenten großer Staaten der Welt das Pandemieproblem sogar leugneten. Noch ist es zu früh zu beurteilen, ob COVID-19 in Afrika wirklich schon seinen „peak“ überschritten hat. Aber das Beispiel zeigt erneut, dass unser Blick auf Afrika oft mehr über

uns aussagt, als über die dortigen Realitäten. Nehmen wir diese Realitäten eigentlich ausreichend wahr? Den Selbstfindungsprozess von Afrikanerinnen und Afrikanern etwa; und ihren Willen, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen? Wir müssen wegkommen von dem festgefahrenen Bild „Afrika hat Probleme, wir die Lösung“, wie es der Afrika-Forscher Robert Kappel sagt.

„Europa muss Afrika als eigenständiges politisches Subjekt mit eigenen Visionen, Verantwortung, Handlungswillen und Handlungsoptionen verstehen.“

Die Afrikanische Union hat mit der Agenda 2063 schon vor Jahren ihre eigene Vision von der Zukunft des Kontinents entwickelt; „The Africa we want“. Ein zentrales Projekt ist die Schaffung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA). Richtig umgesetzt, kann sie eine unschätzbare Basis dafür sein, die „demographic dividend“ in Afrika zu realisieren, also seinen Menschen Arbeit und Einkommen vor Ort zu verschaffen. Es ist erfreulich, dass auch die Europäische Kommission in einer Afrikanischen Freihandelszone eine „top priority“ sieht. Dass der geplante EU-AU-Gipfel nun Corona-bedingt verschoben werden musste, ist auch eine Chance. Gerade weil Europa von den afrikanischen Partnern mehr erwarten darf, als europäische Vorschläge „abzunicken“, sollte intensive Diskussion vor Schnelligkeit gehen.

Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt. Die Verantwortung für die Zukunft des Kontinents liegt zu allererst bei den Afrikanern selbst – und so verstehe ich auch den Titel von Jakkie Cilliers Buch: „Africa First!“ Als wichtigste Voraussetzung benennt er „accountable, honest leaders“.

Die Ursachen von „bad governance“ in Afrika sind komplex. Die gute Nachricht ist, dass Afrikanerinnen und Afrikaner diese Frage inzwischen längst zu ihrer eigenen Frage gemacht haben. Das weiß ich aus meinen vielen Gesprächen mit afrikanischen Führungspersonalitäten. So bewerte ich auch den immer lauter werdenden Kampf der afrikanischen Zivilgesellschaften gegen Korruption und „state capture“. Die Mo Ibrahim Foundation zum Beispiel hat sich die Messung und Förderung von „Good governance“ zur Aufgabe gesetzt. Jüngste Befragungen des Meinungsforschungsinstituts „Afrobarometer“ weisen darauf hin, dass der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die demokratische Verantwortlichkeit ihrer Regierungen im Zweifel wichtiger ist als die Effizienz der Regierungsleistungen.

Der afrikanischen Verantwortung steht aber auch eine europäische gegenüber. Drei Beispiele:

Erstens: Korruption und Geldwäsche trägt auch die Nummern europäischer Bankkonten. Jährlich fließt mehr Geld illegal aus Afrika ab, als es an internationaler „Entwicklungshilfe“ bekommt (aktuell um die 50 Milliarden US-Dollar). Bei den laufenden Gesprächen zur Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung im Rahmen der OECD sollte Europa ein Anwalt sein für eine neue, globale Steuer-Architektur, die afrikanischen Ländern Zugang zu einem gerechten Steuer-Anteil gewährt.

Zweitens: In der Agrarwirtschaft liegt enormes Wachstumspotenzial für Afrika, für Arbeitsplätze wie auch für die Ernährungssicherheit. Ohne Veränderungen in der europäischen Agrarpolitik aber wird es in Afrika schwer bleiben, eine moderne Landwirtschaft aufzubauen, die den Kleinbauern und den Verarbeitern ihrer Produkte Marktchancen gibt.



Drittens: Geben die Wirtschaftspartnerschafts-Abkommen den afrikanischen Ländern genügend Schutz für den Aufbau von „infant industries“? Und stellt die EU sicher, dass solche regionalen und bilateralen Abkommen den afrikanischen Binnenmarkt nicht langfristig fragmentieren und so die Chancen der afrikanischen kontinentalen Freihandelszone untergraben?

Die Liste ließe sich verlängern. Fest steht: Eine erfolgreiche wirtschaftliche Transformation Afrikas verlangt (wie in einem System kommunizierender Röhren) entsprechende strukturelle Reformen auch in Europa! Der Schlüssel für eine neue Partnerschaft zwischen unseren beiden Kontinenten liegt gerade darin, in den bestehenden Asymmetrien nach Gewinnen für beide Seiten zu suchen. Zwei Bereiche haben dabei strategische Bedeutung:

Zum einen ginge es darum, das Vertrauen für strukturell neue Finanzbrücken zu bauen. Wie können wir die realwirtschaftlich brachliegenden Ersparnisse der alternden Gesellschaften Europas mit dem immensen Investitionsbedarf der jungen, aber kapitalarmen Gesellschaften Afrikas verbinden? Zweitens müssen wir schneller Technologiebrücken bauen. Afrika hat die Chance, als „latecomer“ sein Wirtschaftswachstum von vornherein auf klimafreundliche und zukunftsfähige Grundlagen zu stellen.



Nun empfehle ich keinem, nur aus Idealismus in Afrika zu investieren. Aber sollte sich der „industrielle Exportweltmeister“ Deutschland angesichts der geopolitischen Strukturverwerfungen nicht besser früher als zu spät die Frage stellen, wo neue Zukunftsmärkte entstehen können? Bisher erschien der afrikanische Markt zu fragmentiert, unüberschaubar und unberechenbar. Aber mit der kommenden afrikanischen Freihandelszone liegt jedenfalls das Potenzial eines Binnenmarktes mit bald über zwei Milliarden Menschen vor der europäischen Haustür. Ich finde es gut, dass die Bundesregierung den Vorschlag unterstützt, ein Institut für angewandte Afrikaforschung zu gründen. Das könnte der deutschen Wirtschaft helfen, einen eigenen Plan aufzustellen, wie sie sich aktiver und kreativer in die Entwicklung dieses neuen Riesenmarktes einbringt. In Afrika nur verkaufen zu wollen, reicht jedenfalls nicht! Es ist auch keine Strategie, darauf zu warten, bis dort alle Investitionsbedingungen ideal sind und die kaufkräftigen Mittelschichten groß genug.

Aus der deutschen Wirtschaftsgeschichte wissen wir, dass sich Unternehmen im Ausland häufig in Clustern organisieren. Mittlere und kleinere Unternehmen folgen dabei den Großen. Dieses Muster könnte sich jetzt auch in Afrika bewähren. Kann der BDI hier zum Beispiel auch Erfahrungen mit Sonderwirtschaftszonen einbringen? Und statt darüber zu klagen, dass es keinen deutschen Generalunternehmer für große Infrastrukturprojekte mehr gibt, könnte es sich lohnen, diesen beiden Fragen im europäischen Verbund nachzugehen.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob wir unserem Nachbarkontinent endlich die nötige politische Priorität einräumen; ob wir ihn als Partner ernstnehmen und zu Veränderungen auch auf un-

serer Seite bereit sind. Die Corona-Krise wird ein Lackmustest dafür sein. Es war gut, dass die afrikanischen Länder ein Schuldenmoratorium bekamen. Weitergehende Finanzierungshilfen werden aber nötig sein. Und: Der Zugang zu einem Impfstoff gegen COVID-19 muss auch Afrika als „globales öffentliches Gut“ schnellstmöglich zur Verfügung stehen!

„Der Schlüssel für eine neue Partnerschaft liegt darin, nach Gewinnen für beide Seiten zu suchen.“

Europa wird Verbündete brauchen, wenn es seine Interessen und Werte auch in der Welt von morgen wahren will. Afrika und Europa sind durch ihre Geschichte und ihre Geographie geborene Partner, sich in den großen Suchprozessen unserer Zeit zusammenzutun. Wir müssen Entwicklungspfade finden, die allen Menschen ein Leben in Würde möglich machen, ohne den Planeten dabei zu zerstören. Dafür steht die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Die Afrikanische Union hat sie wie kein anderer Kontinent mit ihrer eigenen Agenda 2063 verbunden. Wenn wir zusammen neue Wege ausprobieren, dann kann Afrika nicht nur zur eigenen Prosperität kommen. Dann könnte das 21. Jahrhundert sogar zu einem afrikanisch-europäischen Jahrhundert werden, mit starken Vereinten Nationen und starkem Multilateralismus in der Weltpolitik. ↙

Fotos: © Christian Kruppa

„WIR BRAUCHEN AFRIKA“



Rede von Dr. Uschi Eid, Präsidentin der Deutschen Afrika Stiftung, anlässlich der Veranstaltung „Afrika und Europa – Chance auf einen Neubeginn?“, 30. September 2020, Berlin

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Köhler,

Es ist kein Zufall, dass die Deutsche Afrika Stiftung und der BDI Sie als Hauptredner eingeladen haben aus Anlass des geplanten – nun aber leider verschobenen – AU-EU Gipfels. Vielen Bürgern in Deutschland ist bekannt, dass Sie ein vehementer Verfechter guter Beziehungen zwischen Europa und Afrika sind. Afrikas Bedeutung in der internationalen Politik, haben Sie schon in Ihrer Antrittsrede als Bundespräsident 2004 öffentlich deutlich gemacht. Viele bezeichnen Sie deshalb als Freund Afrikas.

Aber was zeichnet diese Freundschaft aus und welches Verständnis vom Verhältnis zwischen Europa und Afrika liegt dieser Freundschaft zu Grunde? Ich freue mich sehr, heute Abend mehr darüber von Ihnen zu erfahren. Schon bei unserer ersten Begegnung 2002 in Washington wurde mir klar, dass Sie es ernst meinen mit Afrika. Eine Haltung, die man bei früheren IWF-Direktoren vergeblich suchte.

Eine Ihrer ersten Reisen als IWF-Exekutivdirektor unternahmen Sie 2001 nach Afrika. Reisen im Sinne von hinfahren, vor

Ort erkunden, hinsehen, ins Gespräch kommen, zuhören und lernen – das zeichnet bis heute Ihre Haltung aus. Ihre damalige Reise nahm die Initiative auf, mit der afrikanische Reformer zur Jahrtausendwende ein neues Kapitel auf ihrem Kontinent aufgeschlagen hatten. Diese Entwicklungs- und Reformdynamik hält bis heute an:

- *die OAU wurde zur Afrikanischen Union,*
- *ein panafrikanisches Parlament wurde geschaffen,*
- *mit dem African Peer Review Mechanism gab sich Afrika seinen eigenen Evaluierungsprozess,*
- *mit der Agenda 2063 machte Afrika klar, dass es weiß, wo es hinwill.*
- *mit dem Abkommen zur afrikanischen Freihandelszone AfCFTA schließlich stellte Afrika die Weichen für eine auch wirtschaftlich bessere Zukunft.*

Wenn wir heute über einen Neubeginn der Beziehungen zwischen Afrika und Europa diskutieren, müssen wir all die Veränderungen, die sich in Afrika ergeben haben und weiterhin abzeichnen, zugrunde legen, unsere alten Bilder und Klischees beiseite legen und die Realitäten vor Ort zur Grundlage gemeinsamer Lösungen machen. Alte vertraute Wege der asymmetrischen Verhältnisse von hier Wohltäter und da Hilfeempfänger sollten wir endlich hinter uns lassen.


Afrika ist heute nicht auf uns angewiesen. Aber wir brauchen Afrika – im Kampf gegen den Klimawandel, zum Erhalt der Artenvielfalt, im Kampf gegen Waffen- und Drogenschmuggel, zur Lösung der Migrationsfragen und letztlich im Kampf gegen Pandemien und zum Erhalt des internationalen Friedens. Ein Neubeginn ist überfällig! 

Foto: © Christian Kruppa

„Gemeinsam eine Welt aufbauen, die der nächsten Generation würdig ist“

Rede von Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für Internationale Partnerschaften, anlässlich der Veranstaltung „Afrika und Europa – Chance auf einen Neubeginn?“, 30. September 2020, Berlin



„Es muss wieder eine Atmosphäre des Friedens in Europa geschaffen werden, und es scheint, dass dabei die Wirtschaft der Politik Wegbereiterin sein muss“, sagte Konrad Adenauer 1924, also mehr als 30 Jahre vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Schon damals sah er die Zukunft klar vor Augen mit einer Vision für ein friedliches und wohlhabendes Europa.

Prof. Dr. Köhler, das Gleiche kann man über Sie sagen. So wie Adenauer das Potenzial für Europa gesehen hat, haben Sie längst das Potenzial für die afrikanisch-europäischen Beziehungen erkannt. Während andere über Konflikte und Instabilität sprechen, haben Sie sich auf die vielen Möglichkeiten der jungen Generation Afrikas konzentriert. Seit Jahren sprechen Sie über die wechselseitigen Verflechtungen zwischen Afrika und Europa und die Notwendigkeit, unsere Sichtweise auf Afrika zu ändern. Genau das ist die Strategie der EU für eine erneuerte Partnerschaft mit Afrika. Eine Vision für eine starke und moderne Partnerschaft zwischen der EU und Afrika, die einen Schlussstrich unter das bisherige Narrativ der Geber-Empfänger-Beziehung zieht. Es ist an der Zeit, dass wir nach einer besseren, gemeinsamen Zukunft für die kommenden Generationen streben. Einer Zukunft, in der wir – wie Sie, Herr Prof. Dr. Köhler, gesagt haben – nicht mehr von Afrika, sondern *mit* Afrika sprechen.

Im Dezember 2019 reiste ich mit Präsidentin von der Leyen nach Afrika und sah aus erster Hand, dass der Kontinent im Aufbruch ist. Die EU ist seit langem Afrikas bedeutendster Partner in den Bereichen Handel, Investitionen, Entwicklung und Sicherheit. Doch gerade jetzt brauchen wir eine umfassendere Partnerschaft, damit wir gemeinsam die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen können.

Ich bin davon überzeugt, dass Afrika und Europa gemeinsam den Grundstein für eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente und klimaresistente Zukunft legen können.

Der Grüne Deal wird ein wichtiger Pfeiler der EU-Afrika-Partnerschaft sein. Gemeinsam können unsere Kontinente den Klimawandel und die Umweltzerstörung angehen und dabei Wachstum und Beschäftigung im Auge behalten. Wir können schnelle Fortschritte in Bereichen mit großem Potenzial erzielen: Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Energie- und Nahrungsmittelsysteme, intelligente Städte und nachhaltige Wald- und Landbewirtschaftung. Darüber hinaus können wir gemeinsam Afrikas digitale Transformation vorantreiben, nachhaltige Investitionen fördern, den innerafrikanischen Handel und die wirtschaftliche Integration auf dem Kontinent unterstützen, den Bildungsstand steigern – insbesondere bei Jugendlichen und Frauen,

und die Grundlagen für gute Regierungsführung, die Achtung der Menschenrechte und dauerhaften Frieden legen.

Aktuell bin ich dabei, mit einer Vielzahl von Interessengruppen von beiden Kontinenten in Kontakt zu treten, um ihre Ansichten zu unseren Vorschlägen zu hören. Auch Sie sind herzlich eingeladen, sich diesen Diskussionen anzuschließen und daran teilzunehmen. Ich hoffe, dass all diese Arbeit auf dem nächsten EU-Afrika-Summit, der aufgrund von COVID-19 auf 2021 verschoben wurde, in gemeinsamen Prioritäten und greifbaren Ergebnissen gipfeln wird.

Was mich zum Thema Pandemie bringt. Unser Leben hat sich in vielerlei Hinsicht verändert und Sie fragen sich vielleicht: Was bedeutet das für unsere Partnerschaft mit Afrika? Unsere Prioritäten sind die gleichen, aber unsere Partnerschaft mit Afrika zu erneuern ist jetzt sogar noch dringlicher. In den vergangenen sechs Monaten haben wir schwierige Gesundheits- und Wirtschaftskrisen bewältigt. Die EU hat gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten und internationalen Finanzinstitutionen als „Team Europa“ Sofortmaßnahmen ergriffen, um unseren Partnern zu helfen, auch in Afrika. Das Team Europa wendet sich nun dem Aufschwung zu. Unsere Prioritäten rund um den grünen Übergang, die digitale Trans-



formation und nachhaltige Investitionen bergen so viele Lösungen für Afrika, für Europa und die Welt. Lösungen für den Aufbau einer nachhaltigeren Welt. Denken Sie an klimaresistente Infrastruktur, erneuerbare Energie, nachhaltige Landwirtschaft, E-Commerce und digitale Finanzdienstleistungen. All dies hat das Potenzial, Arbeitsplätze zu schaffen und uns widerstandsfähiger gegen zukünftige Krisen zu machen. Gemeinsam können wir den Wiederaufbau besser gestalten.

Meine Damen und Herren, die neue EU-Afrika-Partnerschaft braucht Sie. Ihr Erfolg wird sich auf Investitionen, Unternehmertum und einen offenen Dialog zwischen Wirtschaftsführern und politischen Entscheidungsträgern stützen. Wir glauben, dass Arbeitsplätze, Investitionen und nachhaltiges Wachstum der Schlüssel zu einer glänzenden gemeinsamen Zukunft sind. Wir verstehen, dass Sie ein stabiles Geschäftsumfeld brauchen. Deshalb unterstützen wir die entscheidenden Bedingungen für eine Neuausrichtung der Kapitalströme durch politischen Dialog, technische Hilfe und innovative Finanzierungsinstrumente. Wir machen Investitionen weniger riskant, indem wir Instrumente wie Finanzierungsgarantien einsetzen. Dies ist eine große Chance für den europäischen Privatsektor.

„Es ist an der Zeit, dass wir nach einer besseren gemeinsamen Zukunft streben.“

Es gibt eine echte Chance für mehr Dialog zwischen privaten und öffentlichen Akteuren – sowohl aus Europa als auch aus Afrika – durch Netzwerke und Geschäftsverbindungen. Die politischen Entscheidungsträger müssen von den Unternehmen über ihre täglichen Herausforderungen hören – sei es die Stromversorgung, der Zugang zu Kapital, der Fachkräftemangel oder die Bürokratie – damit wir dazu beitragen können, die Bedingungen zu verbessern. Ich möchte alle Interessierten einladen, am nächsten EU-Afrika Business Forum teilzunehmen, das am Rande des nächsten AU-EU-Gipfels stattfinden wird.

Eine Führungskraft zu sein bedeutet, andere zu großen Träumen zu inspirieren und eine Vision für eine bessere, hellere Zukunft zu haben. Sie sind Unternehmensführer.


Ich lade Sie alle ein, die neuen Möglichkeiten zu ergreifen. Wenn wir unsere Vision in die Realität umsetzen, können wir gemeinsam – Afrika und Europa, Wirtschaft und Politik – eine Welt aufbauen, die unserer nächsten Generation würdig ist. ↻

Die finnische Politikerin Jutta Urpilainen ist seit 2019 EU-Kommissarin für Internationale Partnerschaften in der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.

Foto: © picture alliance

Wirtschaftliche Erholung durch Handel und Investitionen

Rede von Prof. Dieter Kempf, damaliger Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), auf der Veranstaltung „Afrika und Europa – Chance auf einen Neubeginn?“, 30. September 2020, Berlin

 **Sehr geehrter Herr Bundespräsident Köhler, sehr geehrte Frau Dr. Eid, meine Damen und Herren,**

Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor große Herausforderungen. In Afrika hat es Südafrika besonders hart getroffen. Dennoch: Das für den afrikanischen Kontinent erwartete Worst-Case-Szenario konnte durch das schnelle und umsichtige Handeln der afrikanischen Regierungen verhindert werden.

Gleichwohl müssen wir die wirtschaftliche Grundlage der Menschen im Auge behalten. Durch die Corona-Pandemie ist die Weltwirtschaft unter Druck geraten. Afrika wird in seiner ökonomischen Entwicklung um viele Jahre zurückgeworfen. Die Wirtschaft Subsahara-Afrikas hat im vergangenen Jahr ihre erste Rezession seit einem Vierteljahrhundert erlebt. Ohne COVID-19 würden im Jahr 2030 laut Prognosen rund 33 Prozent der afrikanischen Gesamtbevölkerung in Armut leben. Dieser Anteil wird sich durch Corona auf etwa 38 Prozent erhöhen.

Das macht deutlich: Wir brauchen dringend eine wirtschaftliche Erholung durch Investitionen und Handel zwischen Europa und Afrika. Protektionismus führt in eine Sackgasse. Die Afrikanische Union geht mit gutem Beispiel voran. Zu Jahresbeginn ist die panafrikanische Freihandelszone AfCFTA, die nunmehr größ-



te Freihandelszone der Welt, in Kraft getreten. Das Abkommen umfasst insgesamt 1,2 Milliarden Menschen und könnte ein gemeinsames Bruttoinlandsprodukt von über zwei Billionen Euro schaffen. Daraus ergeben sich riesige Chancen für das Wirtschaftswachstum Afrikas und die Bekämpfung der Armut.

Afrika als Partner

Auch deutschen und europäischen Unternehmen erleichtert die Freihandelszone langfristig Investitionen und Handel mit den über 50 afrikanischen Ländern. Bis die Freihandelszone vollständig um-

gesetzt ist, sollten Afrika und Europa ihre Wirtschaftspartnerschaftsabkommen als Bausteine auf dem Weg zum kontinentalen Freihandel weiterverfolgen.

In den Plänen für eine neue EU-Afrika-Strategie setzt die EU auf Afrika als ebenbürtigen Partner, mit dem es globale Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen gilt. Dies ist von zentraler Bedeutung. Nur gemeinsam können wir so wichtige Pläne wie nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, das Vorantreiben der digitalen Transformation und den ökologischen Wandel verfolgen und umsetzen. Damit das gelingt, sollte die EU ihre Rolle bei der Infrastrukturfinanzierung in afrikanischen Ländern ausbauen.


Für uns als deutsche Wirtschaft ist klar: Trotz aller Herausforderungen ist Afrika ein Kontinent der Chancen. Bisher sind rund 850 deutsche Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent aktiv – und das Interesse wächst stetig. Daran wird auch Corona nichts ändern. Lassen Sie uns die Corona-Krise nutzen, um zusätzliche wirtschaftliche Impulse zu setzen und neue Wege für Innovationen zu gehen. 

Foto: © Christian Kruppa

✓ v. l. n. r.: Dr. Uschi Eid, Mulu Solomon Bezuneh, Botschafterin Äthiopien, Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler, Mmasekgo Masire-Mwamka, Botschafterin Botswana, BDI-Präsident Prof. Dieter Kempf



Chance auf einen Neubeginn?

Wird es Europa und Afrika gelingen, aus alten Mustern auszubrechen und eine substantiell neue Partnerschaft zu begründen? Wie können innovative Ansätze einer grünen Wirtschaft und der Green Deal zu gemeinsamen Projekten von Europäern und Afrikanern werden? Welche neuen Chancen entstehen für deutsche Unternehmen, etwa im Bereich Wasserstoff? Welche Folgen hat die Corona-Krise für die europäisch-afrikanischen Beziehungen? Führt sie zu mehr Introspektion oder kann sie gar zu einem Neuanfang in den Beziehungen beitragen? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung *Afrika und Europa – Chance auf einen Neubeginn?*, zu der die Deutsche Afrika Stiftung und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) am 30.9.2020 einluden. ✓

✓ Miguel Berger, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

✓ Dr. Jakkie Cilliers, Institute for Security Studies (ISS Africa)

✓ Masire-Mwamka, Botschafterin



Afrika und Europa müssen ihre Partnerschaft neu definieren



Faten Aggad

Es ist offensichtlich, dass die Welt bahnbrechende Veränderungen durchlebt; geopolitisch, gesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich und finanziell. Die COVID-19-Krise wirkt als Beschleuniger eines Prozesses, der vor mehr als einem Jahrzehnt begann. Es ist ein Veränderungsprozess, der jedes Land und jede Region fordert, die Art und Weise, wie man Herausforderungen angeht, zu überdenken. Die Länder auf dem afrikanischen Kontinent sind keine Ausnahme von dieser neuen Realität. Was bedeuten diese Veränderungen also für die Beziehungen zwischen Afrika und Europa?

Während eines Großteils der vergangenen 50 Jahre basierten die Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten auf Hilfstansaktionen gegen eine Reihe von Verpflichtungen. Dennoch ist der Anteil der EU an der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, kurz ODA) in den vergangenen 30 Jahren von 62 Prozent in den 1990er Jahren auf 49 Prozent im Jahr 2017 gesunken – 36 Prozent, wenn man Großbritannien herausrechnet. Die ODA-Quote, also das Verhältnis von ODA

zum Bruttoinlandsprodukt ist ebenfalls drastisch gesunken, da die Wirtschaft der afrikanischen Länder in den vergangenen zehn Jahren boomte. Die sich verändernden Bedürfnisse der afrikanischen Länder haben die europäischen Länder dazu gebracht, ihre Partnerschaften zu diversifizieren und sie so weit wie möglich an der Wertschöpfung des Partners auszurichten.

Die Reaktion auf die COVID-19-Situation hat die Kooperationsmodelle zwischen afrikanischen Ländern und ihren internationalen Partnern weiter in den Fokus gerückt. Im Fall der Beziehungen zur EU hat die Entscheidung, die Hilfsmittel ohne Mehrausgaben umzustrukturieren – ein vorhersehbarer Schritt angesichts der eigenen Herausforderungen infolge der Pandemie – die Grenzen des Vertrauens auf Hilfe zur Krisenbewältigung aufgezeigt. Der Mangel an Unterstützung beschränkte sich jedoch nicht auf finanzielle Mittel. Versuche afrikanischer Länder, eine multilaterale Lösung zu finden, um einen verlässlichen und erschwinglichen Zugang zu Impfstoffen und anderen medizinischen Produkten zu sichern, wurden systematisch blockiert, auch von der EU. In Ermangelung eines konstruktiven Versuchs, eine alternative Lösung für die gemeinsame Herausforderung zu finden, ist es nicht überraschend, dass afrikanische Länder bisher weniger als ein Prozent ihrer Impfstoffbestellungen erhalten haben.

Jenseits der unmittelbaren Bedürfnisse lohnt es sich, daran zu erinnern, dass die COVID-19-Krise multidimensional ist. Die afrikanisch-europäischen Beziehungen könnten ein Partnerschaftsmodell bieten, von dem sowohl Afrika als auch Europa bei der Bewältigung der Pandemie profitieren könnten. Dazu gehören unter anderem ein gerechter Übergang zu einer ökologischen Wirtschaft und eine nachhaltige Industrialisierung, die zur Diversifizierung der Wertschöpfungsketten zum Nutzen beider Kontinente beiträgt; die Erschließung des demografischen Potenzials des afrikanischen Kontinents, indem der aufstrebenden Jugend Chancen geboten werden, und zwar nicht durch Ad-hoc-Programme und Treffen, sondern durch die Unterstützung struktureller Lösungen in den Bereichen Wirtschaft und Mobilität; und die Unterstützung von Forderungen nach einem multilateralen Ansatz, um die Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen. Das Potenzial für eine starke Kooperation zwischen Afrika und Europa kann gar nicht hoch genug eingestuft werden.

„Die Neuausrichtung der Partnerschaft erfordert politischen Mut.“

Um die Partnerschaft zu stärken, müssen die beiden Kontinente jedoch eine große Herausforderung meistern, nämlich ihre Beziehung zueinander neu zu definieren. Das Problem bei der derzeitigen Situation ist, dass die Beziehungen zwischen Afrika und Europa in Relation zu anderen internationalen Akteuren gesehen werden, anstatt sie als eigenständigen Wert zu betrachten.

Die Neuausrichtung der Partnerschaft ist keine unmögliche Aufgabe – sie erfordert nur politischen Mut. So ist etwa die Zusammenarbeit im Bereich Frieden und Sicherheit in unserem gemeinsamen geografischen Raum von großer Bedeutung. Sie muss den bedeutenden Beitrag des afrikanischen politischen Kapitals anerkennen und einen stärkeren politischen Dialog und kohärentes Handeln fördern.

Handel kann in Anbetracht der regionalen Nähe ebenfalls zu einem Win-Win-Ergebnis führen, wenn man den Mut hat, sich von umstrittenen Vereinbarungen wie den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) zu lösen, die für afrikanische Länder in der Vergangenheit bestenfalls suboptimale Ergebnisse gebracht haben. Lösungen für künftige Herausforderungen könnten durch eine strategischere Zusammenarbeit gefunden werden, die den Wert aller beteiligten Partner anerkennt.

Die Substanz der Partnerschaft neu zu definieren und die Beziehung in einer Weise zu strukturieren, die die Handlungsfähigkeit aller Beteiligten respektiert, sollte Priorität sein, wenn die beiden Kontinente im Vorfeld des nächsten AU-EU-Gipfels der Staatsoberhäupter in einen Dialog treten. Carpe Diem! 📌

Die Algerien Faten Aggad ist eine international anerkannte Beraterin für internationale Beziehungen. Sie berät die Afrikanische Union in EU-Fragen.

Foto: © iStock

Europa – Afrikas wichtigster Partner

Afrika und Europa im Vergleich

Bevölkerung im Jahr 2020:

Afrika: 1,338 Milliarden
EU: 447,67 Millionen

Quelle: Statista

Fläche (Stand 2020):

Afrika: 30 Millionen km²
EU (27): 4,14 Millionen km²

Quellen: Statista, EU-Kommission

Länder (Stand 2020):

Afrika: 54
EU: 27

Quellen: Weltbank, Statista

Bruttoinlandsprodukt:

Afrika: 1,721 Billionen
US-Dollar (Stand 2018)
EU: 13,3 Billionen Euro
(Stand 2018, EU-27)

Quellen: Weltbank, Statista

BIP pro Kopf (Stand 2019):

Subsahara-Afrika: 1.596 €
EU: 31.080 €

Quelle: Weltbank, Statista

BIP-Wachstum, 2019:

Subsahara-Afrika: 2,29%
EU: 1,5%

Quellen: Weltbank, Statista

Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt (Stand 2019):

Subsahara-Afrika: 3,08%
EU: 15,4%

Quelle: Statista

Anteile am Welthandel (Stand 2019):

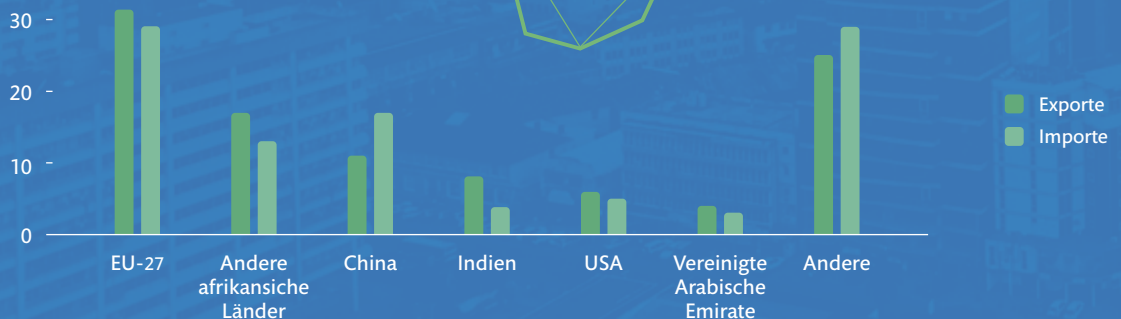
Afrika: 3%
EU: 15,4%

Quellen: Europäische Kommission,
Weltbank



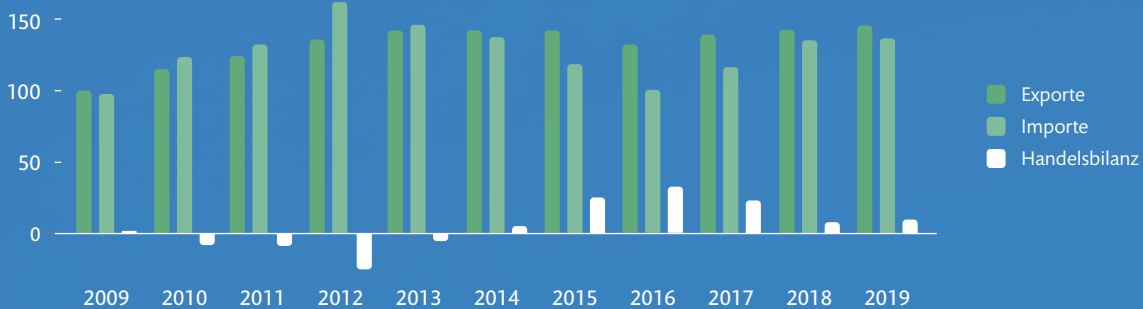
Die wichtigsten Handelspartner Afrikas Stand 2020

Afrikanische Export- und Importanteile
mit den wichtigsten Partnern, 2019, in Prozent



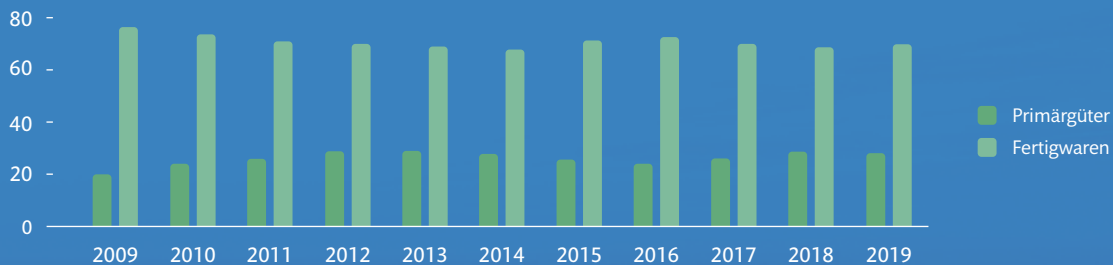
Quelle: UNCTAD (2020), Key Statistics and Trends in International Trade 2019, Geneva

Außenhandel der EU-27 mit Afrika 2009 - 2019, in Milliarden Euro



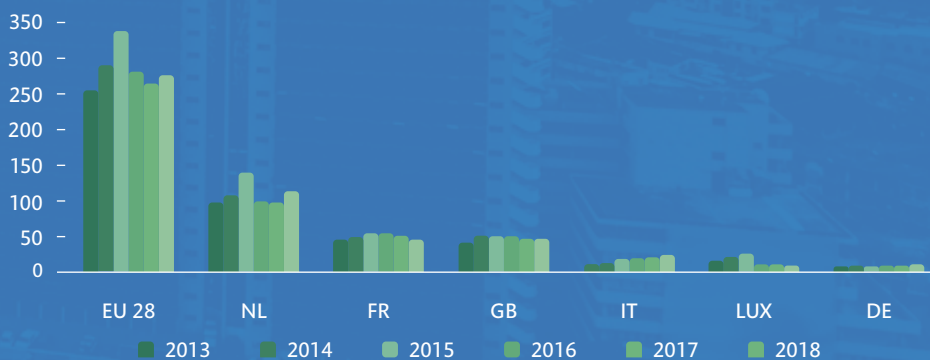
Quelle: Eurostat – Comext-DS-018995

EU-27-Exporte aus Afrika nach Produktgruppen, 2009 - 2019, in Prozent



Quelle: Eurostat – Comext-DS-018995

Europäische Direktinvestitionen auf dem afrikanischen Kontinent, Bestände, in Milliarden Euro, 2013 - 2018



Quelle: UNCTAD: World Investment Report 2020, Geneva, sowie verschiedene Jahrgänge des UNCTAD World Investment Report

„Deutschland wird auf dem afrikanischen Kontinent sehr präsent bleiben“



Botschafter Dr. Christoph Heusgen, Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen, im Gespräch mit der Deutschen Afrika Stiftung e.V.

Deutschland blickt auf zwei Jahre Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat zurück, in denen sich der Rat immer wieder mit Afrika befasst hat.

CH: Afrika ist der Kontinent, der am häufigsten auf der Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates steht, ja. Denn leider stehen Konflikte in Afrika immer wieder auf der Tagesordnung. Das betraf in den vergangenen zwei Jahren unter anderem Libyen, den Sudan und Südsudan, die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo und die Westsahara. Stabilität in Afrika und das Wohlergehen der Afrikaner sind im deutschen Interesse. Wir sehen das an den Flüchtlingsströmen. Wenn man eine werteregeleitete Außenpolitik führt, dann kann es einem nicht egal sein, dass es in Afrika Millionen von Flüchtlingen und ungelöste Konflikte gibt. Da müssen wir als Deutschland versuchen, unseren Beitrag zu leisten – gerade wenn wir im Sicherheitsrat sitzen.

Was konnten der UN-Sicherheitsrat und Deutschland für und mit Afrika in diesen zwei Jahren erreichen?

CH: Das Wichtigste aus meiner Sicht ist Libyen. In Libyen sind wir vor allem durch eine kombinierte Politik von Vereinten Nationen und Deutschland einige Schritte weitergekommen. 2019 hatte der seinerzeitige UN-Sondergesandte Ghassan Salamé darauf gedrängt, dass Deutschland sich in Libyen engagiert. Die Bundesregierung hat dann zusammen mit der UNO den Berliner Prozess eingeleitet und die Berliner Libyen-Konferenz abgehalten, die dann rasch zu einem Ergebnis geführt hat. Wir sind auf einem mühsamen aber positiven Weg. Wenn man zurückschaut auf die kriegerischen Auseinandersetzungen, auf die Anzahl der Flüchtlinge aus Libyen: Das ist alles besser geworden. Wir sind noch lange nicht am Ziel aber wir haben vieles erreicht in einem sehr guten Zusammenspiel zwischen der UNO und der Bundesrepublik.

Ebenfalls positiv hervorheben möchte ich die Entwicklungen im Sudan. Hier konnten wir eine größtenteils friedliche Revolution miterleben. Deutschland und die UNO haben wesentlich zur Förderung dieses Übergangs beigetragen. Wir haben schon seit den 2000er-Jahren eine UNO-Mission, die sich vor allem um Darfur kümmert. Die ist unter der Federführung Deutschlands und Großbritanniens in eine politische Mission umgewandelt worden, die zum Ziel hat, die noch sehr instabile Regierung um Premierminister Abdalla Hamdok im Sudan beim politischen Aufbau zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass die demokratische Entwicklung weitergeht, die Zivilgesellschaft geschützt wird und Menschenrechte geachtet werden.

Was waren – mit Bezug auf Afrika – die größten Enttäuschungen?

CH: Natürlich gibt es auch Regionen, in denen sich die Situation nicht verbessert hat. Ganz aktuell beobachten wir in Äthiopien eine Verschlechterung der Situa-

tion. Auch dieses Thema setzt der Sicherheitsrat jetzt auf die Tagesordnung.

Es ist viel über Spannungen zwischen den Großmächten im UN-Sicherheitsrat berichtet worden. Kann der Sicherheitsrat eher eine gemeinsame Linie finden, wenn es um Subsahara-Afrika geht als beispielsweise um den Iran oder Syrien?

CH: Ja, es ist manchmal einfacher zu Themen, die Afrika betreffen, eine Einigung zu bekommen. Aber auch hier gibt es grundsätzlich verschiedene Anschauungen. Als sogenannte Penholder haben Deutschland und Großbritannien zum Beispiel versucht, das Mandat der von der UN und Afrikanischen Union gemeinsam durchgeführten Friedensmission UNAMID im Sudan zu verlängern. Doch sowohl die Vertreter aus Afrika als auch die Russen und Chinesen wollten UNAMID beenden, Russland hat sich letztlich durchgesetzt. Chinesen und Russen verweisen oft auf die nationale Souveränität oder die Zuständigkeit der Afrikanischen

Union – und damit auch auf einen möglichst raschen Abzug von UNO-Truppen.

Wie lief die Zusammenarbeit mit den sogenannten „A3“ – den nichtständigen afrikanischen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat?

CH: Die A3 arbeiten viel und eng zusammen. In einigen Bereichen haben wir eng mit ihnen zusammengearbeitet, etwa beim Thema Klima. Als ein Ergebnis unserer Arbeit haben wir eine informelle Expertengruppe zum Thema Klima unter den Sicherheitsratsmitgliedern gegründet und der habe ich bis Ende letzten Jahres zusammen mit meinem Kollegen aus Niger vorgeschessen. Da hat es sehr viele positive Anknüpfungspunkte gegeben. Wenn es aber darum ging, „afrikanische Themen“ wie etwa die Konflikte in Äthiopien, der zentralafrikanischen Republik oder Kamerun frühzeitig auf die Tagesordnung zu bringen, waren die Afrikaner eher zurückhaltend. Das seien keine Themen für den Sicherheitsrat, das erledige man schon in der Afrikanischen Union, so war die Haltung.

Wie läuft denn die Kooperation zwischen Vereinten Nationen und Afrikanischer Union?

CH: Wir suchen immer die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union. Wir befürworten den Anspruch Afrikas, die Probleme auf dem eigenen Kontinent zu lösen und tun als Deutschland und als Europäische Union alles, um die Afrikanische Union zu unterstützen.

Wie wird sich Deutschland nach dem Ausscheiden aus dem UN-Sicherheitsrat weiter einbringen? Wird Afrika weiterhin auf der Agenda stehen?

CH: Hier in New York pflegen wir eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Und auch im Sicherheitsrat

Auch die deutsche Afrika-Politik geht natürlich weiter, Deutschland wird durch sehr viele bilaterale Stränge weiter in Afrika aktiv sein. Wir haben uns in den zwei Jahren, die wir im Sicherheitsrat waren, in Afrika engagiert und werden das natürlich weiterhin tun. Nach der Berliner Libyen-Konferenz ist es selbstverständlich, dass sich Deutschland weiter in

Im Sicherheitsrat sitzt seit Mitte Februar eine neue amerikanische Botschafterin. Linda Thomas Greenfield ist eine Botschafterin mit großer Afrika-Erfahrung, die die USA stärker in die Unterstützung der Lösung der Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent einbinden wird. Das sind aus meiner Sicht ganz gute Aussichten. 🗨️

Das Gespräch führten David Schwake und Nana Gerritzen.



Dr. Christoph Heusgen (*1955) trat 1980 in den Auswärtigen Dienst ein. Seit 2005 war er außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Seit 2017 ist er Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen. Im April 2019 und Juli 2020 leitete er turnusmäßig als Präsident die Sitzungen des UN-Sicherheitsrats, aus dem Deutschland als nichtständiges Mitglied nach zwei Jahren Ende 2020 wieder ausschied.

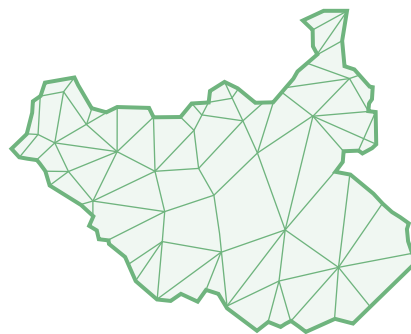
Foto: © Letizia Mariotti

„Wir befürworten den Anspruch Afrikas, Probleme auf dem eigenen Kontinent selbst zu lösen.“

sitzen ja weiterhin EU-Vertreter. Mit Norwegen und dem Vereinigten Königreich werden wir als Europäer sehr eng zusammenarbeiten und unseren Einfluss im Sicherheitsrat geltend machen. Da mache ich mir keine Sorgen. Deutschland wird auf dem afrikanischen Kontinent weiterhin sehr präsent bleiben.

Libyen engagiert. Auch der Lage im Sudan werden wir uns weiter annehmen. Wir werden uns natürlich auch weiter in Mali engagieren und uns weiterhin um die politische und sonstige Entwicklung im Land und in der Region kümmern.

Sudans ungerader Reformprozess



Gerrit Kurtz

Seit seinem Amtsantritt im August 2019 bemüht sich Abdalla Hamdok, Sudans Premierminister, um Frieden in seinem Land. Der Übergangsprozess nach dem Sturz von Diktator Omar al-Bashir sei eine große Chance für den Sudan und die gesamte Region am Horn von Afrika, betonte er bei zahlreichen Auftritten. Gleichzeitig sei die Transition „unordentlich“ und „nicht-linear“. Im letzten Jahr wurde sehr deutlich, was Hamdok damit meinte.

Ein widriges Erbe

Hamdoks Regierung stand vor einem Grundproblem vieler demokratischer Transitionen. Sie musste einer massiven Wirtschaftskrise mit einem völlig kapazitätschwachen Staat begegnen. Mit einer zivil-militärischen Übergangsregierung und einem überwiegend technokratisch geprägten ersten Kabinett und ohne eigenes demokratisches Mandat konnte Hamdok nicht „durchregieren“. Wirtschaftsreformen verlangten der Bevölkerung und der fragilen Koalition Härten und Zugeständnisse ab. Internationale finanzielle Unterstützung erfolgte nur allmählich, auch weil diese an grundlegende Reformen geknüpft war. So war jeder Schritt der Regierung im Übergangsprozess unvollständig, umstritten und erfolgte häufig verzögert. Viele ehrgeizige Zeitpläne gingen nicht auf. Die Friedensverhandlungen dauerten viermal so lang wie ursprünglich geplant. Hinzu kamen Krisen, die selbst deutlich besser aufgestellte Regierungen unter Druck gesetzt hätten: COVID-19 belastete Sudans ohnehin schwaches Gesundheitssystem. Rekordfluten überschwemmten rund ein Viertel aller Ackerflächen. Der Krieg in der äthiopischen Region Tigray trieb über 60.000 Menschen über die Grenze nach Sudan

und führte zu militärischen Spannungen in einem zwischen beiden Ländern umstrittenen Grenzgebiet.

Zentrale Akteure spalteten sich, was die politische Abstimmung erschwerte. Dies betraf insbesondere die Koalition aus Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Forces of Freedom and Change (FFC). Die Umma Party, die die letzte zivile Regierung vor al-Bashirs Putsch 1989 geführt hatte, sagte sich von den FFC los. Einige Monate später zog sich auch die kommunistische Partei aus den FFC zurück. Gleichzeitig fehlte es den zivil geführten Ministerien an zuverlässigem Personal, um Regierungsprojekte planen und umsetzen zu können.

Schließlich brachten selbst nominelle Fortschritte erhebliche Risiken für den Übergangsprozess mit sich. Der Subventionsabbau im Rahmen der Wirtschaftsreformen ging mit enormen Preissteigerungen für Güter des täglichen Bedarfs und nachhaltigen Protesten einher. Nach Angaben des IWF hatte der Sudan 2020 die zweithöchste Inflationsrate weltweit. Während Hamdok vom Militär kontrollierte Unternehmen unter zivile Kontrolle bringen wollte, drohte De-Facto-Staatschef General Abdel Fat-

tah al-Burhan im August unverhohlen mit einem erneuten Putsch.

Abgetrozte Erfolge

Angesichts dieser komplexen Lage sind die Erfolge der sudanesischen Regierung nicht zu verachten. Am 3. Oktober 2020 unterzeichnete sie das Juba Peace Agreement mit einer Reihe von bewaffneten Gruppen. Die Finanzierung und Umsetzung des Friedensabkommens sind in Teilen noch unklar. Seine Auswirkungen sind jedoch bereits heute zu erkennen. Anfang Februar 2021 berief Premierminister Hamdok ein neues, „politisches“ Kabinett, dem auch sieben Minister aus den Unterzeichnergruppen angehören. Das Friedensabkommen verlängerte zudem den Übergangsprozess um rund 13 Monate. Er soll jetzt erst Anfang 2024 mit Wahlen enden.

Das neue Kabinett einigte sich sogleich auf die Abwertung des sudanesischen Pfundes. Dies war eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass internationale Hilfsgelder fließen und der Entschuldungsprozess vorangehen konnte. So konnte die Regierung zusammen mit ihren internationalen Partnern auch das Sudan Family Support Programme umsetzen: Ein monatlicher Betrag von umgerechnet fünf Dollar pro Person soll die Auswirkungen der Preissteigerungen abfedern. Das Cash-Programm ist Ausdruck der internationalen Unterstützung für Sudans Übergangsprozess. Premierminister Hamdok traf im Februar 2020 Bundeskanzlerin Merkel in

Berlin und bemühte sich allgemein um gute Beziehungen zu zentralen Gebern. Eine Strategie, die sich auszahlte: Im Juni vergangenen Jahres richtete Deutschland zusammen mit dem Sudan, der EU und den UN eine virtuelle Sudan-Partnerschaftskonferenz aus, die rund 1,8 Milliarden Dollar für humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und das Hilfsprogramm einsammelte. Im Juli 2020 begann der IWF ein zwölfmonatiges Reformprogramm, das Voraussetzung für weitere Unterstützung und Entschuldung ist. Im Dezember letzten Jahres strichen die USA den Sudan von ihrer Liste der Länder, die den Terrorismus fördern. Eine lang erwartete Entscheidung, die sudanesischen Banken wieder Zugang zum internationalen Finanznetzwerk ermöglicht.

Revolutionsziele bleiben Baustellen

Doch die Liste der ausstehenden Reformen in Sudan bleibt lang. Nach Abschluss der Friedensverhandlungen und Ernennung des neuen Kabinetts steht die Einberufung des Übergangsparlaments weiterhin aus. Diese könnte dazu beitragen, mehr Transparenz herzustellen und weitere gesellschaftliche Gruppen am Übergang zu beteiligen. Des Weiteren fehlen Friedensabkommen mit den zwei wichtigsten bewaffneten Gruppen Sudans, die das Juba Peace Agreement nicht unterzeichnet haben.

Die sudanesische Regierung wird jetzt unter Beweis stellen müssen, dass sie für Sicherheit und Wohlstand sorgen kann – gerade auch in den lange benachteiligten Regionen Sudans, etwa in Darfur. Bisher ist ihr das nur unzureichend gelungen: Mit Verweis auf eigene Kapazitäten hatte sie sich für den Abzug der AU-UN-Friedensmission UNAMID zum 31. Dezember 2020 stark gemacht. Doch nur wenige Wochen später starben über 200 Menschen bei bewaffneten Auseinandersetzungen.





Dr. Abdalla Hamdok, Premierminister Sudans im Februar 2020 zu Gast bei der Deutschen Afrika Stiftung.

Zwar arbeitet der Sudan jetzt mit dem internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zusammen und Ex-Präsident al-Baschir sitzt rechtskräftig verurteilt in Haft. Auf den Abschluss von weiteren Verfahren zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen warten viele Menschen im Land aber weiterhin. Eine umfassende Reform des Sicherheitssektors sowie eine Neuordnung der verfassungsmäßigen Ordnung stehen ebenfalls noch aus. 2018 und 2019 sind die Menschen in Sudan für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit auf die Straße gegangen. Der Weg dorthin wird weiterhin steinig und alles andere als gerade sein. ↻

Dr. Gerrit Kurtz ist Research Fellow für Krisenprävention und Diplomatie in Afrika bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Foto: © Deutsche Afrika Stiftung e.V.

Sudan auf einen Blick

- Bevölkerung 2019:** 42,8 Millionen 
- Bevölkerungswachstum 2019:** 2,4 %
- Fläche:** 1.886.000 km²
- Hauptstadt:** KHARTUM, 5,9 Millionen Einwohner 
- Durchschnittliche Lebenserwartung 2018:** 65,1 Jahre
- Bruttoinlandsprodukt 2020:** \$ 30,5 Milliarden
- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2019:** \$ 590
- Staatsform:** Bundesrepublik

Quellen: Weltbank, PopulationStat

Neue Bewegung im Westsahara-Konflikt

Ebnet ein umstrittener Trump-Tweet den Weg zu einer Lösung?

David Schwake

Während in vielen früheren Kolonien im Jahr 2020 die Sektorken knallten und der 60. Jahrestag der Unabhängigkeit gefeiert wurde, flammte gegen Ende des Jahres ein fast vergessener Konflikt wieder auf: der Westsaharakonflikt. Die eine Konfliktpartei, die Befreiungs-

2.500 Kilometer langen befestigten Grenzwalls, der die Konfliktparteien trennt, zu Schusswechseln. Meldungen über Todesopfer gingen nicht ein, aber einer der weltweit am längsten haltenden Waffenstillstände hatte ein abruptes Ende gefunden. Die Vereinten Nationen schienen düpiert,

ßene politische Prozess zum Stillstand gekommen. Marokko nutzte diese Phase, um eine Reihe befreundeter Staaten für die Eröffnung von Konsulaten in Laayoune, der Hauptstadt der Westsahara, zu gewinnen – und damit ein Zeichen der Anerkennung der Souveränität Marokkos zu senden. Vor allem aber dürfte die Polisario frustriert haben, dass es Generalsekretär Guterres nicht einmal gelang, einen neuen Vermittler für den Konflikt zu gewinnen und so das von Horst Köhler erzielte und von der Frente Polisario mit viel Hoffnung begleitete Momentum verloren ging.

Überraschender als die Krise um Guerguerat war ohne Zweifel die Twitter-Erklärung des scheidenden US-Präsidenten Donald Trump vom 10.12.2020:

„Today, I signed a proclamation recognizing Moroccan sovereignty over the Western Sahara. Morocco's serious, credible, and realistic autonomy proposal is the ONLY basis for a just and lasting solution for enduring peace and prosperity!“



Anhänger der Frente Polisario. © David Schwake

bewegung Frente Polisario, interpretiert ihn als „letzten Entkolonialisierungskonflikt“, die andere, das Königreich Marokko, vor allem als regionale Auseinandersetzung.

Nachdem Marokko eine Blockade des ökonomisch wichtigen Grenzübergangs Guerguerat an der Grenze zu Mauretanien durch Sympathisanten der Frente Polisario gewaltsam beendet hatte, erklärte die Polisario Mitte November 2020, Marokko habe das Waffenstillstandsabkommen von 1991 verletzt. Insofern sehe man auch sich selbst nicht weiter daran gebunden. In der Folge kam es an verschiedenen Orten entlang des

Experten warnten vor einer Eskalation, und Generalsekretär Guterres rief beide Seiten eilig zur Mäßigung auf.

Dass Guerguerat zum „casus belli“ wurde, kam für Beobachter des Konflikts nicht überraschend. Der Grenzübergang war schon in den Vorjahren immer wieder von der Polisario genutzt worden, um öffentlichkeitswirksam auf das Fortbestehen des Konflikts hinzuweisen. So auch diesmal: Seit dem Rücktritt von Altbundespräsident Horst Köhler vom Amt als VN-Sonderbeauftragter für den Westsaharakonflikt war der von Köhler angesto-

Offenbar im Gegenzug erklärte Marokko, seine diplomatischen Beziehungen zu Israel normalisieren zu wollen. Trumps Erklärung wurde von Marokko gefeiert, von vielen Beobachtern jedoch, darunter dem früheren VN-Sonderbeauftragten und US-Außenminister James Baker, als Bruch mit langjähriger US-Außenpolitik und als Verrat an den Rechten des saharawischen Volkes zurückgewiesen. Die neue US-Administration hat sich seit der Amtsübernahme von Präsident Biden nicht zu Trumps Tweet erklärt. US-Außenminister Blinken erläuterte lediglich, man werde sich den Vorgang genau ansehen. Eine Rücknahme der trumpfchen Erklärung dürfte

der Biden-Administration aber schon deshalb schwerfallen, weil dies nicht im Interesse des US-Verbündeten Israels liegt.

Wie also weiter im Westsahara-Konflikt? Ein Blick zurück kann helfen: Horst Köhler setzte sich aus mehreren Elementen zusammen: Köhler erinnerte die Parteien und Nachbarn eindringlich an die wirtschaftlichen Kosten, die der durch den Westsaharakonflikt verursachten Mangel an Kooperation zwischen den Ländern des Maghreb mit sich bringt. Köhler vergrößerte zudem den Kreis der Gesprächspartner, bezog Europäische und Afrikanische Union in seine Vermittlungsbemühungen mit ein und erweiterte so die „Vermittlungszone“.

Vor allem aber nutzte Horst Köhler insbesondere im Umgang mit Marokko geschickt „Zuckerbrot und Peitsche“: Einerseits überschritt er marokkanische „rote Linien“ und demonstrierte so seine Unabhängigkeit, andererseits kam er marokkanischen Anliegen entgegen – und bewegte Marokko so zur Kooperation mit seinen Vermittlungsbemühungen. Ein Beispiel dafür waren die Gespräche am „runden Tisch“ zu dem Köhler Marokko, die Frente Polisario und die Nachbarn Algerien und Mauretanien im Dezember 2018 und März 2019 nach Genf einlud. Dieses Format lag schon wegen der auch physisch runden Form des Tisches im Interesse Marokkos, weil es den (von Marokko bestrittenen) Unterschied zwischen „Parteien“ und „Nachbarn“ zu verwischen schien. Trumps Tweet vom Dezember 2020 muss also nicht das letzte Wort gewesen sein. Vielmehr könnte er Teil einer Strategie werden, die Vorleistungen erbringt, um Marokko zur Kooperation zu veranlassen. Marokko hat zu-

dem durchaus weiter einen Anreiz zu verhandeln, weil die internationale Gemeinschaft dem trumpschen Vorbild in Sachen Anerkennung bisher nicht gefolgt ist.

Die USA sollten deutlich machen, dass sie erwarten, dass Marokko sich in den kommenden zwei bis drei Jahren ohne jede Vorbedingung engagiert, um den Westsaharakonflikt zu einem Ende zu führen, das den Vorgaben des VN-Sicherheitsrates

bereit ist, den Saharawis weitgehende Autonomie einzuräumen, wie es dies seit seinem Autonomievorschlag von 2007 immer wieder erklärt. Deutlich werden würde dann auch, ob die andere Konfliktpartei, die Polisario, offen für einen Kompromiss ist. Kann sie ein Modell unterhalb der Schwelle voller staatlicher Souveränität akzeptieren, wenn dieses die Selbstbestimmung des saharawischen Volkes zumindest weitgehend realisiert – und ihr eine mit zentralen Kompetenzen versehene politische Eigenständigkeit beschert?

Die bisher offene Frage nach der Kompromissbereitschaft der beiden Parteien, nach ihren tatsächlichen roten Linien, wird sich nur dann abschließend beantworten lassen, wenn beide Farbe bekennen müssen. Sie dazu zu bewegen, ist Aufgabe des nächsten VN-Vermittlers. ↻

David Schwake ist Generalsekretär der Deutschen Afrika Stiftung. Von 2017 bis 2019 war er Leiter des Teams der Vereinten Nationen zur Unterstützung des UN-Sonderbeauftragten für die Westsahara.

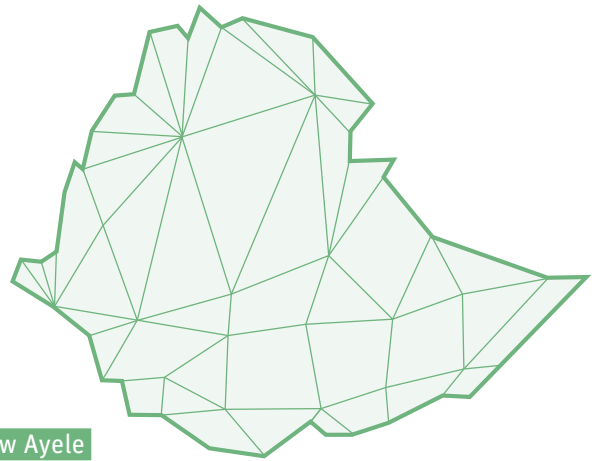


© United Nations

entspricht. Sie könnten zudem andeuten, dass sie Trumps Anerkennung überdenken würden, sollte ein erneuter Lösungsversuch an Marokko scheitern.

Der neu zu ernennende VN-Sonderbeauftragte für den Westsahara-Konflikt wiederum sollte diese Konstellation – und die Unterstützung der USA und Frankreichs – nutzen, um einen eigenen Lösungsvorschlag auf den Tisch zu legen. Nur dann dürfte deutlich werden, ob Marokko tatsächlich

Verspielte Chancen – politische Reformen in Äthiopien



Zemelak Ayitenew Ayele



Es gibt ein zu beobachtendes Muster, wie sich Chancen für eine friedliche politische Reform in Äthiopien immer wieder bieten und immer wieder verspielt werden. Es beginnt mit einer milden Äußerung öffentlicher Unzufriedenheit, die die Machthaber ignorieren. Das jeweilige Regime weigert sich hartnäckig,

kleinere Änderungen vorzunehmen, selbst wenn der Ausdruck der Unzufriedenheit lauter wird. Dies wiederum führt dazu, dass verschiedene Segmente der Gesellschaft radikalere Veränderungen fordern. Das Patt zwischen denjenigen, die Veränderungen fordern, und denjenigen, die den Status quo beibehalten wollen, endet

mit der völligen Vernichtung der Letzteren und legt den Grundstein für eine tiefere soziale Spaltung. Dies ist in Äthiopien in den vergangenen 50 Jahren mindestens dreimal geschehen.

Kurz nach dem versuchten Staatsstreich vom Dezember 1960 gegen Kaiser Haile Selassie I. schrieb Haddis Alemayehu, ein bekannter äthiopischer Schriftsteller, Politiker und Diplomat, eine persönliche Mitteilung an den Kaiser. Haddis betonte, dass der Putschversuch nicht aus heiterem Himmel erfolgte und riet dem Kaiser, die Missstände, die zum Putsch führten, zu untersuchen und entsprechende Reformen einzuleiten. Die Reform solle das Volk als Quelle aller Autoritäten und politischen Kräfte anerkennen und die heiligen Rechte der Könige hinter sich lassen. Er forderte die Einführung einer wettbewerbsfähigen Mehrparteiendemokratie und ein Parlament, dessen Rolle sich nicht auf die Beratung der Regierung beschränkt, sondern die volle gesetzgebende Gewalt ausübt. Er betonte die Notwendigkeit, die Meinungsfreiheit zu garantieren, einschließlich der Freiheit, den Kaiser zu kritisieren. Frieden und Ordnung könnten nur durch die Beseitigung der Ursachen der Unzufriedenheit hergestellt werden und er riet dem Kaiser, diese zu beseitigen, bevor es zu spät sei.

Offenkundig entschied sich der Kaiser dafür, diesen und ähnliche Ratschläge zu ignorieren. Ein Jahrzehnt später entstand im Land die Äthiopische Studentenbewegung, die sich nicht mehr mit moderaten politischen Reformen zufriedengab. Die Studenten setzten sich für eine viel radikalere Agenda ein, für die Abschaffung der Monarchie und die Errichtung einer sozialistischen Republik. Sie brachten auch die „Nationalitätenfrage“ zur Sprache, die zuvor als Tabu galt, und forderten nicht nur die kulturelle Einbeziehung marginalisierter ethnischer Gemeinschaften, sondern auch die Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung bis hin zur Sezession.

↳ Soldaten der äthiopischen Streitkräfte werden im November vergangenen Jahres in Addis Abeba von der Bevölkerung gefeiert.

Die Herrschaft von Haile Selassie endete tragisch, als der provisorische Militärverwaltungsrat Derg die von Studenten angeführte Revolution kaperte, den Kaiser entthronte und die Macht übernahm. Ein Land, das seit Tausenden von Jahren eine Monarchie gewesen war, wurde über Nacht zu einer Republik. In einer zutiefst religiösen Gesellschaft wurde der Marxismus-Leninismus zum Gebot der Stunde, die Kirche wurde ins Abseits gedrängt und die Religion zum „Opium der Armen“ erklärt. Über 60 hochrangige Beamte der Regierung von Haile Selassie, von denen viele ihrem Land mit Hingabe gedient hatten, wurden kurzerhand hingerichtet, ohne dass es auch nur einen Schauprozess gab.

Tatsächlich führte der Derg einige der Reformen ein, für die die Studentenbewegung eingetreten war, darunter die Verstaatlichung und Umverteilung von Land. Allerdings stellte er sich taub gegenüber Forderungen nach demokratischen Reformen. Diese wurden als antirevolutionär gebrandmarkt und es gab Terrorkampagnen gegen jeden, der politische Reformen forderte. Nach dem Motto *Äthiopien zuerst!* wies die Militärjunta gemäßigte Forderungen nach kultureller Integration von Randgruppen zurück. Sie versuchte, die „eritreische Frage“ militärisch zu lösen und wies jeden Vorschlag zurück, Wege zu finden, Eritrea in einem politischen Arrangement unterzubringen, das weniger extrem war als die totale Unabhängigkeit. Die Weigerung der Militärjunta, auf kleinere Forderungen nach politischen Reformen einzugehen, führte zum Aufstieg von Rebellengruppen, die radikalere Forderungen stellten. Nach zwei Jahrzehnten eines extrem zerstörerischen Bürgerkriegs wurde der Derg von der Revolutionären Demokratischen Front der Äthiopischen Völker (EPRDF) entmachtet – einer Koalition aus ethnisch basierten Rebellengruppen, deren einflussreichstes Mitglied die Tigray People Liberation Front (TPLF) war. Eritrea spaltete sich von Äthiopien ab. Die EPRDF leitete eine weitere Runde radikaler Reformen in Äthiopien ein. Sie machte die ethnische Zugehörigkeit nicht nur zu einer Frage der

kulturellen Integration, sondern zur wichtigsten politischen und verfassungsrechtlichen Grundlage der Staatsorganisation. Sie setzte ihr politisches Programm der Reorganisation des Landes auf der Basis eines ethnisch-föderalen Systems „per Verfassungsbeschluss“ durch.

Zugegeben, die demokratische Bilanz der EPRDF war bei weitem besser als die ihrer Vorgänger. Sie unterstützte die Verfassung von 1995, die im Vergleich zu ihren Vorgängern eine deutliche Verbesserung in Bezug auf die Anerkennung demokratischer und politischer Rechte darstellt. Die Hauptforderung der Öffentlichkeit an die EPRDF war daher, dass die Partei die in der von ihr unterstützten Verfassung verankerten Prinzipien einhalten sollte – die Etablierung einer Mehrparteiendemokratie im Land zu ermöglichen und den ethnischen Gemeinschaften die Ausübung einer echten Selbstverwaltung auf staatlicher und lokaler Ebene zu erlauben. Die EPRDF lehnte es ab, auch nur eine dieser Forderungen zu erfüllen. Sie unterdrückte die ethnisch begründete Selbstverwaltung, indem sie das Land auf zentralistische Weise regierte. Sie führte auch das ein, was oft als „Wahlautoritarismus“ bezeichnet wird, bei dem symbolisch Wahlen abgehalten wurden, aus denen die EPRDF mit großer Sicherheit als Sieger hervorging.

Die Öffentlichkeit brachte ihre Unzufriedenheit mit der autoritären Herrschaft immer wieder zum Ausdruck. Nach den Wahlen 2015, bei denen die EPRDF einen 100-prozentigen Wahlsieg errang, wurde der Ausdruck der Unzufriedenheit lauter und koordinierter. Die öffentlichen Proteste dauerten drei Jahre lang an und führten zu einer politischen Spaltung innerhalb der EPRDF zwischen denjenigen, die den Status quo beibehalten wollten, und denjenigen, die einen Wandel forderten. Diejenigen, die zur TPLF-Fraktion der EPRDF gehörten,





← Gefallener Hoffnungsträger?
Der äthiopische Premierminister
und Friedensnobelpreisträger
Abiy Ahmed.

wurden. Der Ausgang des Krieges ist zu diesem Zeitpunkt unklar. Es ist jedoch klar, dass er eine katastrophale humanitäre Krise und eine tiefe soziale Spaltung verursacht hat und die Saat für Unzufriedenheit und zukünftige Konflikte gelegt hat.

Was diesmal anders ist, ist, dass keine radikale Reform im Land stattgefunden hat. Das föderale System, das am meisten umstrittene Thema, bleibt intakt, obwohl die Stimmen, die die Auflösung des Systems fordern, lauter werden.

Es besteht die Chance, eine weitere Runde von Konflikten und eine tiefere soziale Spaltung abzuwenden. Es besteht die Chance, die Wunden zu heilen, die durch die jüngsten Konflikte in Tigray und anderen Orten des Landes entstanden sind. Noch bleibt Zeit, den Teufelskreis zu beenden. Dies erfordert jedoch von allen Gruppen eine hohe Bereitschaft und einen immensen politischen Willen, Kompromisse zu schließen. 🗳️

Zemelak Ayitenew Ayele ist Professor und Direktor am Zentrum für Föderalismus und Governance Studies an der Universität Addis Abeba und außerordentlicher Professor am Dullah Omar Institut an der Universität des Westkaps in Südafrika.

Fotos: © picture alliance

„Es schien zum ersten Mal in der Geschichte Äthiopiens, als würde ein politischer Wandel bevorstehen, der nicht die Vernichtung einer Gruppe durch eine andere beinhaltete. Bedauerlicherweise ist es anders gekommen.“

gingen diejenigen, die für einen Wandel eintraten, als Sieger aus dem internen politischen Kampf hervor, der in dem Aufstieg von Abiy Ahmed, dem aktuellen Premierminister, gipfelte.

Zum ersten Mal in der Geschichte Äthiopiens schien es, als würde ein politischer Wandel bevorstehen, der nicht die Vernichtung einer Gruppe durch eine andere beinhaltete. Bedauerlicherweise ist es anders gekommen. Die siegreiche Seite drängte die TPLF aus dem politischen Zentrum und zwang sie zum Rückzug nach Mekelle, der Hauptstadt von Tigray. Die TPLF ihrerseits unterminierte und delegitimierte Abiys Regierung bei jeder Gelegenheit. Sie hielt verfassungsrechtlich fragwürdige Staatswahlen ab, erklärte, dass sie Abiy nicht als legitimen Premierminister des Landes anerkennt und schloss damit alle Türen für Verhandlungen. Schließlich entfachte die TPLF in Anspielung auf einen „bevorstehenden Angriff der Bundesregierung“ einen Blitzkrieg gegen die verschiedenen Militärbasen der Äthiopischen Streitkräfte (ENDF) in Tigray, was zu einem offenen Krieg zwischen der TPLF und der Bundesregierung führte. Die Bundesregierung antwortete mit einem intensiven militärischen Angriff, wobei wichtige Führer der TPLF getötet oder gefangen genommen

wollten unbedingt ihre privilegierte Position in der EPRDF und den politischen Institutionen des Landes beibehalten, während die Oromo und Amhara-Fraktion der Partei einen Wandel anstrebten. Letztendlich

„Europa darf keinen Anteil an der Balkanisierung Afrikas haben“



Dr. phil. Prinz Asfa-Wossen Asserate, Vorsitzender
des Kuratoriums der Deutschen Afrika Stiftung über die
aktuelle Situation in Äthiopien

Beobachter sprechen vom Krieg in Tigray als der schlimmsten humanitären Krise in Äthiopien seit den 1980ern. Wie bewerten Sie die aktuelle Lage?

AWA: Zuerst möchte ich mein tiefstes Leid ausdrücken, dass schon wieder zwei Brüder eines Volkes gegeneinander kämpfen müssen. Wir alle hatten gehofft, dass mit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Abiy Ahmed Äthiopien endlich befriedet sein würde. Ob und wie viele Opfer es gegeben hat, ist noch nicht bestätigt. Wir müssen die Untersuchungen neutraler internationaler Institutionen abwarten. Wichtig ist, dass dieser militärische Konflikt sobald wie möglich beendet wird und wieder Frieden in Tigray herrscht.

Abiy Ahmed war seit seinem Amtsantritt 2018 ein Hoffnungsträger: Er hat politische Gefangene freigelassen, beeindruckende Reformen angestoßen und Frieden mit Eritrea geschlossen – wofür er 2019 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Jetzt wird unter seinem Kommando Tigray bombardiert. Wie passt das zusammen?

AWA: Dieser Krieg wurde Abiy Ahmed aufoktroziert. Er hat alles Menschenmögliche getan, um die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) an den Verhandlungstisch zu bringen. Aber nach den ungeheuerlichen Massakern des Nordkommandos vom 3. November letzten Jahres blieb ihm keine andere Möglichkeit als die Militäraktion zu beordern. Immerhin hat er als Ministerpräsident von Äthiopien einen Eid geleistet, die territoriale Integrität und die nationale Souveränität des Landes zu bewahren.

Darüber hinaus sollten wir uns grundsätzlich die Frage stellen, ob das Nobel-Komitee regierende Politiker mit dem Friedensnobelpreis auszeichnen sollte. Barack Obama war nicht einmal ein Jahr im Amt, als man ihm den Nobelpreis verliehen hat und wir wissen, wie viele Drohnen-Kriege er danach geführt hat. Seine Amtskollegin Aung San Suu Kyi ist von einer freiheitsliebenden Oppositionellen zu einer Frau geworden, die den aktiven Krieg gegen die Rohingya geführt hat. Es ist keine gute Idee, amtierende Politiker mit diesem Preis auszuzeichnen – man könnte ja warten bis sie nicht mehr im Amt sind.

Äthiopien galt bisher als Stabilitätsanker in Ostafrika. Was sollte die äthiopische Regierung tun – auch angesichts der anstehenden Parlamentswahlen im Sommer? Und wie kann die internationale Gemeinschaft möglicherweise unterstützen?

AWA: Leider ist der Krieg in Tigray nicht das einzige Kampfgebiet in Äthiopien. In den letzten Wochen haben in anderen

Provinzen regelrechte ethnische Säuberungen gegen die Amharen stattgefunden. Dieser neue Aufruhr in vielen äthiopischen Regionen wird es eventuell schwierig machen eine freie und transparente Wahl durchzuführen.

Die äthiopische Einheit war noch nie so bedroht wie in diesen Tagen und die schiere Existenz des äthiopischen Staates wird zuletzt auch von der Islamic Front for the Liberation of Oromia (IFLO) bedroht. Die ethnozentrische Verfassung von 1995 hat in den letzten 27 Jahren „gute“ Arbeit geleistet und dazu beigetragen, dass die nationale äthiopische Identität, die den Vielvölkerstaat seit Jahrtausenden zusammengehalten hat, fast erodiert ist. Europa und der Westen können eine wertvolle Rolle spielen, in dem sie afrikanischen Staaten versichern, dass sie secessionistische Kräfte nicht dulden und die Charta der Afrikanischen Union, die die nationale Integrität der bestehenden afrikanischen Staaten garantiert, als Basis ihrer Afrika-Politik stets aufrechterhalten werden.

Warum identifizieren sich so viele Afrikaner heute stärker mit ihrer Ethnie als mit ihrem Nationalstaat?

AWA: Gott sei Dank hat man auch in Afrika in den letzten 60 Jahren seit der Unabhängigkeit gelernt, dass die Ethnie eine koloniale Waffe war und dass „nation building“ eine „conditio sine qua non“ ist, sich neokolonialen Bestrebungen zu widersetzen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die ersten afrikanischen Führer, die 1963 zur Gründung der

Zemelak Ayele beschreibt in seinem Essay, dass die Machtwechsel in Äthiopien seit Mitte des 20. Jahrhunderts immer zu radikal gewesen seien, was dazu geführt habe, dass die jeweils unterlegene Partei ausgeschlossen worden sei. Sehen Sie das auch so?

AWA: Ja, ich teile die Ansicht von Professor Zemelak Ayele. Seit dem blutigen coup d'état der kaiserlichen Leibgarde von 1960 hat es leider keine fried-

endlich ein demokratischer Staat entstehen würde. Leider ist alles, was wir bekommen haben, eine ethnozentrische Diktatur unter der Hegemonie der TPLF, die Äthiopien den letzten Rest gegeben und die den Zerfall des Vertrauens zwischen den äthiopischen Ethnien eingeleitet hat.

Was macht die TPLF in Ihren Augen zu einer rassistischen Partei?

AWA: Es gibt es in der weiten Welt keinen anderen Staat, der sich eine „ethnische Föderation“ nennt. Als Daniel François Malan 1948 Südafrikas Premierminister wurde und der Welt sein Programm von Apartheid vorstellte, stand ein ausländischer Journalist auf und fragte: „Was ist denn diese komische Apartheid, von der sie uns hier erzählen?“ Malan hat wörtlich geantwortet: „Apartheid ist nichts anderes als eine ethnische Föderation.“ Das ist genau das, was wir seit 1991

ten Wochen und Monaten hören, wenn die führenden Mitglieder der TPLF vor Gericht stehen. Das alles hat der Westen jahrelang aus geostrategischen Gründen ohne mit der Wimper zu zucken akzeptiert und der TPLF ein geradezu romantisches Gesicht gegeben. Ihr wahres Gesicht hat diese Partei dadurch gezeigt, dass sie in einer Region mit nur sieben Millionen Menschen in den vergangenen Jahren eine regionale Armee von 260.000 Mann aufgebaut hat, die größer war als die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland mit einer Bevölkerung von 80 Millionen.

Hätte sich Abiy Ahmed in den ersten Monaten nach seiner Wahl stärker bemühen müssen, die TPLF einzubinden?

AWA: Ich glaube, das kann man Abiy nicht vorwerfen. Für die TPLF war klar: Entweder werden wir als Hegemon weitere



Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) in Addis Abeba zusammenkamen, die kolonialen Grenzen einstimmig akzeptiert haben, obwohl sie wussten, dass diese willkürlich von europäischen Kolonialbeamten gezeichnet wurden. Deshalb taten sie alles, um die ethnischen Unterschiede zu bekämpfen und neue nationale Staaten zu etablieren, die dann später die Basis einer panafrikanischen Ordnung darstellen sollten. Wie tief sind wir seitdem gesunken!

lichen Übergänge gegeben. Die Revolution von 1974 gab die Hoffnung, dass sich Äthiopien entweder zu einer konstitutionellen Monarchie oder zu einer demokratischen Republik entwickeln könnte. Was wir erhalten haben ist eine kommunistische Militärjunta, die innerhalb von 17 Jahren mehrere Hunderttausend Menschenleben zu verantworten hat. Als dann im Jahre 1991 die Tigray People's Liberation Front (TPLF) an die Macht kam, waren wir wieder voller Hoffnung, dass

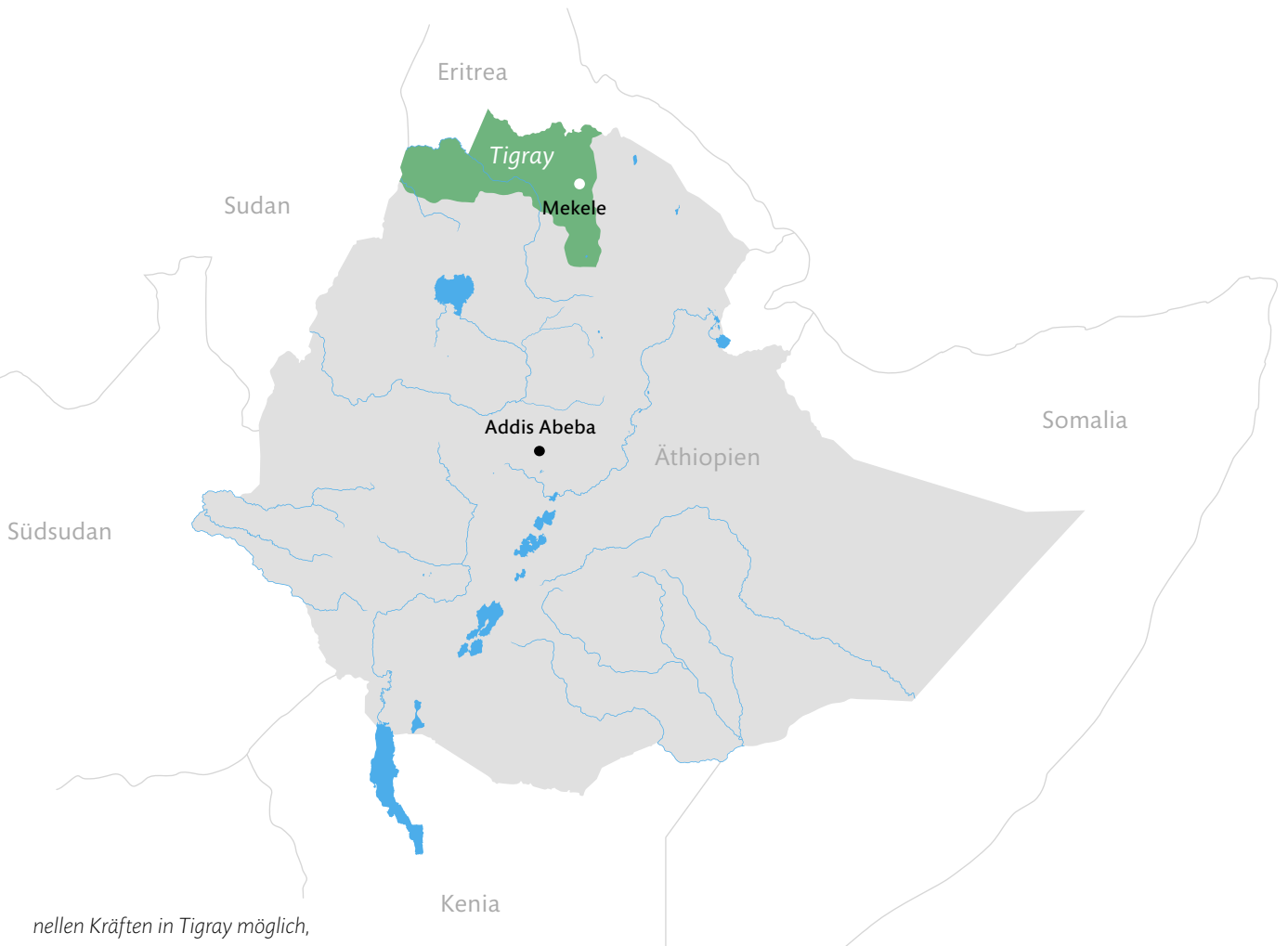
„Als neutraler Vermittler kann Europa den Demokratisierungsprozess in dem geeinten Äthiopien mit allen Mitteln unterstützen.“

in Äthiopien haben. „Kilil“ ist die amharische Übersetzung von „Home lands“. Unter der TPLF-Regierung gab es nur ethnische Parteien. Das gesamte politische Leben war ethnisiert, 90 Prozent der gesamten äthiopischen Wirtschaft war 27 Jahre lang in der Hand dieser einen Partei. Die Details werden wir in den nächs-

30 Jahre über Äthiopien regieren oder wir werden uns in unsere Region zurückziehen und uns von Äthiopien lossagen.

Ist eine Aussöhnung trotzdem möglich?

AWA: Selbstverständlich ist eine Aussöhnung mit den oppositio-



nellen Kräften in Tigray möglich, die schon seit mehreren Jahrzehnten gegen die TPLF gekämpft haben. Und wir müssen auch schnell die Herzen unserer tigrayischen Brüder und Schwestern wiedergewinnen, um gemeinsam ein neues Äthiopien aufzubauen. Denn Tigray ist das religiöse und kulturelle Zentrum von Äthiopien – die äthiopische Zivilisation und Kulturalität ist definitiv in Aksum beheimatet. Europa kann viel dazu beitragen, diesen Versöhnungsweg einzuebnen und als neutraler Vermittler den Demokratisierungsprozess in dem geeinten Äthiopien mit allen Mitteln zu unterstützen. ✓

Das Gespräch führten David Schwake und Nana Gerritzen.

Foto: © Dr. phil. Prinz Asfa-Wossen Asserate

Äthiopien auf einen Blick

Bevölkerung 2019: 112 Millionen



Bevölkerungswachstum 2020: 2,5 %

Fläche: 1.136.256 km²

Hauptstadt: ADDIS ABEBA,

4,79 Millionen Einwohner



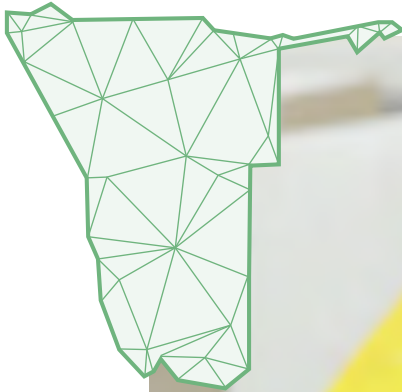
Durchschnittliche Lebenserwartung 2018: 66 Jahre

Bruttoinlandsprodukt 2020: \$ 95,913 Milliarden

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2019: \$ 850

Staatsform: Parlamentarische Republik

Quelle: Weltbank



„Wie eine nicht verheilte Wunde“

Ruprecht Polenz, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den Dialog mit Namibia, im Gespräch mit der Deutschen Afrika Stiftung

Sie verhandeln bereits seit 2015 als Sonderbeauftragter der Bundesregierung mit Namibia. Warum dauert das so lang?

RP: Als ich 2015 vom damaligen Außenminister Steinmeier gefragt wurde, ob ich mir vorstellen kann, diese Aufgabe zu übernehmen – ich war damals schon zwei Jahre im Ruhestand – sprach er von zwei bis drei Verhandlungsrun-

den. Bei Ehrenämtern wird in der Beschreibung des Arbeitsaufwandes gerne mal untertrieben. Dass es sechs Jahre dauern würde, hätte ich aber auch nicht gedacht.

Bei dem vorliegenden Verhandlungsgegenstand muss man unseren Verhandlungspartnern natürlich alle Zeit geben, die sie brauchen. In Namibia gab es zwischendurch zweimal Wahlen. Wir wissen auch aus Deutsch-

land, dass man bestimmte Dinge nicht im Wahlkampf verhandeln möchte. Dann gab es die Klage in New York, die den Fortgang der Verhandlungen mindestens ein Jahr gekostet hat. Das Gericht hat die Klage gegen Deutschland abgelehnt – wäre es zu einem Verfahren gekommen, hätte das alles noch länger gedauert. Im vergangenen Jahr kam dann auch noch Corona dazu.

Sind Sie optimistisch, dass sich die verbleibenden Schwierigkeiten überwinden lassen?

RP: Auf der Ebene der beiden Verhandlungsdelegationen haben wir unser Programm abgearbeitet und den Regierungen das Ergebnis vorgelegt. Die deutsche Regierung hat der namibischen Regierung das auf der Basis dieser Verhandlungen erstellte Angebot

übermittelt. Wenn die Antwort der namibischen Seite grundsätzlich positiv ausfällt und es nur noch an dem einen oder anderen Punkt Veränderungsbedarf gibt, dann könnten wir relativ rasch ein Einvernehmen erzielen. Wenn es eine Antwort gäbe, die den Boden unseres Angebots verlassen würde, dann müssten wir uns damit auseinandersetzen und es würde deutlich länger dauern.

Heißt das, auch die namibische Verhandlungsdelegation ist der Meinung, dass das Angebot zustimmungsfähig ist?

RP: Wir haben uns über den gemeinsamen Text verständigt. Er beschreibt, welche Verbrechen damals geschehen sind, wir haben dafür den Begriff Völkermord verwandt. Der beschreibt den Sachverhalt, für den Deutschland um Entschuldigung bitten will. Wir sind uns auch einig darüber, dass diese Bitte um Entschuldigung hochrangig ausgesprochen werden soll. Wir haben außerdem darüber verhandelt, was auf die Entschuldigung folgen könnte. Da geht es im Wesentlichen um zwei Komponenten. Das eine ist eine gemeinsame deutsch-namibische Zukunftsstiftung, die sich mit der Entwicklung einer gemeinsamen Erinnerungskultur durch Schulbuchprojekte, Forschungsvorhaben, Jugendaustausch und Förderung des Gedenkens im öffentlichen Raum auseinandersetzen soll. Diese Stiftung wird von Deutschland finanziert und paritätisch zusammengesetzt.

Der zweite Teil befasst sich mit der Frage, was heute getan werden kann, um die noch vorhandenen Wunden, die die Verbrechen von 1904 bis 1908 zur Folge haben und die noch sichtbar sind, zu heilen oder zu lindern. Da geht

es um bessere Chancen für die namibischen Jugendlichen, vor allem durch Maßnahmen der beruflichen Bildung, es geht um eine bessere Infrastruktur, Gesundheitswesen, Stromversorgung und es geht auch um die Unterstützung der namibischen Regierung in bestimmten Projekten, zum Beispiel bei der Landreform. Wir sind uns von den Themen her einig, wir sind uns auch einig, dass das losgelöst von der bisherigen Entwicklungshilfe laufen wird und dass bei der Umsetzung sehr partizipativ vorgegangen werden soll – die betroffenen Communities sollen also große Mitspracherechte über die Verwendung der eingesetzten Mittel haben.

Es war von Anfang an nicht die Idee, den Dialog als Schlussstrichverhandlung zu führen. Er soll die Basis für gesellschaftliche Versöhnungsprozesse sein.

Sie haben gesagt, dass es sich klar um Völkermord gehandelt hat. Steht dann im Englischen der Begriff Genozid im Text?

RP: Ja. Ich verhandle keine Rechtsfrage, ich führe keine außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen, sondern ich verhandle eine politisch-moralische Frage. Die Völkermordkonvention von 1948 hat keine Rückwirkung, allerdings gab es auch schon vor 1948 Völkermorde. Für den an Herero und Nama steht Deutschland politisch und moralisch in der Verantwortung.

Wenn Sie sagen, das ist kein Rechtsabkommen – heißt das, es gibt keine Zusicherung von der namibischen Seite in Zukunft auf Klagen zu verzichten?

RP: Wir wollen eine verbindliche Vereinbarung für die Zukunft treffen. Wir wollen durch diese Verhandlungen das von beiden Seiten als gut beschriebene

tigen Vertrauensbasis wird eine getroffene Vereinbarung von Regierungsseite nicht mehr in Frage gestellt.

„Die Kolonialzeit sollte im Geschichtsunterricht genauso eine große Rolle spielen wie die Französische Revolution oder der zweite Weltkrieg.“

deutsch-namibische Verhältnis weiter verbessern und das gegenseitige Vertrauen weiter stärken. Die namibische Seite hat von Anfang an betont, die Fragen durch Verhandlungen lösen zu wollen. Es ist jetzt dreimal der Versuch gemacht worden – nicht von der namibischen Regierung, sondern von Herrn Rukoro, einem Herero-Führer – Deutschland zu verklagen. Er ist dreimal gescheitert. Was keine Regierung zusagen kann, ist, dass aus der Bevölkerung heraus nicht irgendjemand irgendwelche Klagen anstrengt. Wegen der gegensei-

Ist es wichtig, dass noch vor der Bundestagswahl im September ein Verhandlungsabschluss erreicht wird?

RP: Ich würde mich freuen, wenn das so wäre. Ich hatte allerdings schon vor den letzten Wahlen darauf hingewiesen, dass eine anstehende Bundestagswahl unabwendbar eine Verzögerung von mindestens einem halben Jahr bedeutet. Ich gehe zwar nicht davon aus, dass sich bei einem etwaigen Regierungswechsel in Deutschland in der Namibia-Frage etwas Grundle-



Ein Friedhof für hochrangige Mitglieder der Herero im namibischen Okahandja.

gendes ändern würde. Der Bundestag steht über Parteigrenzen hin hinter diesem Ziel und billigt den Verhandlungsansatz. Aber natürlich kann es sein, dass ein neu gebildetes Kabinett mit neuen Ministern dem Angebot seine eigene Handschrift geben will, was den Prozess weiter verlängern könnte.

Die Bundesregierung vertrat im Umgang mit Namibia lange Zeit die Auffassung, es sei falsch, mit den Herero und Nama zwei Ethnien herauszupicken und nur sie zu entschädigen. Welchen

Deutschlands Aufarbeitung des Holocausts wird weltweit gelobt. Auch wenn wir hier nichts Unvergleichbares miteinander vergleichen wollen: Warum hat sich Deutschland, auch gesellschaftlich, bei der Aufarbeitung des Völkermords an den Herero und Nama lange so schwer getan?

RP: Zunächst würde ich mit einer Anekdote aus meiner Schulzeit antworten. Ich habe 1966 Abitur gemacht, das war die Zeit der Entkolonialisierung. Irgendwann Mitte der 1960er Jahre kam

alsierungsprozesse zu bewältigen hatten verständlich – das hatte Deutschland nicht mehr in dieser Weise. Aber die Schlussfolgerung, was bis 1918 passiert war, sei so lange her, dass wir uns nicht mehr darum kümmern müssen, ist eben falsch. Diese Auffassung hatte aber nicht nur unser Geschichtslehrer. Die Schulbücher aus der Zeit atmeten alle einen ähnlichen Geist. Der noch viel gravierendere Grund liegt aber wohl darin, dass Deutschland in der ersten Hälfte

Vor 1990 wäre der jetzige Verhandlungsprozess auch gar nicht möglich gewesen, denn Namibia ist erst dann unabhängig geworden. Danach hätte man natürlich eher tätig werden können und sicherlich auch sollen. Vielleicht ist es auch eine Erklärung, dass Deutschland nach 1990 sehr stark mit den Folgen der Wiedervereinigung beschäftigt war.

Muss sich auch gesamtgesellschaftlich etwas in der Erinnerungskultur ändern?

RP: Ja, das halte ich für ganz wichtig. Da muss ein dauerhafter Prozess einsetzen, einen gemeinsamen Blick auf die Geschichte zu entwickeln. Mit dem Ziel, dass in den namibischen und deutschen Schulbüchern die Geschichte ausführlicher dargestellt und gemeinsam in gleicher Weise bewertet wird. Die afrikanischen Länder werden für uns eine noch viel größere Bedeutung bekommen wegen der globalen Themen, die wir nur gemeinsam bearbeiten können. Deshalb sollte auch unserer gemeinsamen Vergangenheit eine größere Bedeutung beigegeben werden. Die Kolonialzeit sollte im Geschichtsunterricht genauso eine große Rolle spielen wie die Französische Revolution oder der zweite Weltkrieg.



Mitglieder der namibischen Delegation nehmen anlässlich einer Gedenkzeremonie zur Rückgabe namibischer Gebeine in Berlin an einer Protestveranstaltung teil.

Ansatz verfolgen Sie?

RP: Ich habe die Politik früherer Regierungen nicht so wahrgenommen. Wir haben die Regionen identifiziert, in denen die Projekte realisiert werden sollen und das sind im Wesentlichen die Siedlungsgebiete von Herero und Nama. Natürlich wollen wir uns den Nachfahren derer, die damals besonders gelitten haben, besonders zuwenden.

das Thema Kolonien auch im Geschichtsunterricht dran. Mein Lehrer sagte, dass auch Deutschland Kolonien hatte, wir mussten dann lernen, welche. Den Unterricht beendete er mit der Aussage: Diese Kolonien haben wir spätestens 1918 alle verloren, deshalb sei das für uns kein Thema. Dieser Satz war aus der damaligen Situation heraus in den 60ern, als die Briten, Franzosen und Portugiesen alle noch Entkoloni-

des 20. Jahrhunderts so viele Verbrechen begangen hat, dass man nach 1945 erstmal alle Hände voll zu tun hatte, das aufzuarbeiten, was zwischen 1933 und 1945 verbrochen worden war. Das hat die deutsche Gesellschaft sicherlich bis in die 70er, 80er Jahre hinein intensiv beschäftigt.

Aktuell erfährt das Thema Kolonialzeit in Deutschland verstärkte Aufmerksamkeit. In Medien und Gesellschaft wird über kolonial und rassistisch gefärbte Straßennamen und Denkmäler und über die Rückgabe afrikanischer Kunstwerke diskutiert. Wird Deutschland von seiner kolonialen Vergangenheit eingeholt?

RP: Wenn man mit seiner Vergangenheit nicht im Reinen ist, dann ist das wie eine nicht verheilte Wunde – irgendwann bricht sie wieder auf. Das zeigen die aktuellen Diskussionen. Wir sind jetzt als Europäer in einer Phase, in der immer deutlicher wird, dass wir ganz viele Fragen des 21. Jahrhunderts ohne eine enge Kooperation mit afrikanischen Ländern nicht lösen können. Das gilt nicht

nur für das Thema Migration, sondern auch für andere Bereiche wie Ressourcenverwendung und Klimafragen.

Man hat in der Vergangenheit verkannt, welche strukturellen Nachwirkungen aus der Kolonialzeit es bis heute gibt. Wir müssen uns mit einem viel umfassenderen Politikansatz Richtung Afrika bewegen, wir müssen auf Augenhöhe und partnerschaftlich Kooperationen entwickeln. Das setzt voraus, dass wir uns mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen. Und mit „wir“ meine ich nicht nur Deutschland, sondern die anderen Kolonialmächte auch. Zu einer guten, engen und zukunftsweisenden Zusammenarbeit werden wir nur kommen, wenn wir mit der Vergangenheit im Reinen sind.

In der Wilhelmstraße hängt bereits eine Tafel, die an die Kongo-Konferenz erinnert. Dort könnte man gemeinsam mit afrikanischen Partnern ein Zentrum für Kolonialgeschichtsvermittlung entwickeln, idealerweise international besetzt. Solche Ideen müssten natürlich sorgfältig diskutiert werden – vor allem mit denjenigen, mit denen wir uns gemeinsam erinnern wollen. Klar ist: Mit dem Abschluss unseres Dialogs und der Bitte um Entschuldigung sollte das Thema nicht zu den Akten gelegt werden. Das ist nicht die Intention, mit der ich mich in dieser Frage engagiere. Ich hoffe, dass wir ein Bewusstsein schaffen, das auch zukünftiges Handeln prägt. 📌

Das Gespräch führten David Schwake und Nana Gerritzen.

Aktualisierung: Deutschland erkennt Völkermord an

Nach fast sechs Jahren Verhandlungen haben die Delegationen beider Länder Ende Mai 2021 eine Einigung über eine gemeinsame politische Erklärung erzielt, die von den Verhandlungsführern unterzeichnet wurde. Darin erkennt die Bundesregierung an, dass die Tötung zehntausender Herero und Nama im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika (dem heutigen Namibia) nach heutigen Maßstäben als Genozid zu bezeichnen wäre. Deutschland entschuldigt sich bei den Nachkommen der Opfer; Namibia nimmt im Gegenzug die Entschuldigung an. „Als Geste der Anerkennung des unermesslichen Leids, das den Opfern zugefügt wurde“, so Außenminister Maas, wolle Deutschland über 30 Jahre 1,1 Milliarden Euro für „Wiederaufbau und Entwicklung“ zur Verfügung stellen. Ein direkter Zusammenhang mit dem Völkermord werde aber nicht hergestellt; der Begriff „Reparationen“ findet in dem Abkommen keine Verwendung.

Anfang Juni 2021 wurde das Versöhnungsabkommen im namibischen Parlament debattiert. Vertreter der betroffenen Volksgruppen Herero und Nama kritisieren weiterhin die ihres Erachtens mangelnde Beteiligung von Opfergruppen am Versöhnungsprozess und fordern direkte Entschädigungszahlungen an Nachfahren der Opfer. Der im Interview erwähnte Führer der Herero, Vekuui Rukoro, verstarb am 18. Juni 2021 an COVID-19. Zum Zeitpunkt der Drucklegung war die Debatte wegen der Corona-Pandemie ausgesetzt.

Im Berliner Regierungsviertel gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von Denkmälern, die vor allem an die verschiedenen Opfergruppen des Nationalsozialismus erinnern. Brauchen wir ein vergleichbares Denkmal für die Opfer der Kolonialzeit?

RP: Ich habe bereits angeregt, als einen ersten kleinen Schritt die Gedenktafel im Baudenkmal Neue Wache in Berlin, der zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, anzupassen. Dort würde sich eine Formulierung, die an die Opfer der Kolonialzeit erinnert, gut einfügen. Ich hoffe sehr, dass nach Abschluss der Verhandlungen über einen solchen Schritt nachgedacht wird. Das wäre eine Möglichkeit, relativ schnell ein Zeichen zu setzen.

Ruprecht Polenz saß von 1994 bis 2013 für die CDU im Bundestag und war von 2005 bis 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Seit 2015 ist er Sonderbeauftragter der Bundesregierung im Dialog um den Völkermord an den Herero und Nama mit Namibia.

Fotos: © Ruprecht Polenz und picture alliance

Namibia auf einen Blick

Bevölkerung 2021: 2,58 Millionen

Bevölkerungswachstum 2020: 1,9 %

Fläche: 824.292 km²

Hauptstadt: WINDHOEK, 443.000 Einwohner

Durchschnittliche Lebenserwartung 2019: 63,1 Jahre

Bruttoinlandsprodukt 2019: \$ 12,3 Milliarden

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2019: \$ 5060

Staatsform: Präsidialdemokratie



Quellen: Weltbank, PopulationStat



Gwen Lister - entschlossen für die Pressefreiheit

Eberhard Hofmann



Aus Namibia, dem jungen Staat, der seit etlichen Jahren als führendes Land der Pressefreiheit Rang Eins auf dem afrikanischen Kontinent einnimmt, hört und liest man immer wieder eine sonore, eine mahnende Stimme. Sie gehört Gwen Lister, die 35 Jahre als politische Korrespondentin, Chefredakteurin, Herausgeberin und seit neun Jahren nunmehr als Exekutiv-Vorsitzende des von ihr gegründeten Namibia Media Trust (NMT) der Medienlandschaft ein verbindliches Gepräge verleiht. Ihre Laufbahn aus der Apartheidsepoch des ehemaligen Südwesafrika unter südafrikanischer Verwaltung hinein in den Wandel zur namibischen Souveränität war steinig, mitunter lebensgefährlich. Ihre politische Stimme und ihr Einsatz für unab-

hängige Nachrichtenmedien sind über die Jahrzehnte, selbst nach dem Auftreten postfaktischer Journalistik und Politologen, konsequent auf der Linie der Objektivität geblieben.

1953 in Port Elizabeth geboren und im Apartheidsregime aufgewachsen, beschloss Gwen Lister 1976 als junge Absolventin der Universität von Kapstadt von Südafrika nach Windhoek zu gehen. Ihr Vater war hier Geschäftsführer einer Handelsbank. So begann ihre journalistische Laufbahn im damaligen Südwesafrika. Im Unterschied zu vielen anderen Medienschaffenden aus Südafrika hat sie in Namibia nicht gastiert, sondern sich fortan tief verwurzelt als Namibierin engagiert. Hier schien es

ihr gelegener, gegen das Apartheidsystem anzugehen als in Südafrika, wie sie rückblickend erklärt.

1976 ist sie als politische Korrespondentin der Tageszeitung Windhoek Advertiser unter dem Redakteur Hannes Smith in ihren Beruf eingestiegen – im damaligen Verlagshaus John Meinert, zu dem auch die Windhoeker Allgemeine Zeitung gehörte. Ihre unerschrockene, direkte Art, in dem extrem polarisierten politischen Klima der Apartheidszeit über schwarze politische Aktivisten und ihre Parteien zu

← Foto: Theo-Ben Gurirab, seinerzeit Präsident der namibischen Nationalversammlung, und Gwen Lister beim Empfang zum 25-jährigen Jubiläum der Tageszeitung „The Namibian“ im Jahr 2010.

berichten und ihnen Gehör zu verschaffen, führte zu Konflikten mit Herausgebern und Redakteuren, die unter der südafrikanischen Verwaltung eher im „sicheren“ Bereich bleiben wollten. Den Windhoek Advertiser hat sie verlassen, dann als BBC-Korrespondentin fungiert und mit Hannes Smith das Wochenblatt Windhoek Observer gegründet, das sie stark geprägt, aber später wegen politischer Einschränkung wieder verlassen hat.

Schließlich brachte sie 1985 eigenständig die heute führende Tageszeitung The Namibian auf den Weg. Deren Gründung fand anfangs mit Unterstützung internationaler Sponsoren statt und war an den Auftrag gebunden, namibische Journalisten auszubilden. Der Menschenrechtsadvokat David Smuts hat ihr beigegeben, vor der Gründung politische und feindlich-bürokratische Hürden der südafrikanischen Landesverwaltung zu überwinden. Zeitungsausgaben mit Listers politischen Reportagen wurden mehrfach verboten oder führten zu einem Anzeigenboykott. Smuts hat Lister mehrmals aus der Gefängnishaft loskämpfen können. Die Namibian-Redaktion hat kurz vor der Unabhängigkeit einen Brandanschlag aus rechtsradikalen Kreisen überstanden.

Nach der Unabhängigkeit Namibias 1990 hat die Führung der regierenden SWAPO Party gehofft, die SWAPOfreundliche Linie der Zeitung der späten 1980er Jahren bliebe unreflektiert erhalten, was unter Lister nicht möglich war. Lob, Tadel und Aufdeckung der Korruption in Regierungskreisen gehörten nach wie vor zur vielseitigen Recherche. Diesmal waren es verärgerte Entscheidungsträger des souveränen Namibia, die die Zeitung auf Jahre mit einer staatlichen Anzeigensperre belegten. Ebenso wie die Repressalien unter der südafrikanischen Verwaltung haben Lister und ihr Team auch diese politische Schikane überwunden.

Im Jahr 1991 fand in Windhoek die UNESCO-Konferenz mit dem Thema Freie, unabhängige und pluralistische Medien für Afrika statt, Gwen Lister war in den Vorsitz eingebunden. Die Konferenz verabschiedete die mittlerweile international gültige Windhoek Deklaration. Der Welt-Pressestag, der jährlich am 3. Mai von der UNO ausgerufen wird, ist aus der Windhoek Deklaration der UNESCO-Konferenz hervorgegangen. Im gleichen Jahr hat Lister das Media Institute of Southern Africa (MISA) in Windhoek mit aus der Taufe gehoben, eine interregionale Medienorganisation. Über ihre Zeitung und den von ihr geführten Namibia Media Trust unterstützt Lister außerdem das namibische Redakteursforum EFN (Editors' Forum of Namibia) ideell und materiell, um damit zugleich den unabhängigen Medien-Ombudsmann zu finanzieren, der vom EFN und nicht vom Staat berufen wird.

2020 erhielt Gwen Lister den Ehrenpreis der Deutschen Afrika Stiftung.

Seit viereinhalb Jahrzehnten bestimmt Gwen Lister, die Mutter zweier Kinder ist, als Journalistin, Redakteurin und Zeitungsheerausgeberin, als Apartheidsgegnerin und als Aktivistin für Presse- und Meinungsfreiheit die vielfältige Medienlandschaft Namibias mit. Ihr kontinuierlicher, konsequenter Einsatz für Pressefreiheit, Fairness und existenzfähige Medien auf dem afrikanischen Kontinent hat zu hochgradiger internationaler Anerkennung geführt und bringt ihr zahlreiche Einladungen ein, ihr Fachwissen, ihre Erfahrung und ihre Wertordnung zu teilen. Bereits im Jahr 2000 wurde Gwen Lister vom Internationalen Presse-Institut (IPI) zu den 50 Helden der vorangegangenen 50 Jahre gekürt. Namibia hat das übersehen, aber ihre Stimme und ihr Wirken bleiben wirksam. 🗣️

Eberhard Hofmann ist Journalist und früherer Chefredakteur der Allgemeinen Zeitung in Windhoek, Namibia.

Foto: © Archiv Allgemeine Zeitung

US-Afrika-Politik: zwischen Demokratieförderung und Terrorismusbekämpfung

Elizabeth Shackelford

Am 5. Februar dieses Jahres übermittelte Präsident Joe Biden eine Botschaft an die Führung der Afrikanischen Union, in der er nach vier Jahren Chaos während der Trump-Regierung einen Neustart der amerikanischen Beziehungen zum afrikanischen Kontinent signalisierte. Diese Änderung des Tonfalls ist nach den Handlungen und dem Sprachduktus der Trump-Administration wie etwa dem Muslim Travel Ban und Trumps Bemerkungen über „Sh*thole Countries“ von großer Bedeutung, reicht aber nicht aus. In Afrika, wie auch anderswo, werden die Taten der USA mehr Wirkung haben als ihre Worte. Biden sollte nicht nur versuchen, Trump zu übertreffen, sondern auch die schädlichen Strukturen in den Beziehungen zwischen USA und Afrika, die dieser Administration vorausgingen, korrigieren.

Das Spannungsverhältnis zwischen Demokratieförderung und Terrorismusbekämpfung stellt seit langem das zentrale Tauziehen in der Beziehung zwischen den USA und Afrika dar. Seit mehr als fünfzehn Jahren stellen die USA das militärische Engagement in Afrika über alles andere. Diese Prioritätensetzung ist keine Frage des finanziellen Engagements. Die US-Regierung gibt in Afrika mehr für humanitäre und gesundheitliche Hilfe aus, als für militärische Maßnahmen. Die Ausgaben des Pentagons für Afrika belaufen sich auf etwa zwei Milliarden US-Dollar pro Jahr, das Außen-

ministerium steuert eine weitere halbe Milliarde für die zusätzliche Unterstützung des Sicherheitssektors bei. Demgegenüber stehen Hilfen für den Gesundheitsbereich in Höhe von rund fünf Milliarden US-Dollar pro Jahr. Die Prioritätensetzung zeigt sich also nicht daran, wofür wir Geld ausgeben, sondern worauf wir Wert legen und die US-Regierung hat deutlich gemacht, dass sie militärische Partnerschaften über demokratische und menschenrechtliche Fortschritte stellt.

Dieser Kompromiss hat weder den amerikanischen Interessen noch Afrika gut gedient. Die militärischen Bemühungen der USA haben nicht vermocht, den Terrorismus auf dem afrikanischen Kontinent einzudämmen, sondern haben sogar zunehmend undemokratische und missbräuchliche Regime gestärkt. Von der US-Regierung ausgebildete und unterstützte Sicherheitskräfte wurden in Uganda, Äthiopien, Südsudan, Kamerun, Tschad und Nigeria als Werkzeuge der Unterdrückung eingesetzt. Zweimal in den vergangenen zehn Jahren haben von den USA ausgebildete Soldaten in Mali Militärputsche angezettelt. Gesetzliche Vorgaben, die die Unterstützung von Truppen, die Menschenrechtsverletzungen begehen, verhindern sollen, sind unzureichend. Die Wahrung der Menschenrechte ist gesetzlich vorgegeben, die Kontrolle selbiger wird aber nicht mit Mitteln ausgestattet. Im Südsudan habe ich das aus er-

ster Hand erfahren. Wir wussten schon vor dem Ausbruch des Krieges im Jahr 2013 von der anhaltenden Gewalt durch die Sicherheitskräfte, aber da wir keine Nachweise für die Misshandlungen durch bestimmte Einheiten oder Einzelpersonen hatten und keine Ressourcen, um diese Nachweise zu erbringen, waren wir nicht in der Lage, unsere fortgesetzte Militärhilfe für ein missbräuchliches Regime wirksam in Frage zu stellen.

Selbst dort, wo Beschränkungen aufgrund von Menschenrechtsverletzungen ohne Weiteres angewendet werden könnten, wird oft darauf verzichtet, um unsere militärische Unterstützung sicherzustellen. Nach dem 2008 verabschiedeten Gesetz zur Verhinderung von Kindersoldaten (Child Soldiers Prevention Act) ist es den USA verboten, Ländern, die Kindersoldaten rekrutieren oder einsetzen, bestimmte Sicherheitshilfen zu gewähren. Dies sollte eine ziemlich niedrige Hürde sein, um militärische Unterstützung von einem Land zu erhalten, das behauptet, die Menschenrechte in seiner Außenpolitik zu priorisieren, und dennoch werden routinemäßig Ausnahmeregelungen ausgestellt. Von den 14 Ländern, die im Jahr 2020 Kindersoldaten eingesetzt oder rekrutiert haben, erhielten neun vollständige oder teilweise Ausnahmegenehmigungen, angeblich aus Gründen der nationalen Sicherheit der USA.



← Soldaten aus Niger nehmen im November 2020 an einem Taktik- und Operationstraining der U.S. Air Force teil. Der Kurs soll die nigrischen Streitkräfte besser auf den Kampf gegen terroristische Organisationen in der Region vorbereiten.

Die militärische Zusammenarbeit hat in unseren bilateralen Beziehungen den Vorrang übernommen, trotz signifikanter demokratischer Rückschritte, die zu Lasten anderer US-Interessen in der Region gegangen sind. Nehmen Sie zum Beispiel Uganda, das einer der wichtigsten militärischen Partner der Vereinigten Staaten auf dem afrikanischen Kontinent ist – vor allem wegen seiner Rolle bei der Terrorismusbekämpfung in Somalia. Von den USA ausgebildete Sicherheitskräfte haben Präsident Yoweri Museveni drei Jahrzehnte lang geholfen, sich durch brutale Unterdrückung der politischen Opposition an der Macht zu halten. Im Jahr 2014 waren die Bemühungen, Uganda für die Verabschiedung eines Gesetzes zur Kriminalisierung von Homosexualität zu bestrafen, nur von kurzer Dauer, da die US-Regierung letztendlich entschied, dass ihnen die fortgesetzte militärische Unterstützung wichtiger ist. Bei den jüngsten Wahlen in Uganda erreichte die Gewalt gegen Zivilisten und Oppositionskandidaten durch die Sicherheitsdienste einen neuen Höhepunkt, was Rufe nach einer Neubewertung unserer bilateralen Beziehung laut werden ließ. Diese Stimmen gab es schon in der Vergangenheit. Könnten Sie dieses Mal gehört werden?

Zwei Dinge haben sich verändert und könnten den Weg für eine Neuausrichtung unserer Prioritäten ebnen. Die Biden-Administration hat angedeutet, dass sie den Menschenrechten und der Demokratie künftig Vorrang einräumen will und das Pentagon hat begonnen, die Zweckmäßigkeit unserer militärischen Bemühungen

auf dem afrikanischen Kontinent zu hinterfragen. Ende 2019 signalisierte das Verteidigungsministerium, dass ein signifikanter Abzug der US-Truppen in Afrika in Erwägung gezogen wird – basierend auf der Einschätzung, dass unsere Interventionen dort für unsere nationale Sicherheit weder notwendig noch effektiv sind. Damals gab es im Kongress prompten und parteiübergreifenden Gegenwind. Könnte der Kongress das anders sehen, wenn der militärische Rückzug Teil einer Neugewichtung der Prioritäten hin zur stärkeren Förderung von US-Werten wäre und nicht gleichbedeutend mit weniger Engagement auf dem afrikanischen Kontinent?

Wie sich die Biden-Administration in zwei unmittelbar bevorstehenden Herausforderungen verhält, könnte ein Indikator für die Richtung sein, die die US-Afrikapolitik als nächstes einschlägt. Die Vereinigten Staaten haben ihre tiefe Besorgnis über die Wahlen in Uganda zum Ausdruck gebracht, aber wird diese Sorge über scharf formulierte Berichte hinausgehen? Der Druck im Kongress, etwas zu tun, wächst. In der Zwischenzeit haben Anschuldigungen über Kriegsverbrechen in der Region Tigray in Äthiopien das Außenministerium veranlasst, eine Entscheidung über die Wiederaufnahme bestimmter Hilfen für den Sicherheitssektor, die unter der Trump-Regierung aus anderen Gründen ausgesetzt worden

waren, zu verschieben. In beiden Fällen hat die aktuelle Regierung die Gelegenheit, durch Taten zu zeigen, dass unsere militärischen Partnerschaften nicht um jeden Preis aufrechterhalten werden und dass Verletzungen der Menschenrechte Konsequenzen haben. Falls die Regierung in diesen Fällen keine Maßnahmen ergreift, möchte ich nicht darauf wetten, dass sich die US-Afrika-Politik in den kommenden Jahren grundsätzlich ändert. Und das hieße, dass Afrikas undemokratische Regime sich auch nicht ändern. ↻

Elizabeth Shackelford war bis Dezember 2017 als US-Diplomatin tätig und diente in Somalia, Südsudan, Polen und Washington. Aus Protest gegen die Trump-Administration trat sie zurück. Seit Anfang 2021 ist sie beim Chicago Council on Global Affairs als Senior Fellow für den Bereich US-Außenpolitik zuständig.

Foto: © picture alliance

Die AfCFTA – wirtschaftliche Transformation in Afrika

Jean Bertrand Azapmo

Fünf Jahre nach Beginn der Verhandlungen über eine kontinentale afrikanische Freihandelszone hat Afrika am 1. Januar dieses Jahres Geschichte geschrieben, als der Handel unter den neuen Bedingungen in Kraft getreten ist. Zwischen dem Startschuss der operativen Phase des Abkommens im Juli 2019 und dem Beginn des Handels Anfang 2021 brachte die COVID-19-Pandemie den AfCFTA-Prozess beinahe zum Erliegen. So wurde der ursprünglich für den 1. Juli 2020 geplante Handelsbeginn um ein halbes Jahr verschoben. Die Pandemie stellte die Entschlossenheit der afrikanischen Länder, ihre ehrgeizige Handels- und Wirtschaftsagenda trotz aller Widrigkeiten zu verfolgen, auf die Probe. Angesichts der Unterbrechung globaler Lieferketten, Reisebeschränkungen und Lockdown-Maßnahmen, die aufgrund der COVID-19-Pandemie weltweit verhängt wurden, wurde den Ländern Afrikas der Wert regionaler Verbindungen, Werte und Lieferketten jedoch noch stärker als zuvor bewusst. Außerdem wurde die Notwendigkeit deutlicher, E-Commerce und die Digitalwirtschaft stärker zu nutzen.

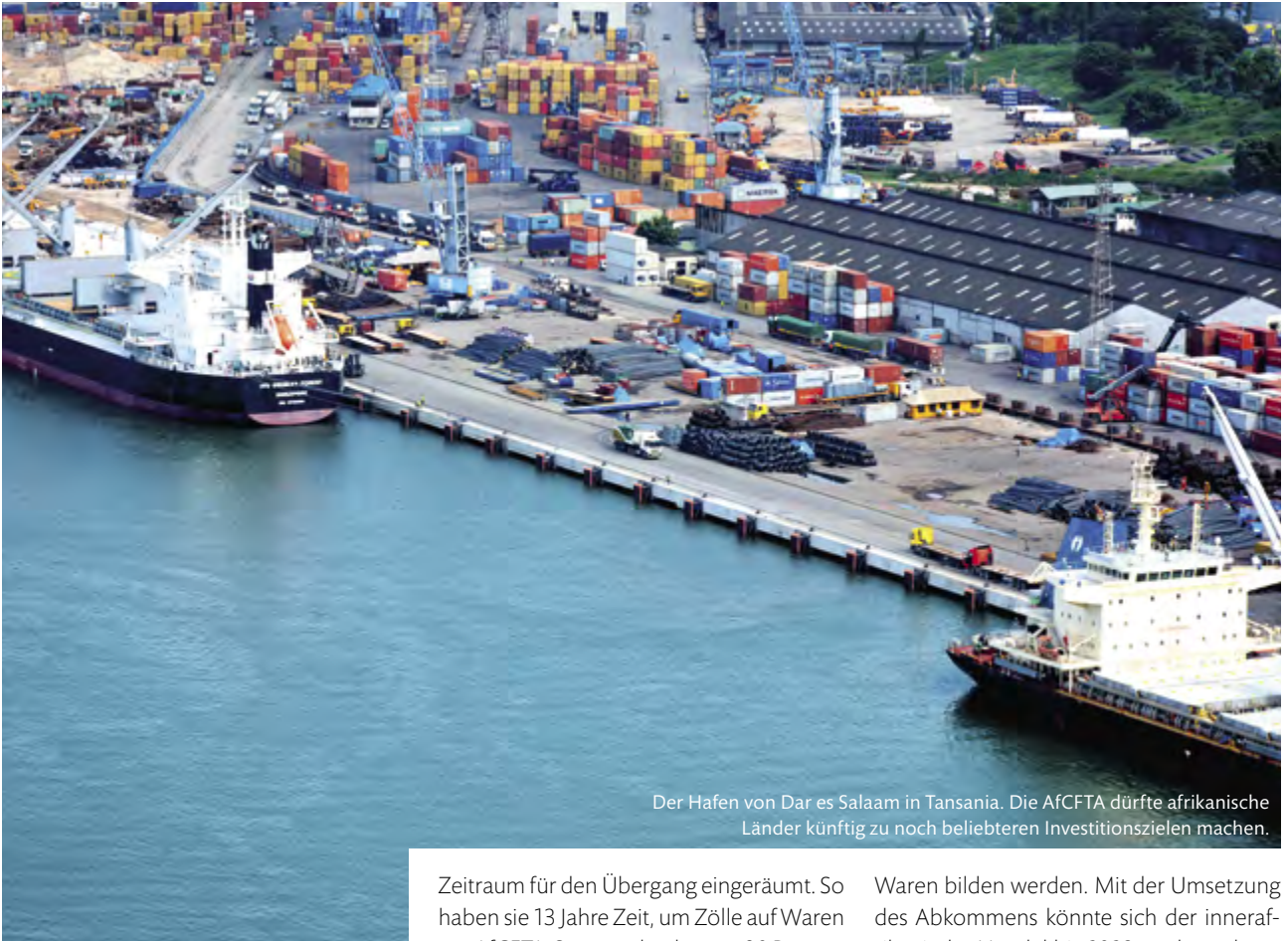
In diesem einzigartigen Kontext geht es jenseits der traditionellen Frage nach der Relevanz der AfCFTA für die afrikanische Handels- und Wirtschaftsintegration darum, die AfCFTA nach COVID-19 als ein Element der afrikanischen Strategie zum Wiederaufbau besserer, inklusiver und widerstandsfähigerer Volkswirtschaften zu nutzen.

Ein Markt für Afrika

Das erste und wichtigste Ziel der AfCFTA ist die Schaffung eines einheitlichen kontinentalen Marktes mittels ambitionierter Liberalisierungspläne. Artikel 3 (a) des AfCFTA-Abkommens sieht vor, dass das Ziel der AfCFTA darin besteht, „einen einheitlichen Markt für Waren und Dienstleistungen zu schaffen, der den Personenverkehr erleichtert, um die wirtschaftliche Integration des afrikanischen Kontinents zu vertiefen – in Übereinstimmung mit der panafricanischen Vision eines „integrierten, wohlhabenden und friedlichen Afrikas“, die in der Agenda 2063 verankert ist.“ Damit legt die AfCFTA den Grundstein für einen einheitlichen Markt, der die bisher kleinen fragmentierten Märkte Afrikas zu einem einzigen Markt mit 1,27 Milliarden Verbrauchern zusammenfasst. Schätzungen zufolge soll dieser Markt bis 2030 auf 1,7 Milliarden Verbraucher und ein Gesamt-BIP von 2,1 bis 3,4 Billionen US-Dollar ansteigen (je nach Datenquelle).

Mit der AfCFTA haben die afrikanischen Staats- und Regierungschefs Afrikas Wirtschaft defragmentiert und einen kontinentalen Markt ins Leben gerufen. Damit wurde ein wirtschaftliches Umfeld für die Entstehung von Volkswirtschaften mit größerem Umfang und größerer Reichweite geschaffen. Insofern adressiert die AfCFTA einen der Hauptgründe, warum afrikanische Volkswirtschaften heute vielfach nicht wettbewerbsfähig und attraktiv für Investoren und Unternehmen sind.

Unternehmen und Investoren bietet die Aussicht auf einen großen, wettbewerbsfähigen kontinentalen Markt die Chance auf eine höhere Rendite. Dies gilt insbesondere für den Online-Handel: 2013 hatte die Unternehmensberatung McKinsey prognostiziert, dass das Online-Einzelhandelsgeschäft in Afrika bis 2025 auf 75 Milliarden US-Dollar anwachsen würde. Mit dem Trend, der seit Ausbruch der Pandemie auf dem gesamten Kontinent zu beobachten ist, dürften diese Prognosen noch übertroffen werden – auch angesichts der wachsenden Bedeutung der afrikanischen Mittelschicht, die auf aktuell 350 Millionen Menschen geschätzt wird und bis 2030 auf 600 Millionen ansteigen soll.



Der Hafen von Dar es Salaam in Tansania. Die AfCFTA dürfte afrikanische Länder künftig zu noch beliebteren Investitionszielen machen.

Mit Stand vom 29. März 2021 hatten 54 der 55 Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union (AU) das AfCFTA-Abkommen unterzeichnet. Das einzige Land, das nicht unterschrieben hat, ist Eritrea.

Handel dürfte sich bis 2023 verdoppeln

Der afrikanische Binnenmarkt soll mittels ehrgeiziger Liberalisierungspläne realisiert werden, wie in Artikel 3 (b) des Abkommens vorgesehen, in dem es heißt, dass „durch fortlaufende Verhandlungsrunden ein liberalisierter Markt für Waren und Dienstleistungen geschaffen werden soll.“ Beim Warenhandel sollen die Mitgliedsländer die Zölle auf Waren aus AfCFTA-Vertragsstaaten innerhalb von zehn Jahren abbauen. 90 Prozent des Handels sollen bereits innerhalb der ersten fünf Jahre liberalisiert werden. Den am wenigsten entwickelten Ländern wurde in Anbetracht ihrer schwierigeren Situation ein längerer

Zeitraum für den Übergang eingeräumt. So haben sie 13 Jahre Zeit, um Zölle auf Waren aus AfCFTA-Staaten abzubauen. 90 Prozent des Handels sollen innerhalb der ersten zehn Jahre liberalisiert werden, sieben Prozent in den folgenden drei Jahren.

Die von der Zollfreiheit ausgenommenen Produkte sollen insgesamt nicht mehr als drei Prozent der Zolltarife und nicht mehr als zehn Prozent des Wertes der Importe aus anderen afrikanischen Ländern ausmachen. Die Regeln, an denen sich die Gewährung von Handelspräferenzen im Rahmen der AfCFTA orientieren wird, sind weitgehend beschlossen und decken derzeit fast 90 Prozent des innerafrikanischen Handels ab (88 Prozent der Importe und 89 Prozent der Exporte). Bis Mitte 2021 haben 41 afrikanische Länder Zollangebote für den Warenverkehr unterbreitet, die die Grundlage für die Abschaffung der Zölle auf die im Rahmen der AfCFTA ausgetauschten

Waren bilden werden. Mit der Umsetzung des Abkommens könnte sich der innerafrikanische Handel bis 2023 verdoppeln.

Beim Handel mit Dienstleistungen gehen die Mitgliedsstaaten Verpflichtungen in zunächst fünf Sektoren ein: Unternehmens-, Kommunikations-, Finanz- und Transportdienstleistungen sowie Tourismus und verwandte Dienstleistungen. 34 Länder haben ihre ersten Angebote für den Handel mit Dienstleistungen ab Mitte 2021 abgegeben.⁷ Es ist erwähnenswert, dass die Liberalisierung des Dienstleistungshandels in der AfCFTA einen schrittweisen Ansatz verfolgt. So werden die Dienstleistungssektoren priorisiert, die Spillover-Effekte auf andere Sektoren haben und denen schnelle Erfolge prognostiziert werden. So wurde nach Ausbruch der Corona-Pandemie etwa der Gesundheitsdienstleistungssektor priorisiert.

⁷Komoren, Demokratische Republik, Kongo, Ägypten, Eswatini, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Namibia, São Tome und Príncipe, Seychellen, Südafrika, Sambia, Burundi, Kenia, Ruanda, Südsudan, Uganda, Tansania, Benin, Burkina Faso, Kap Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Mauretanien

AfCFTA-Ratifizierungsprozess



Mehr als ein Freihandelsabkommen

Während die AfCFTA als Freihandelszone darauf abzielt, Afrika zu defragmentieren und durch ehrgeizige Liberalisierungspläne einen einheitlichen kontinentalen Markt zu schaffen, ist sie doch mehr als eines von vielen Freihandelsabkommen; sie ist vielmehr eine innovative Handelsordnung. Durch einige wesentliche Merkmale hebt sich die AfCFTA von traditionellen Freihandelsabkommen ab:

Zunächst enthält das Protokoll über den Warenverkehr Themen, die in traditionellen Freihandelsabkommen gar nicht zu finden sind. Das betrifft Anlage 4 zu Handelserleichterungen, die unter anderem auf „die Vereinfachung und Harmonisierung der internationalen Handelsverfahren abzielt, einschließlich der Tätigkeiten, Praktiken und Formalitäten, die mit der Erhebung, Vorlage, Übermittlung und Verarbeitung von Daten verbunden sind, die für den internationalen Warenverkehr erforderlich sind.“ Dies ist

sehr wichtig, wenn man bedenkt, dass die „Hindernisse hinter der Grenze“, die den innerafrikanischen Handel bislang bremsen, nach der Abschaffung der Zölle im Rahmen der AfCFTA bestehen bleiben werden, wenn sie nicht offensiv angegangen werden.

Zweitens: Während sich Phase I der AfCFTA-Verhandlungen auf Themen konzentrierte, die in traditionellen Freihandelsabkommen zu finden sind (Handel mit Waren, Handel mit Dienstleistungen und

Konfliktbeilegung), konzentrierte sich Phase II auf weitere Themen, nämlich Investitionen, geistige Eigentumsrechte und Wettbewerbspolitik.

Drittens berücksichtigt die AfCFTA auch die neue Dynamik des internationalen Handels. So wurde E-Commerce 2020 zunächst als Thema für die Verhandlungen in Phase III geplant und dann doch bereits in Phase II verhandelt, weil der E-Commerce in Afrika während der COVID-19-Pandemie deutlich angezogen hat.

Das ultimative Ziel: Afrikas Industrialisierung und wirtschaftliche Diversifizierung

Ein weiteres charakteristisches Element der AfCFTA ist das Ziel der Industrialisierung und wirtschaftlichen Diversifizierung des Kontinents. In Artikel 3 (f) und (g) heißt es, dass das Abkommen darauf abzielt, „die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der Vertragsstaaten innerhalb des Kontinents und des Weltmarkts zu verbessern und die industrielle Entwicklung durch Diversifizierung und Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten, die landwirtschaftliche Entwicklung und die Ernährungssicherheit zu fördern.“ Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) kam bereits 2015 zu dem Schluss, dass eine strikte Umsetzung der AfCFTA-Ursprungsregeln kombiniert mit dem Abbau von

tarifären und nichttarifären Hemmnissen die Industrialisierung und wirtschaftliche Diversifizierung Afrikas beschleunigen dürfte.

Um den nachhaltigen Aufbau leistungsfähigerer afrikanischer Volkswirtschaften zu unterstützen, sollte die AfCFTA von fünf Maßnahmen begleitet werden:

Erstens muss der AfCFTA-Markt mit qualitativ hochwertigen, innovativen und wettbewerbsfähigen einheimischen Produkten versorgt werden. Aus dieser Perspektive wäre es notwendig, Marktversagen zu beheben und interne Kapazitäten auf- und auszubauen, um anspruchsvolle Sektoren und einheimische Technologien zu entwickeln. Dies erfordert unter anderem die Entwicklung und Umsetzung von Umschulungsprogrammen und „Made-in-Africa“-Standards sowie die Entwicklung von Corporate-Governance- und Corporate-Social-Responsibility-Rahmenwerken, um ethische Geschäftspraktiken im AfCFTA-Markt zu etablieren.

Zweitens muss das AfCFTA-Abkommen als rechtlicher Rahmen für die Erleichterung des innerafrikanischen Handels durch flankierende politische Maßnahmen und Programme unterstützt werden, die in einer anderen sehr wichtigen Initiative, dem Aktionsplan Boosting Intra-African Trade (UNECA 2018), verankert sind.

Drittens müsste die Dynamik, die während der Verhandlungen und der Ratifizierung des AfCFTA-Abkommens entstanden ist, politisch aufrechterhalten werden, was sich in der Praxis durch eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung der Mitgliedsstaaten für den Prozess und ein schnelles Inkrafttreten des AfCFTA-Abkommens ausdrückt.

Viertens müssten auf institutioneller Ebene die Beziehungen zwischen der AfCFTA und der AU-Kommission einerseits und zwischen der AfCFTA und den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften andererseits so gestaltet werden, dass sie das reibungslose Funktionieren der AfCFTA unterstützen. Von entscheidender Bedeutung dürfte hier die Einrichtung eines voll funktionsfähigen AfCFTA-Generalsekretariats sein.

In Anbetracht der aktiven Rolle, die die AU-Kommission beim Abschluss und der Ratifizierung des AfCFTA-Abkommens gespielt hat, stellt sich schließlich die Frage, ob die AfCFTA-Mitglieder bereit sein werden, einen Teil ihrer nationalen Souveränität aufzugeben, um sicherzustellen, dass die AU-Kommission eine leitende Institution bei der Umsetzung des Abkommens ist – und nicht nur eine administrative Einrichtung für die Mitgliedsstaaten.

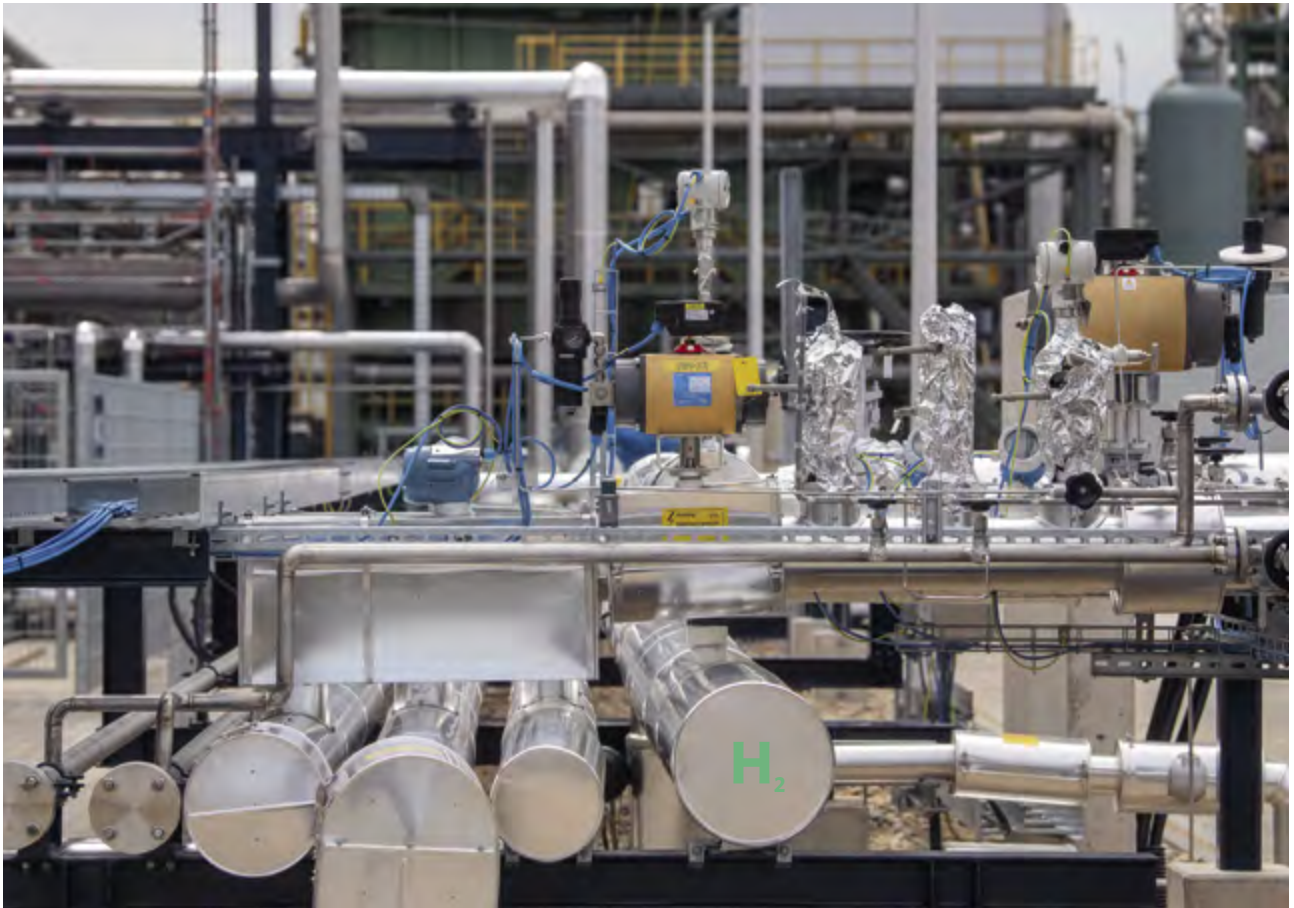
So wie die Welt nach der COVID-19-Pandemie nicht zum „Business as usual“ zurückkehren sollte, so sollte Afrika seine Denkweise und die Art und Weise, wie Geschäfte gemacht werden, grundlegend ändern, damit die AfCFTA die dringend benötigte wirtschaftliche Transformation des Kontinents vorantreiben kann. ↻

Jean Bertrand Azapmo ist Chefberater des AU-Kommissars für wirtschaftliche Entwicklung, Handel, Industrie und Bergbau.

Fotos: © picture alliance

← Der Vorsitzende der AU-Kommission, Moussa Faki Mahamat, nach der Unterzeichnung des AfCFTA-Abkommens im März 2018.





Grüner Wasserstoff – Energiewende made in Africa?



Laura Röntgen

In den kommenden Jahren wird die Energiewende in Deutschland weiter an Bedeutung gewinnen. Grünem Wasserstoff wird dabei eine wichtige Rolle zuteilwerden: Er gilt als einer der vielversprechendsten zukünftigen Energieträger, da sein Einsatz zur Erreichung der Klimaneutralität beitragen kann. Für Deutschland kam der entscheidende Impuls zum Aufbau einer nationalen Wasserstoffindustrie durch die Ankündigung der Politik, die CO₂-Emissionen bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Seit Juni vergangenen Jahres

gibt es daher eine ausformulierte „Nationale Wasserstoffstrategie“, erste Großprojekte zur Erzeugung von klimaschonendem Wasserstoff befinden sich in der konkreten Planung. Zugleich sind Politiker und Fachleute überzeugt, dass die Dekarbonisierung in Deutschland ohne den Import von grünem Wasserstoff aus anderen Ländern nicht gelingen wird.

Dabei richtet sich der Blick verstärkt nach Afrika. Viele Länder auf dem afrikanischen Kontinent haben durch überdurch-

schnittlich viele Sonnenstunden und gute Windkraft-Bedingungen das Potenzial, durch den Ausbau erneuerbarer Energien den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, den eigenen steigenden Strombedarf abzudecken und zum Exporteur von grünem Wasserstoff zu werden. Besonders in Nordafrika ist ein enormes Potenzial für den erfolgreichen Aufbau von grünen Wasserstoffindustrien gegeben.

Eine Vorreiterrolle nimmt dabei Marokko ein. Bereits seit 2016 arbeitet das nordafrikanische Land am Thema Wasserstoff und gründete 2019 die National Hydrogen Commission, eine nationale Wasserstoff-Strategie ist in Vorbereitung. Durch den großen Anteil erneuerbarer Energien im marokkanischen Strommix, der geographischen Nähe zu Deutschland sowie der Verfügbarkeit eines Seehafens ist Marokko prädestiniert dafür, ein Hauptexporteur von grünem Wasserstoff nach Deutschland zu werden. Im Juni letzten Jahres wurde eine Absichtserklärung unterzeichnet, die die Zusammenarbeit von Marokko und Deutschland hinsichtlich der gemeinsamen Produktion von grünem Wasserstoff sowie der Umsetzung von Forschungs- und Investitionsprojekten vorsieht. Im Januar haben der marokkanische Seehafen Tanger-Med und der Hamburger Hafen den künftigen Handel mit grünem Wasserstoff vereinbart. Zudem finanziert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine erste große Pilotanlage zur Erzeugung von grünem Wasserstoff in Marokko. Der Baubeginn ist für 2022 geplant, 2024 soll die Anlage ihre Arbeit aufnehmen.

Auch in vielen anderen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent sind Aktivitäten in unterschiedlicher Form und Entwicklungsstand hinsichtlich der Produktion von grünem Wasserstoff zu verzeichnen. Im vergangenen Dezember hat die deutsche Regierung eine Absichtserklärung mit Tunesien unterzeichnet. Diese sieht die Gründung einer „Tunesisch-Deutschen Allianz für grünen Wasserstoff“ vor. Als Anschubfinanzierung stellt die KfW zunächst 25 Millionen Euro zur Verfügung. Auch Ägypten bereitet derzeit den Start einer eigenen Wasserstoffindustrie vor. Dazu wurde im Januar 2021 eine Absichtserklärung mit der Siemens AG unterzeichnet. Der Anteil erneuerbarer Energien soll in Ägypten bis 2035 rund 42 Prozent erreichen. Ägypten plant, den produzierten Wasserstoff nicht nur zu exportieren, sondern auch einen heimischen Markt zu schaffen.

In Subsahara-Afrika gilt Südafrika als das Land mit dem größten Potenzial zum Aufbau einer grünen Wasserstoffindustrie. So hat die Regierung Südafrikas im vergangenen Juli die Entwicklung einer nationalen Wasserstoff-Roadmap initiiert. Im August letzten Jahres reiste eine Delegation deutscher Unternehmer in die DR Kongo, um sich über den geplanten Megastaudamm Inga III zu informieren. Inga III hat laut Experten eine Kapazität von 44.000 Megawatt – mehr als das Land verarbeiten kann. Das Projekt wird von Günther Nooke, dem Afrika-Beauftragten der Bundeskanzlerin, aktiv unterstützt.

Im September vergangenen Jahres haben sich Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung, und ihr nigrischer Amtskollege Yahouza Sadissou auf ein Maßnahmenpaket zur Ausweitung der strategischen Wasserstoffpartnerschaft in Westafrika geeinigt. Auf afrikanischer Seite ist dabei das 2012 gegründete West African Service Centre on Climate Change and Adapted Land Use (WASCAL) der wichtigste Partner. Im Rahmen des Projekts H2-Atlas-Africa wird außerdem das Klimaforschungszentrum SASSCAL (Southern Africa Science Service Centre for Climate Change and Adaptive Land Management) in Namibia mit eingebunden. Gemeinsam mit dem Forschungszentrum Jülich forschen WASCAL und SASSCAL gemeinsam zu Themen wie der Erzeugung von grünem Wasserstoff in großen Mengen, dem Transport über weite Strecken und der Weiterverarbeitung mit Power-to-X-Technologien zu synthetischen Kraftstoffen und Industriechemikalien. Die Forschungsergebnisse sollen dem Bau von Pilotanlagen dienen und den Aufbau einer grünen Wasserstoffindustrie im subsaharischen Afrika unterstützen. Auch wenn ein erster Import von grünem Wasserstoff aus Afrika erst in einigen Jahren stattfinden wird, so bahnt sich hier eine erfolgreiche Kooperation zwischen Deutschland und afrikanischen Ländern an, die für beide Seiten gewinnbringend sein kann. ↻

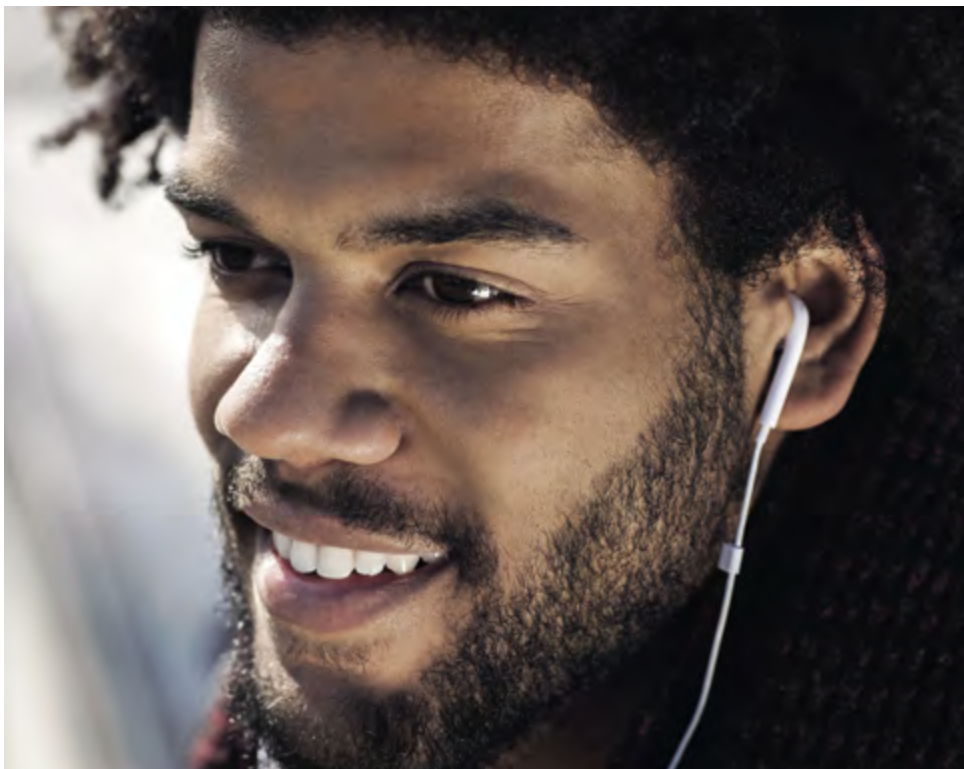
Grüner Wasserstoff wird durch Wasserspaltung aus erneuerbaren Energien (Windenergie, Sonnenenergie usw.) gewonnen. Es handelt sich dabei um die einzige CO₂-neutrale Möglichkeit der Wasserstoffgewinnung. Das Verfahren wird auch als Power-to-Gas bezeichnet und ist eine der sogenannten Power-to-X-Technologien. Bei Power-to-X wird Strom genutzt, um Energie in eine für bestimmte Anwendungen nützlichere Form umzuwandeln – zum Beispiel um Gase (Power-to-Gas), Wärme (Power-to-Heat) oder flüssige Energieträger (Power-to-Liquid) herzustellen. PtX-Technologien gelten als wichtige Lösungen, um die Klimaziele einhalten zu können und den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern.

Grauer Wasserstoff kommt vor allem in der Chemieindustrie zum Einsatz, ist aber anders als grüner Wasserstoff nicht CO₂-neutral. In der Regel wird bei der Herstellung Erdgas unter Hitze in Wasserstoff und CO₂ umgewandelt. Das CO₂ wird anschließend ungenutzt in die Atmosphäre abgegeben und verstärkt so den globalen Treibhauseffekt.

Laura Röntgen ist Beraterin bei der E&P Focus Africa Consulting GmbH.

Foto: © picture alliance





Im Ausland lebende Menschen afrikanischer Herkunft haben nicht nur eine besondere Perspektive auf Afrika und oft Erfahrungen aus beiden Lebenswelten, sondern verfügen oft auch über Kontakte, starke Netzwerke und interkulturelles Knowhow.

Eine besondere Perspektive auf Afrika: die Diaspora

Die afrikanische Diaspora als Element einer veränderten Entwicklungszusammenarbeit

Ottmar von Holtz MdB

Der Einbezug der afrikanischen Diaspora in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bietet die Chance, existierende Strukturen zu dekolonisieren und die Vielfalt afrikanischer Staaten stärker zu berücksichtigen. Durch ihr spezielles Wissen und Verständnis für die Dynamiken und Strukturen beider Kontinente kann die Diaspora Brücken bauen und zu einer Neuorientierung der deutsch-afrikanischen Beziehungen beitragen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) steckt in einem Dilemma: Auf der einen Seite steht die globale, historisch gewachsene Verantwortung, die Deutschland als europäische

Industrienation und ehemalige Kolonialmacht gegenüber Staaten des Globalen Südens – gerade afrikanischen Staaten – hat. Auf der anderen Seite stehen Forderungen dieser Staaten nach endgültiger

Emanzipation, finanzieller Unabhängigkeit und einer gestärkten internationalen Position. Beide Seiten sehen sich mit der Tatsache konfrontiert, dass koloniale Kontinuitäten, asymmetrische Machtpositionen und unfaire Handelsbeziehungen weiterhin existieren und sich nicht wegreden lassen. Auch stehen viele Länder, gerade in Subsahara-Afrika, vor großen neuen Herausforderungen. So verstärkt der Klimawandel Extremwetterereignisse und erschwert die lokale Landwirtschaft.

Das verschlechtert die Ernährungs- und Arbeitsmarktsituation, erhöht das Risiko für Konflikte und erzwingt Migration. Gleichzeitig sind, trotz positiver Entwicklungen beispielsweise in Malawi, demokratische Strukturen verstärkt unter Druck. Zivilgesellschaftliches Engagement wird in vielen (semi-)autokratischen Staaten eingeschränkt. Die COVID-19-Pandemie wirkt wie ein Brennglas und verstärkt bestehende Ungleichheiten.

Allerdings ist das nur ein Aspekt. Wir sehen ebenso eine zunehmend selbstbewusste Afrikanische Union (AU), die mit der Agenda 2063 ehrgeizige Ziele verfolgt, engagierte junge Zivilgesellschaften, die sich für demokratische Werte einsetzen und Grundrechte einfordern sowie Unternehmer:innen, Wissenschaftler:innen, Künstler:innen, Agrarproduzent:innen und viele mehr, die mit innovativen Ideen ihre Gesellschaften und den afrikanischen Kontinent gestalten und dabei oft auch die 17 internationalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 verfolgen. Dieses Engagement gilt es lokal in partizipativen Prozessen zu unterstützen, um von einer paternalistischen EZ zu einer global gerechten internationalen Zusammenarbeit zu kommen.

Eine neue Rolle für die afrikanische Diaspora

Eine Chance, um diesen Wandel zu erreichen, ist der Einbezug der afrikanischen Diaspora in Entscheidungsprozesse der deutschen EZ. Zu oft fehlt das Wissen über lokale Dynamiken, Strukturen und kulturelle Institutionen, was sich nicht nur mit der Entsendung von Fachkräften beheben lässt. Hier kann die Diaspora helfen und eine Brücke zwischen den Kontinenten bauen. Mitglieder der Diaspora haben nicht nur eine besondere Perspektive auf Afrika und oft Erfahrungen aus beiden Lebenswelten, sondern Kontakte, starke Netzwerke und viel interkulturelles Knowhow. Dieses Humankapital gilt es zu erkennen und für eine nachhaltige, kontextspezifische und dekoloniale Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnerstaaten einzusetzen.

Die AU hat den Wert ihrer Diaspora längst erkannt und adressiert diese als offizielle sechste Region des afrikanischen Kontinentes. Mit dem Citizens and Diaspora Directorate (CIDO) verfolgt die AU das Ziel, Menschen afrikanischer Herkunft weltweit zu vernetzen und in die Entwicklung des Kontinentes und die Umsetzung der Agenda 2063 miteinzubeziehen. Viele Ziele der AU sind wiederum verbunden mit der internationalen Vereinbarung der Agenda 2030, zu der auch Deutschland sich verpflichtet hat. Nirgendwo sonst kommen unsere gemeinsamen Interessen so deutlich zu Tage. Darum ist es auch an uns, den Wert der afrikanischen Diaspora auch über die EZ hinaus als Brückenbauerin, Vermittlerin und Beraterin anzuerkennen und ihr Engagement zu stärken.

Wie beziehen wir die Diaspora besser ein?

Stärkung und Einbezug beginnen dort, wo die Ausgestaltung nicht allein von Politiker:innen definiert, sondern in Dialogformaten gemeinsam entwickelt wird. Daher der wichtige Hinweis, dass diesem Beitrag viele Gespräche mit afrikanischen Diasporaorganisationen vorangegangen und meine Vorschläge auch aus diesen entstanden sind. Sie sind Einladung für eine verstärkte Zusammenarbeit, denn nur so kann fehlendes Wissen generiert und diverse Perspektiven einbezogen werden.

Stärkung und Einbezug beginnen auch dort, wo Raum für Gespräche geöffnet und Austausch institutionalisiert wird. Dafür brauchen wir gegenseitiges Interesse, Offenheit und Respekt sowie die Anerkennung existierender Wissenslücken und fehlender Perspektiven in der aktuellen EZ. Auch brauchen wir Mut und den politischen Willen, alte Strukturen zu dekolonisieren.

Was wir ebenso dringend brauchen wie institutionalisierte Austauschformate ist mehr Wertschätzung für das Wissen der Diaspora über Dynamiken, Strukturen und kulturelle Institutionen in afrikanischen Gesellschaften. Dieses Wissen muss z.B.

durch die Unterstützung und Aufwertung von afrikanischer und afrodiasporischer Forschung zugänglich gemacht werden und in politische Prozesse einfließen. Dies gilt auch für das Knowhow von Migrant:innen und Afrodeutschen.

Letztlich sollten, mit einem Fokus auf gemeinsame Interessen und Ziele, insbesondere der Umsetzung der SDGs und der Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens, themenspezifische Dialoge initiiert werden, durch die Expertise ausgetauscht und politische Entscheidungsprozesse begleitet werden. In meiner persönlichen Vorstellung könnte das ganz konkret auch durch einen Beirat für den oder die zukünftige Afrikabeauftragte:n der Bundesregierung institutionell verankert werden.

Bis dahin stehen im Herbst erst einmal Wahlen an, die hoffentlich eine Veränderung bedeuten – auch im Hinblick auf die aktuelle deutsche Entwicklungszusammenarbeit, die deutsch-afrikanischen Beziehungen und den Einbezug der vielfältigen afrikanischen Diaspora in Deutschland. 📌

Ottmar von Holtz sitzt seit 2017 für Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Von Holtz wuchs in Namibia auf und kam 1984 nach Deutschland. Er ist Vorsitzender des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln und Obmann des Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit.

Foto: © picture alliance



Dancing at the Ritz, 1952. Das "Ritz" im Zentrum von Johannesburg war der Ort, wo man freitagsabends zum Tanzen ging.

Brückenbauer, Fotograf, Legende: Jürgen Schadeberg



Robert von Lucius

Seine Aufnahmen bleiben im Gedächtnis haften. Er gilt als Chronist der Apartheid in Südafrika. Kein anderer Fotograf spielt eine solch gewichtige Rolle in der südafrikanischen Fotogeschichte. Jürgen Schadeberg, der große Dokumentator des schwarzen Südafrika starb am 29. August 2020 im Alter von 89 Jahren in seiner neuen Heimat Spanien, in La Drova nahe Valencia. Sogar die „New York Times“ widmete ihm einen ganzseitigen Nachruf.

Als junger Einwanderer fand er seinen Weg zum Cheffotograf und künstlerischen Leiter der Zeitschrift Drum, die sich an eine schwarze Leserschaft wandte. Die Redaktion war möglicherweise die einzige Arbeitsstätte des Landes, in der schwarze und weiße Menschen dieselben Schreibmaschinen nutzten und aus denselben Teetassen tranken. Für den Drum fotografierte Schadeberg Straßenleben, Sport, Musik, Kneipen – aber auch, obwohl er sich nur begrenzt für Politik interessierte, Unterdrückung, Segregation und Polizeivillkür. Am liebsten verbrachte er seine Zeit in den Shebeens, den Kneipen von Sophiatown, bei Jazzmusikern und Bier. Künstler wie die Sängerin Miriam Makeba und der Trompeter Hugh Masekela, die er dort traf und abbildete, wurden später Weltstars. Wohl kein anderer Vertreter der Fotogeschichte hat Musiker über fünf Jahrzehnte hinweg fotografiert – und ebenso Politiker. Die wichtigsten Fotos des jungen Rechtsanwalts Nelson Mandela nahm er auf: in seiner Kanzlei, als Schwergewichtsbokser und als Angeklagter vor Gericht; 1994

dann wieder als südafrikanischer Präsident, wie er sinnend aus der Zelle schaut, in der er 18 seiner insgesamt 27 Jahre Haftzeit absitzen musste. Dieses auf Robben Island aufgenommene Bild wurde von The Photographers Gallery in London in die Liste der 50 denkwürdigsten Fotografien des 20. Jahrhunderts gewählt.

Er fotografierte zentrale Ereignisse der Landesgeschichte wie das Sharpeville-Massaker und den Hochverratsprozess gegen Mandela. 1951 dokumentierte er den Kongress des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Bloemfontein – und genau vierzig Jahre später, nachdem das ANC-Verbot aufgehoben wurde, wieder. Auf jenem Parteikongress war Nelson Mandela der gefeierte Weltstar, der seine Wurzeln und seine Loyalität nicht vergaß – und damit auch Schadeberg nicht. Sie plauderten über jene goldenen Jahre Sophiatowns, der Stadt des Jazz und der Freigeister, aber auch der rivalisierenden Banden.

Schadeberg war Mentor von zwei Generationen schwarzer Fotografen wie Peter Magubane und Bob Gosani. Als Fotograf wurde er zur Legende. In Jahren, in denen sich kaum ein Weißer für das Leben schwarzer Südafrikaner interessierte, half er diesen neben ihrer äußeren zu einer inneren Befreiung durch das Besinnen auf ihre Wurzeln und ihre Würde. Schadeberg fing die Atmosphäre jener Jahre ein, die vielen noch heute als Höhepunkt schwarzer städtischer Kultur gilt. Seine Bilder spiegeln den Widerstandswillen gegen die Apartheid, vor allem

aber die Lebensfreude wider. Der junge Berliner war neugierig, vorurteilslos, voller Leidenschaft. Der scheue, unaufdringliche Perfektionist mit dem ansteckenden Lachen war dort, wohin sich andere Weiße nicht trauten. Musik und Frohsinn waren seine Welt. Dabei gelang es ihm, Unterdrückung, Ausbeutung, Zwangsvertreibungen nicht zu übersehen in den Jahren, in denen die Mordrate am Goldgürtel Johannesburgs neunmal höher lag als in Chicago. Sichtbar wurde das an seinen Fotos über Zwangsarbeit auf Farmen und Arbeit in Asbestminen. Sie lenkten die internationale Aufmerksamkeit auf Missstände, brachten ihn aber auch in Konflikt mit Polizei und Gerichten. Er war auf der Seite der Entrechteten, wofür er Schmähungen litt und mehrere Festnahmen in Kauf nahm.



Jürgen Schadeberg (18.03.1931 - 29.08.2020)



← Sophiatown (We won't move), 1955. Der ANC hatte dazu aufgerufen, sich den Zwangsräumungen zu widersetzen.

1985 kehrte er nach Südafrika zurück und drehte nun auch Dokumentarfilme – über afrikanische Musik, Robben Island, den ANC. Eindrücklich in Machart und Aussagekraft ist sein Film „Have You Seen Drum recently?“, der auf Filmfestivals von Amsterdam über Toronto und Los Angeles bis Moskau und Sydney gezeigt wurde. Er und seine Frau, die Kunsthistorikerin Claudia Schadeberg – nun Hüterin seines Archivs mit über 400.000 Negativen – veröffentlichten zahllose Fotobände. Seine Fotos aus Deutschland und aus England erschienen beim Mitteldeutschen Verlag in Halle,

Dabei fand der 1931 in Berlin geborene Sohn einer Schauspielerin eher zufällig zur Fotografie. Als Zwölfjähriger nahm er sein erstes Foto in einem Berliner Luftschuttkeller auf. Öfters kam er auf diese Aufbruchstimmung inmitten der Bedrängnis zurück. Sein widerständiges Denken zeigte sich schon früh. Als Hitlers Jungvolk ihn heranziehen wollte, war seine Uniform just „zufällig“ in der Wäsche, lieber trug er rote Strümpfe. In Berlin lernte der Fotojournalist dann an der Schule für Optik und Photo-technik die Grundbegriffe seines Fachs.

1950 reiste er nach Johannesburg, wo seine Mutter mit seinem Stiefvater, einem britischen Offizier, lebte. Dort bewegte er sich zwischen zwei Parallelgesellschaften. 1964 drängten die Machthaber ihn aus dem Land. Er fotografierte in England, New York, Berlin. Auch aus jenen Jahren wurden manche seiner Aufnahmen berühmt – ein Porträt von Karl Lagerfeld in Paris gilt als eines der Eindrücklichsten des Modezars. In England fotografierte Schadeberg John Lennon, Mick Jagger und den Literaturnobelpreisträger Harold Pinter, aber auch Arbeitslose, Putzfrauen und Hafendarbeiter.



In Deutschland Neonazis, Punks in Ost-Berlin, die Mauer. In jenen Jahren lehrte er an Kunsthochschulen in London, New York, Hamburg. Er bereiste Afrika per Anhalter oder mit Bussen von West nach Ost – durch Senegal und Mali, Kamerun und Kongo, Ruanda und Kenia.

↑ Schadebergs berühmtestes Foto: Südafrikas frischgewählter Präsident Nelson Mandela besucht 1994 seine frühere Zelle auf Robben Island.

Avoiding the pass,
1955, Johannesburg.
Schwarze mussten Pässe
mit sich führen. Wenn sie
ohne Pass aufgegriffen
wurden, brachte man
sie ins Gefängnis.



ein umfassender Werkkatalog beim Verlag Hatje Cantz (2008). Am Kap erschienen zahlreiche Bände zu seinen frühen südafrikanischen Fotos – bemerkenswert vor allem *The Fifties People of South Africa* (1987), *Jazz, Blues & Swing* (2007) und *The Black and White Fifties* (2001). Seine Lebenserinnerungen *The way I See It* wurden 2017 veröffentlicht.

2007 kehrte das Ehepaar Schadeberg, enttäuscht vom kultur- und geschichtsfer-

nen „neuen Südafrika“, zurück nach Europa – zunächst nach Berlin und später in die Normandie und nach Spanien. 2007 erhielt er das Bundesverdienstkreuz erster

Klasse, 2014 die Ehrendoktorwürde der Polytechnischen Universität Valencia. Mit seiner kleinen Leica blieb Jürgen Schadeberg in Südafrika, wo man noch mit alten großformatigen Kameras hantierte, so unauffällig, wie es ihm entsprach – nicht aber in seiner Arbeit. Die Bilder des frühvollendeten „Alfred Eisenstaedt Südafrikas“ gingen stets hinaus über die Schablonen Schwarz und Weiß, Gut und Böse. Die Kraft seiner Bilder ist ungebrochen.

Weitere Informationen und Fotografien von Jürgen Schadeberg finden Sie online unter: www.jurgenschadeberg.com

Robert von Lucius ist Journalist und ehemaliger Afrika-Korrespondent der FAZ. Seit 2004 ist er Mitglied im Kuratorium der Deutschen Afrika Stiftung.

Fotos: © Jürgen Schadeberg und © Robert v. Lucius



← Township Shuffle, Sophiatown, 1952.



Prof. Dr. Franz Ansprenger (18.1.1927-6.4.2020)

Der Afrika-Versteher

Prof. Dr. Rainer Tetzlaff

Mit dem Ableben von Franz Ansprenger im April 2020, dem weithin bekannten Afrika-Historiker und beliebten Hochschullehrer am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin, hat die deutsche Öffentlichkeit einen Pionier der sozialwissenschaftlichen Afrikaforschung verloren. Zahlreiche Studierende, nicht zuletzt auch aus afrikanischen Ländern, haben Ansprenger als einen inspirierenden verständnisvollen Gesprächspartner und liberalen Hochschullehrer erlebt.

Im Jahr 1927 in Berlin als Sohn von Irma Ansprenger, geborene Blättner, und von Dr. med. Aloys Ansprenger geboren und

unter schwierigen Lebensbedingungen in der NS-Zeit aufgewachsen, erfuhr er frühzeitig Diskriminierung als „Nicht-Arier“ (wegen seiner jüdischen Mutter), was sein Weltbild nicht unwesentlich mitgeprägt haben dürfte. Einerseits trat er stets – mit Verstand und Herz – für soziale Gerechtigkeit und faire Behandlung aller Menschen ein (denn *„fundamental haben alle Menschen dieser Welt die gleichen Sorgen... und den gleichen – nein: denselben gemeinsamen menschlichen Verstand in ihren Schädeln, um diese Probleme zu lösen“*), andererseits bewahrte er sich ein gesundes Misstrauen gegenüber selbst ernannten politischen Heilsbringern und ideologischen Hitz-

köpfen, die er unter anderem als Mitglied des Lehrkörpers während der Studentenrebellion der 1968er Generation in West-Berlin hautnah erlebte.

Dem in Algerien geborenen Missionsarzt und engagiertem Politiker Louis-Paul Aujoulat verdankte er sein Interesse an Afrika. Die modernen politischen Bewegungen im Afrika französischer Prägung – eine 500-seitige Pionierstudie, die als Forschungsauftrag der Deutschen Afrika-Gesellschaft erstmalig einen dokumentierten Überblick >



über die Ereignisse des politischen Umbruchs im frankophonen Afrika bot. Nach Gastdozenturen in Los Angeles (1964) und Dar es Salaam/Tansania (1967/68) gründete er die Arbeitsstelle Politik Afrikas am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Sein in zahlreichen Auflagen bei Beck erschienener Bestseller *Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert* – verständlich geschrieben und die postkolonialen Entwicklungen pointiert kommentierend – diente zahlreichen Journalisten, Studierenden und seinen vielen Doktoranden als hilfreiche Orientierung. Das galt auch für seine Analyse des *Schwarz-Weiß-Konflikts in Afrika* von 1971 und für *Die Befreiungspolitik der OAU*, 1975.

Seine vielleicht aufschlussreichste und persönlichste Monographie erschien im Jahr 1972 unter dem Titel *Versuch der Freiheit. Afrika nach der Unabhängigkeit*. Sie beginnt mit der Frage (als hätte er die aktuelle Kontroverse über die „alten weißen Männer“ vorausgeahnt) *„Ist es überhaupt legitim, dass ich als Europäer mich an meinen Berliner Schreibtisch setze und über Afrika schreibe? Ich komme ja nicht umhin, zu rühmen und zu tadeln oder auch einmal zu spotten über die Versuche der Afrikaner, Freiheit herzustellen. Darf ich das? Muss ich nicht Urteile über Afrikas Politik Afrikanern überlassen?“* Und er gab selbst eine von Empathie und Bescheidenheit zeugende Antwort: *„Ich kann nur versprechen, solche afrikanischen Reflexionen über Afrikas Geschichte und Politik aufmerksam zu suchen und von ihnen zu lernen“*. Er hielt Wort: In der dritten Auflage zu seinem Standardwerk *Politische Geschichte Afrikas* von 1999 kamen nicht weniger als 27 afrikanische Wissenschaftler und Politiker zu Wort. Für September 2021 ist eine Neuauflage im Beck-Verlag bereits angekündigt.

Eine weitere Eigentümlichkeit im Denken dieses großen Afrika-Verstehers war seine inklusive, nicht in diverse „Welten“ getrennte Weltsicht – wir nennen das Konzept heute „One World“: *„Entwicklung“ – so formulierte er vor fünfzig Jahren – „dieses Zauberwort, das alle im Munde führen – kann doch nur Entfaltung der Produktivkräfte eines Landes, eines Kontinents und letztlich der Welt bedeuten... Afrika wird noch auf lange Zeit den Kontakt mit Westeuropa, und natürlich auch mit Osteuropa, Nordamerika, Japan suchen müssen, wenn es sich von den üblen Folgen dieses Kontaktes – seiner Armut und Schwäche befreien will. Da liegt das Dilemma... Der Ausweg besteht einfach darin, dass nicht nur Afrika sich befreien muss, sondern Europa (samt den anderen Industriekontinenten)“*. Damit meinte Ansprenger vor allem die Überwindung neokolonialer Handelspraktiken der Industriestaaten, die zugunsten *„neuer interkontinentaler Arbeitsteilungen“* (Abkehr vom Schema ‚Entwicklungsländer exportieren Rohstoffe und Industrieländer Industriewaren‘) abgeschafft werden müssten. Dabei verschloss er keineswegs die Augen vor den Fehlleistungen einiger afrikanischer Regierungen. Während er ihre Erfolge, z.B. bei der Ausweitung und Modernisierung der Bildungssysteme, voll würdigte, warnte er vor der Fortsetzung der Selbstschwächung der afrikanischen Staatsverwaltungen sowie der Ausschaltung der nützlichen Funktionen aktiver Zivilgesellschaften und alternativer Oppositionsparteien durch demokratieverachtende Diktatoren.

In den heutigen, von People of Color (POC) angestoßenen Debatten über die Berechtigung von Aussagen über koloniale afrikanische Geschichte würde er wohl großes Verständnis für diejenigen aufbringen, die meinen, sich endlich mehr Gehör für eigene Identitäten verschaffen zu müssen; aber Denk- und Sprechverbote wären mit seinem Freiheitsideal sicher nicht vereinbar. Schließt er doch seinen *Versuch der Freiheit* mit der Mahnung: *„Wir müssen vor allem verhindern, dass Kontinente sich gegenseitig die Türen vor der Nase zuschlagen. Die schlimmste Unfreiheit besteht darin, abgeriegelt von seinen Mitmenschen zu sein, wie Afrika es in den Jahrhunderten des Atlantischen Sklavenhandels war.“* ↻

Prof. Dr. Rainer Tetzlaff ist Politikwissenschaftler und Afrikawissenschaftler. Bis zu seiner Emeritierung lehrte er an der Universität Hamburg.

Foto: © Prof. Dr. Rainer Tetzlaff



Ansprengrers "Geschichte Afrikas" behandelt den Kontinent vom Mittelmeer bis zum Kap der guten Hoffnung und beleuchtet fünf Jahrtausende afrikanischer Geschichte. Die 5. Auflage des Buches erscheint Mitte September 2021.



Hat Pionierarbeit für Mosambik geleistet: Siegfried Lingel (14.6.1938-14.11.2020).

Ein großartiger Mann

Joaquim Alberto Chissano, ehemaliger Staatspräsident von Mosambik

Im Alter von 82 Jahren ist Siegfried Lingel am 14.11.2020 gestorben. Der Unternehmer aus Aalen war Honorargeneralkonsul von Mosambik, Präsident der Deutsch-Mosambikanischen Gesellschaft und Schatzmeister der der Deutschen Afrika Stiftung.

Ich tue mich immer noch schwer, zu begreifen und zu akzeptieren, dass mein guter alter Freund Siegfried Lingel nicht mehr unter uns ist. Die schmerzliche Realität ist, dass unsere Tage und Momente des fröhlichen Plauderns oder der Diskussion über die ernsten Dinge des Lebens jetzt nicht mehr stattfinden werden. Diese Tage sind für immer vorbei, aber ich werde sie in guter Erinnerung behalten und wertschätzen. In mir ist ein Gefühl der Leere und des Verlustes und deshalb ist seine Familie nicht allein im Schmerz und dem Verlust Ihres geliebten Mannes, Vaters, Großvaters, Kol-

legen, Oberaupts und Freundes. Uns in Mosambik geht es genauso wie Ihnen.

Heute arbeiten viele Kindergartenkinder in Mosambik an einer besseren Zukunft. Viele arme Frauen und Männer lernen Lesen und Schreiben – für sie eröffnet sich durch die Brille der Bildung eine neue Welt. Arme Landwirte erlernen verbesserte Techniken, um das Produktionsniveau und die Produktivität ihrer Ernte zu steigern, was wiederum ihren Lebensstandard erhöht. Ihr Kampf gegen die Armut wird durch den Zugang zur Gesundheitsversorgung er-

folgreich. Viele junge Menschen sind bereit, kompetente und engagierte Gesundheitsshelfer an der Katholischen Universität von Mosambik zu werden.

Mit anderen Worten: Das Leben vieler verändert sich zum Besseren durch die Projekte für die Siegfried Lingel Pionierarbeit geleistet hat. Dies sind nur einige der Initiativen, die in Mosambik unter Leitung des langjährigen Honorargeneralkonsuls Siegfried Lingel, über die Deutsch-Mosambikanische Gesellschaft und anderer engagierter Partner Früchte tragen.



Siegfried Lingel hat viele ermutigt, sich seiner Reise anzuschließen, um den Bedürftigen durch den Aufbau einer besseren Gegenwart und Zukunft zu helfen.

Weitere Initiativen sind die Förderung von Kooperationsprogrammen zwischen den Regierungen Deutschlands und Mosambiks sowie im Bereich der deutschen Privatinvestitionen in diesem Land. Aus all diesen Gründen war Konsul Lingel ein großartiger Mann. Lassen Sie uns all die guten und großartigen Unternehmungen feiern, die er für seine wunderbare und fröhliche Familie und für die Menschen in Mosambik realisiert hat.

Feiern wir das Leben und die Taten dieses mitfühlenden Mannes und ergreifen wir stets die Initiative zur Solidarität für die Armen und alle jene, die glauben, dass die Armen nicht dazu verdammt sind, immer arm zu bleiben. 📌

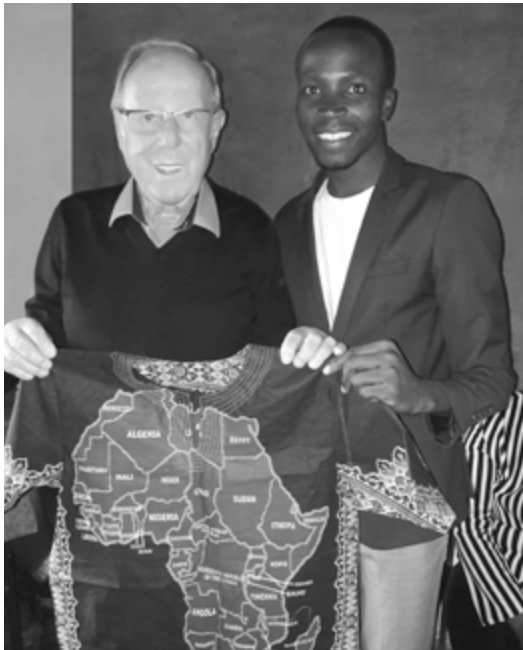
Joaquim Alberto Chissano war von 1986 bis 2005 Präsident von Mosambik. 2007 wurde er als erster afrikanischer Ex-Staatschef mit dem Mo-Ibrahim-Preis für gute Regierungsführung ausgezeichnet.

Dr. Dr. h.c. Peter Spary, Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Afrika Stiftung, über Siegfried Lingel

Unter der Führung von Siegfried Lingel entwickelte sich die Deutsch-Mosambikanische Gesellschaft (DMG) zielorientiert zu der wohl aktivsten und erfolgreichsten binationalen Gesellschaft im Verhältnis zwischen Deutschland und Afrika. Lingel war bis zu seinem Tod am 14.11.2020 ihr ausschlaggebende Motor

Die DMG sah und sieht ihre Aufgabe darin, Menschen in Mosambik und in Deutschland für gemeinsame Projekte zusammenzubringen. So wurden Kooperationen angestoßen in den unterschiedlichsten Bereichen, von erneuerbaren Energien bis zu Fortbildungen für Polizei und Feuerwehr. Siegfried Lingel konnte zur

Finanzierung dieser Projekte seine Partner und Freunde aus München, Bayern und darüber hinaus integrieren. Zur besseren politischen Verankerung gründete die Gesellschaft einen parlamentarischen Beirat, dem Abgeordnete aller Fraktionen im Bundestag angehören und der regelmäßig mit dem Präsidium der DMG tagt. Siegfried Lingel hat sein Wissen, sein Engagement, seine Kontakte und nicht zuletzt seine finanziellen Möglichkeiten nicht nur für Mosambik eingesetzt, sondern auch für die Deutsche Afrika Stiftung e. V., die ihn in ihren Vorstand gewählt und das Amt des Schatzmeisters übertragen hat. Für sein Lebenswerk wurde Lingel vielfach ausgezeichnet,



und Impulsgeber. Mehrmals jährlich besuchte er mit seinem Sohn Dr. Marcus Lingel – der seit Ende 2020 Vizepräsident der DMG ist – das Partnerland Mosambik, um sich persönlich ein Bild davon zu machen, was vor Ort gebraucht wird und wie die Gelder der Spender effektiv und nachhaltig eingesetzt werden sollten.

unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, der Staatsmedaille für Verdienste um die Bayerische Wirtschaft und dem Ehrentitel Benemeritus der Katholischen Universität von Mosambik. Siegfried Lingel hinterlässt eine wohlgeordnete Deutsch-Mosambikanische Gesellschaft, die ihre Aufgaben in seinem Geiste fortführen wird. 📌



Die Deutsche Afrika Stiftung e.V. (DAS) setzt sich seit mehr als 40 Jahren für die Förderung der deutsch-afrikanischen Beziehungen und eine differenzierte Wahrnehmung unseres Nachbarkontinents ein. 1978 wurde die Stiftung als Mitgliederverein von einer Reihe von Unionspolitikern gegründet. Noch im gleichen Jahr wurde die Stiftung in die institutionelle Förderung des Auswärtigen Amtes aufgenommen. Von Beginn an arbeitete die DAS eng mit den politischen Stiftungen zusammen und beriet die Bundesregierung zu afrikapolitischen Themen. Anfang der 1990er

erfuhr die Stiftung eine Neuausrichtung und stellte sich zunehmend überparteilich auf. Unter der Leitung der heutigen DAS-Präsidentin Dr. Uschi Eid, die von 2001 bis 2005 Persönliche Afrikabbeauftragte des damaligen Bundeskanzlers Schröder war, wandelte sich die DAS zu der heute bestehenden parteiübergreifenden Stiftung. Im aktuellen Vorstand sind neben den außen- und entwicklungspolitischen Sprechern der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der LINKEN auch an Afrika interessierte Nicht-Parlamentarier vertreten.

Vorstand

Dr. Uschi Eid; Präsidentin
Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues; Ehrenpräsident
Alois Karl MdB; Vizepräsident
Dr. Bärbel Kofler MdB; Vizepräsidentin
Klaus A. Hess; Justiziar
Dr. Volker Faigle; Beisitzer
Dieter Härthe; Beisitzer
Dr. Christoph Hoffmann MdB; Beisitzer
Volkmar Klein MdB; Beisitzer
Andreas Lämmel MdB; Beisitzer
Stefan Liebich MdB; Beisitzer
Omid Nouripour MdB; Beisitzer
Heiko Schwiderowski; Beisitzer
Johannes Singhammer; Beisitzer
Gabi Weber MdB; Beisitzerin

Kuratorium

Dr. Phil. Prinz Asfa-Wossen Asperate; Vorsitzender
Gabriele Groneberg; Mitglied
Prof. Dr. em. Robert Kappel; Mitglied
Egon Kochanke; Mitglied
Robert von Lucius; Mitglied
Dr. Stefan Mair; Mitglied
Dr. Michael Rabbow; Mitglied
Marina Schuster; Mitglied
Dr. Dr. h. c. Peter Spary; Mitglied
Bruno Wenn; Mitglied

Team

David Schwake; Generalsekretär
E-Mail: schwake@deutsche-afrika-stiftung.de
Sabine Odhiambo; stellv. Generalsekretärin
E-Mail: odhiambo@deutsche-afrika-stiftung.de
Larissa Pflüger; Wissenschaftliche Referentin
E-Mail: pflueger@deutsche-afrika-stiftung.de
Ingo Henneberg; Wissenschaftlicher Referent
E-Mail: henneberg@deutsche-afrika-stiftung.de
Barbara Hentz; Fremdsprachenassistentin
E-Mail: hentz@deutsche-afrika-stiftung.de
Svenja Schindelwig; Wissenschaftliche Referentin
E-Mail: schindelwig@deutsche-afrika-stiftung.de

Geschäftsstelle

Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Ziegelstraße 30
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 30 28 09 47 27
E-Mail: info@deutsche-afrika-stiftung.de

Impressum



Deutsche Afrika Stiftung

Herausgeber/ V.i.S.d.P.:

David Schwake, Generalsekretär

Deutsche Afrika Stiftung e.V.

Geschäftsstelle

Ziegelstraße 30

10117 Berlin

Deutschland

Telefon: +49 30 28 09 47 27

E-Mail: info@deutsche-afrika-stiftung.de

www.deutsche-afrika-stiftung.de

Redaktion

Nana Gerritzen

David Schwake

Gestaltung

Leonard Hertel

Lektorat

Nana Gerritzen

Beitragende

Faten Aggad, Zemelak Ayitenew Ayele,
Jean Bertrand Azapmo, Joaquim Alberto Chissano,
Jakkie Cilliers, Dr. Uschi Eid, Steven Gruzd, Eberhard Hofmann,
Prof. Dieter Kempf, Prof. Dr. Horst Köhler, Yeboua Kouassi,
Gerrit Kurtz, Stellah Kwasi, Heiko Maas, Laura Röntgen, David
Schwake, Martina Schwikowski, Elizabeth Shackelford,
Dr. Dr. h.c. Peter Spary, Claus Stäcker, Prof. Dr. Rainer Tetzlaff,
Jutta Urpilainen, Ottmar von Holtz, Robert von Lucius,
Dr. Annette Weber

Bildnachweise:

Titel: © Getty Images

S. 3, 4, 28, 30-31, 34-35: © Christian Kruppa

S. 4, 22, 24-25: © Sebastian Lindstrom

S. 4-5, 9, 13, 33, 46, 48, 53-54, 59; 61, 63, 64, 66:

© picture alliance

S. 17-19: © Michael Fahrig/SE Allianz

S. 21: © Julien Tell

S. 27: © Berghof Foundation

S. 36, 38-39: © iStock

S. 41: © Letizia Mariotti

S. 43: © Deutsche Afrika Stiftung e.V.

S. 44: © David Schwake

S. 45: © United Nations

S. 50: © Dr. phil. Prinz Asfa-Wossen Asserate

S. 52: © Ruprecht Polenz

S. 56: © Archiv Allgemeine Zeitung

S. 68, 70-71: © Jürgen Schadeberg

S. 69: © Robert v. Lucius

S. 72: © Prof. Dr. Rainer Tetzlaff

Das Jahrbuch der Deutschen Afrika Stiftung unterliegt dem deutschen Urheberrecht. Der Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedarf der schriftlichen Zustimmung des jeweiligen Autoren bzw. der Deutschen Afrika Stiftung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder. Diese muss nicht mit der Auffassung der Deutschen Afrika Stiftung übereinstimmen. Das Jahrbuch enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Gefördert durch:



Auswärtiges Amt

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

